PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr. 44a – Auflage: 53 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 014. Ständiger Ausschuß des ZK des KBW, Tel. 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36,– DM, In- und Ausland. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am Dienstag, den 10.12.1974 fertiggestellt.

12.Dezember 1974 Jg.2 Nr. 28 50 Pfennig

Gegen das Krisenprogramm der Regierung !

Keine Prämien für das Kapital !

"Jetzt 800 000 Arbeitslose – einer erhängte sich", war die Schlagzeile der BILD-Zeitung am vergangenen Samstag. Die Verzweiflungstat eines Einzelnen wird von Bild ausgeschlachtet, um von der Hauptsache abzulenken: 3,5 % Arbeitslose treffen die gesamte Arbeiterklasse. "Hoffentlich erwischt's mich nicht", diese Angst wollen die Kapitalisten verbreiten, um jeden gegen jeden ausspielen, und alle noch mehr ausbeuten zu können. Schicksal tönt die Bild-Zeitung als Sprachrohr der Kapitalisten, aber die Lohnabhängigen gehen anders an ihre Lage heran. Wenn die Massen handeln, ist das der BILD keine Schlagzeile wert.

Tausende von Textilarbeitern zogen schon vor Monaten nach Bonn gegen die Arbeitslosigkeit; über 1 000 Drucker demonstrierten in Stuttgart gegen Konzentration und Entlassungen; die Arbeiter mehrerer Betriebe gingen erst kürzlich in Speyer auf die Straße, um gegen die Stillegung von Salamander zu protestieren. Nicht einschüchtern ließen sich die Arbeiter von Hüller und streikten erfolgreich gegen den Versuch, den Lohn zu kürzen. Fünfeinhalb Wochen streikten die Arbeiter von Stainway für ihren Lohn, obwohl seit Monaten die Kapitalistenklasse und alle ihre Politiker ein wahres Sperrfeuer aus allen Rohren ihres Fernseh–, Radio– und Pressemonopols abfeuern.

Gegen die Krisenpolitik

Die Arbeiterklasse tritt gegen diese Verhältnisse auf, sie kann auch nicht Verhältnisse auf, sie kann auch nicht für die Maßnahmen der Regierung sein, denn die Regierungsmaßnahmen zielen darauf ab, den Kapitalisten in der Krise Luft zu verschaffen, indem den Lohnabhängigen noch mehr die Luft abgedreht wird. Kapitalisten und alle ihre Politiker sind sich darin einig, die Situation zu nutzen, um die Löhne aller Lohnabhängigen zu drücken und die Profite noch zusätzlich über staatliche Prämien und Steuererleichterungen für die Kapitalisten zu vermehren. Das und nicht "Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" ist der Kern der "Krisenpolitik".

Die Krisenpolitik fördert die kapitalistische Rationalisierung

Daß die Arbeitslosenzahl weit über eine Million hinausgehen wird, steht nach Angaben des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit schon fest. In der Produktion selbst ist Rationalisierung das Mittel der Kapitalisten, aus der Krise rauszukommen. Wenn Prämien und Steuererleichterungen die Kapitalisten wie beabsichtigt, zu Investitionen ermuntern, dann werden sie Rationalisierungsinvestitionen machen. Das bedeutet für die Arbeiterklasse auf der einen Seite weitere Entlassungen, auf der anderen Seite mehr Arbeit für die Beschäftigten, schärfere Ausbeutung. Und wo die Kapitalisten die Produktion ausweiten. da werden sie sie ausweiten ten, da werden sie sie ausweiten durch die Pleiten der anderen Kapitalisten, die im Konkurrenzkampf unterliegen. "Marktanteile gewinnt man in der Rezession", schreibt sinniger Weise die Kapitalistenzeitung 'Frankfurter Allgemeine'. So erklärt sich auch, warum es einigen Großkonzernen in der Krise sogar besonders gut geht. Die größeren, die die kleineren fressen, werden aber immer wenigen Lohnarbeiter einstellen, als die Pleitefirmen entlassen, weil die großen ihre Produktion mehr rationalisiert haben.

Die Krisenpläne der Regierung

Zunächst hat es geheißen, die Bundesregierung werde zwischen 8 und 10 Milliarden DM um die Jahreswende "in die Wirtschaft pumpen". Aus diesen zusätzlichen Staatsaufträgen profitiert vor allem das Baukapital, die anderen Kapitalisten haben von diesen Staatsaufträgen wenig, deshalb haben die Kapitalistenverbände inzwischen andere Vorschläge gemacht. Sie wollen einfach Subventionen und Steuererleichterungen möglichst ganz ohne Bedingungen. Den ersten Vorstoß in diese Richtung hat die wissenschaftliche Vorhut der Kapitalistenklasse, der Sachverständigenrat, gemacht. Er hatte erklärt, es komme nur darauf an, daß die Kapitalisten mehr investieren könnten und die Löhne unten bleiben. Daraufhin hat die Bundesregierung den Lohnabbau gutgeheißen und angekündigt, sie wolle Prämien für Investitionen an die Kapitalisten zahlen in Höhe von 7,5 % der Investitionen. Außerdem wolle sie einen Teil der Lohngelder aus der Arbeitslosenkasse zahlen, bei Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen. Also Prämien sollen die Kapitalisten erhalten, selbst wenn sie Rationalisierungsinvestitionen machen, die zu weiteren Entlassungen führen, und wenn sie an anderer Stelle wieder einstellen, soll ein Teil der Löhne aus der Arbeitslosenkasse gezahlt werden.

Prämien und Steuererleichterungen wollen die Kapitalisten

Doch wer glaubt, besser kann man es Doch wer glaubt, besser kann man es den Kapitalisten gar nicht machen, hat sich getäuscht. Die "Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels" will außer den Investitionsprämien noch eine steuerfreie Investitionsrücklage, das heißt Gewinne machen, dafür keine Einkommenssteuer zahlen und diese Gewinne zurücklegen, also nicht für Investitionen ausgeben. Der "Deutsche Industrie- und Handelstag" hält von der Investitionsprämie wenig, sondern will eine ganze Latte von Steuerminderungen durch steuerfreie Rücklagen, steuerfreie Abschreibungen, Anrechnung des Verlusts vorangegangener Jahre auf den Gewinn und Rückzahlung von Gewinnsteuern, sowie Senkung der Vermögenssteuer.

Ein großer Teil der Kapitalistenklasse sieht nämlich nicht einmal, wenn die Regierung Prämien verteilt, große Möglichkeiten für Investitionen. Denn die Krisensituation in der ganzen kapitalistischen Welt sieht gar nicht so aus, daß alle Kapitalisten demnächst wieder ihren Absatz ausdehnen könnten.

Und die großen Konzerne sind durchaus zufrieden, wenn noch mehr Konkurrenz pleite macht, um Märkte zu erobern. Rationalisierung und Lohnabbau, das ist ihr wichtigstes Mittel,

Fortsetzung auf Seite 2

Die Kollegen von Steinway in Hamburg auf Streikposten

5 1/2 Wochen Streik

Der Streik bei Steinway ist nach 5 1/2 Wochen beendet worden.

Hamburg. Nach 5 1/2 Wochen Streik bei der Klavierfabrik Steinway einigten sich der Landesverband der holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie und die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) auf Lohnerhöhungen zwischen 8,9 und 11,6 % in den verschiedenen Lohngruppen. Außerdem erhalten alle Steinway-Arbeiter als Ausgleich für die Streiktage einen einmaligen Betrag von 300 DM brutto.

Dieses Ergebnis fand nicht die einhellige Zustimmung aller Kollegen. Zwar wurde das Ergebnis mit 53 % angenommen, aber die Diskussionen auf der letzten Streikversammlung und im Betrieb machten deutlich, daß für viele Kollegen das Ergebnis völlig unzureichend ist. Der Vorstand der GHK hatte denn auch alle Hände voll zu tun, das Ergebnis den Kollegen schmackhaft zu machen.

Was bedeutet der Abschluß für die Arbeiter?

Die Facharbeiter bei Steinway (etwa 90 % der Belegschaft) erhalten eine Lohnerhöhung von 8,9 % (= 74 Pfennig). Nur in den unteren Lohngruppen erhöht sich der Lohn um 10,1 bis 11,6 %. Für die Kollegen bedeutet dieses Ergebnis keine wesentliche Verbesserung gegenüber dem Angebot, gegen das die Belegschaft am 30.Oktober in den Streik zog. 94,5 % der Arbeiter hatten sich damals gegen 8,4 % (= 70 Pfennig) ausgesprochen. Trotz großer Kampfbereitschaft konnten sich die Kollegen nicht gegen die Kapitalisten durchsetzen. Die Arbeiter müssen um die Führung in der Gewerkschaft kämpfen, damit sie einen Sieg erreichen können.

5 1/2 Wochen Streik gegen die Lohndrückerei der Kapitalisten und den Meinungsterror aus allen Sprachrohren der Bourgeoisie, das ist ein hervorragendes Beispiel des Kampfgeistes und des Klassenbewußtseins, das beweist, daß die Arbeiterklasse den Kapitalisten unüberwindbarere Schwierigkeiten bereiten wird, als die Zahlung von 4 Pfennig mehr, die ihnen abgerungen wurden.

Weg mit Isolations– und Vernichtungshaft!

Die Bourgeoisie will in ihren Gefängnissen die Isolationshaft zu einer Dauereinrichtung machen

Die Justizbehörden lassen nicht davon ab, die politischen Häftlinge in Isolationshaft zu halten. Die Häftlinge halten in ihrer großen Mehrheit den Hungerstreik aufrecht, weil er das einzige und letzte Mittel ist, die Justizbehörden zur Aufhebung der zerstörerischen Isolationsmaßnahmen zu zwingen. Häftlinge, die lebensgefährlich geschwächt sind, werden jetzt auf Isolierstationen angeschnallt mit Medikamenten im Dämmerzustand unterhalb der Schwelle des Koma gehalten. Wenigstens weiß man jetzt, daß gegenwärtig 89 Häftlinge unter dem Verdacht, Mitglieder der RAF zu sein, gefangengehalten werden, daß 59 dem Hungerstreikaufruf gefolgt sind und davon noch 31 daran teilnehmen. Je mehr Material über die Haftbedingungen ans Licht kommt, umso deutlicher wird eines: Die Sonderbehandlung, die an den politischen Gefangenen von der RAF bzw. an mutmaßlichen Mitgliedern der RAF verübt wird, ist nichts anderes als die Behandlung, die die herrschende Klasse in der Bundesrepublik gegenüber ihren Gegnern zur Regel zu machen vorhat und sie ist zugleich die Spitze einer allgemeinen Verschärfung des Unterdrückungsregimes in den Gefängnissen.

Davon kann man sich leicht überzeugen, wenn man sich die Millionenbeträge ansieht, mit denen in immer mehr Gefängnissen Isolierzellen oder tote Trakts angelegt werden. Das sind keine vorübergehenden Notlösungen, sondern hier sollen durch die Bauweise auf Dauer vorgesehene Verfahrensweisen möglich gemacht werden. Vor diesem Hintergrund erhält der Hungerstreik der politischen Gefangenen und die Unterstützung seiner gerechten Ziele, Abschaffung der Isolations- und Vernichtungshaft, gegenwärtig eine umso größere Bedeutung. Während die bürgerlichen Politiker verbissen abstreiten, daß es Isolationshaft gibt, werden gleichzeitig weitere Einrichtungen zur Isolierung geschaffen. So wird im Hamburger Gefängnis Fuhlsbüttel der Trakt D I für Isolationshaft umgebaut. Im ehemaligen Zuchthaus Bruchsal werden mit ungeheurem Aufwand 16 Zellen in Tresorbauweise in Isolierzellen umgebaut. Es wird Hartbeton mit Stahlnetz verwandt, Mauern werden durch Stahlwände ersetzt, Doppeltüren eingesetzt und Schächte in die Decken für Fernsehüberwachung eingelassen. Mit einer Styropur–Glasfenster–isolierung werden die Zellen schalldicht gemacht. Es soll ein besonderer Hof mit einem Extradurchgang eingerichtet werden.

In Stammheim sind in diesem Jahr "Besucherzellen" eingerichtet worden, die in der Mitte durch eine Wand getrennt sind, in die eine 1,5 m hohe und breite Plexiglasscheibe eingelassen ist. In einem Kreis von 30 cm Durchmesser sind winzige Löcher in die Scheiben eingelassen, durch die man sich kaum hören kann. Unten ist ein Schlitz, durch den gerade ein einzelnes Blatt geschoben werden kann. Die bürgerlichen Politiker haben ihre Pressemeute gut an der Leine und scheuen keine Anstrengungen, jede Kenntnis über die Haftbedingungen der politischen Gefangenen und die Verhältnisse in den Gefängnissen zu verhindern. Sie erklären jeden, der von Isolationshaft spricht, zu ihrem Feind. Der Philosoph Jean-Paul Sartre z. B. mußte sich gefallen lassen, als seniler Trottel unglaubwürdig gemacht zu werden. Er hatte die einfachsten Tatsachen über die Isolationshaft öffentlich dargelegt. Diese verbissene Leugnung hat, das wird immer deutlicher, ihren Grund. Das, was durch den Hungerstreik der Gefangenen über die Vorgänge hinter den Gefängnismauern bekannt geworden ist, hat ausgereicht, die herrschende Klasse bei dem Vorhaben zu stören, unter Umgehung ihrer eigenen Gesetze und unter Umgehung jeder öffentlichen Kontrolle, die menschenunwürdigsten Verfahren gegenüber ihren politischen Gegnern durchzusetzen und sich die dafür notwendigen Einrichtungen zu schaffen. Die RAF-Häftlinge sind die ersten, an denen im großem Umfang Isolations- und Vernichtungsvollzug durchgeführt werden, aber sie sollen keineswegs die letzten sein.

Isolation ist allgemeines Prinzip des bürgerlichen Gefängnisses. Der Häftling wird von der Gesellschaft isoliert und auch innerhalb des Gefängnisses wird der Verkehr zwischen den darin Lebenden eingeschränkt, durch die Absperrung, durch zahlreiche Verbote. So dürfen sich die Häftlinge z. B. nicht von Fenster zu Fenster verständigen. Sie tuns, weil sies brauchen. Im "modernsten" westdeutschen Gefängnis in Stuttgart Stammheim hat man es bei einem Verbot nicht mehr belassen. Man hat die Außenfenster so gegeneinander versetzt, daß die Gefangenen weder untereinander noch mit der Außenwelt Kontakt aufnehmen können. oBei den politischen Häftlingen wird die Isolation bis aufs äußerste gesteigert. Man schneidet den Gefangenen nicht die Zunge ab, man blendet sie nicht, macht sie nicht taub, man sorgt einfach dafür, daß die menschlichen Organe überflüssig sind, indem man ihnen die Nahrung entzieht.

In der Begründung einer 5-tägigen Hausstrafe gegen Heinrich Jansen im Untersuchungsgefängnis in Moabit heißt es, der Gefangene habe während der Freistunde "auf Zurufe reagiert". Wenn die Strafe zu hart erscheine, so müsse doch "das gesamte Verhalten des Beschuldigten berücksichtigt werden. Er hat nämlich erklärt,

Fortsetzung auf Seite 3

Aus dem Inhalt:

Fortsetzung, Keine Prämien.....

um die Konkurrenz auszubooten und oei weniger Beschäftigung mehr aus den Arbeitern rauszuholen. Dem muß auch' die staatliche Wirtschaftspolitik dienen.

Das Krisenprogramm soll die Kapitalisten mästen und die Arbeiter drücken.

Die Lohnabhängigen müssen dem Regierungsprogramm entgegentreten. 8 Milliarden Prämien will die Regierung an die Kapitalisten zahlen, außerdem Lohnbeihilfen aus der Arbeitslosenkasse, direkt an die Unternehmer, wenn sie Arbeitslose einstellen. Übergangshilfe an Arbeiter soll bezahlt werden aus der Arbeitslosenkasse, wenn sie eine Arbeit zu geringerem Lohn annehmen, aber nur für begrenzte Zeit; daraufhin erhalten sie nur noch den niederen Lohn. Das heißt, die Gelder aus der Arbeitslosenkasse werden an die Kapitalisten verpulvert, oder an die Arbeiter gegeben mit dem Ziel, sie zum "Übergang" auf einen niedrigeren Lohn zu zwingen. Eine Milliarde rum soll direkt an Staatsaufträgen vergeben werden. (Die genauen Angaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor.)
Diese Gelder sind aus den Taschen der Lohnabhängigen gezogen und werden nun gegen die Lohnabhängigen eingesetzt. Es ist klar, daß man dagegen ist. Und es ist klar, daß die Arbeiterklasse gegen diese Verhältnisse ist, die wachsende Krisen und Elend erzeugen. Die Arbeiterklasse schafft allen gesellschaftlichen Reichtum, aber sie hat nichts davon, und diese Gesellschaftsordnung setzt sogar einen Teil auf die Straße, weil die Kapitalisten mit ihrer Profitproduktion nicht weiterkommen. Die einen müssen von Arbeitslosengeld leben und haben keine Arbeit, die anderen müssen dafür umso mehr schaffen, jedoch für schwindenden Lohn.

Die arbeitende Klasse muß Herr der Produktion werden.

Dabei gäbe es genug zu tun, um die notwendigen gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Für Krankenhäuser, Schulen, Umweltschutz ist kein Geld da, aber Arbeitssuchende haben keine Arbeit, ihre Arbeitskraft liegt brach. Mehr Waren haben die Kapitalisten produzieren lassen, als sie verkaufen können, aber zum Gebrauch der Gesellschaft stehen sie nicht zur Verfügung. Wohnungen stehen leer, aber viele leben in unwürdigen Verhältnissen. Maschinen stehen still, obwohl sehr wohl Bedarf besteht nach den Gütern, die Arbeiter mit diesen Maschinen produzieren könnten. Für die Kapitalisten ist die Produktion nur Mittel der Ausbeutung. Können sie nicht mit Profit verkaufen, steht die Produktion still und die Gesellschaft leidet Mangel. Um dies zu ändern, müssen diejenigen die Herrschaft über die Produktion bekommen, die selbst produzieren, das sind die Arbeiter. Sehen wir uns ein sozialistisches Land an.
In China gibt es noch viele Bedürfnisse, die zu befriedigen sind. Dort aber haben die Arbeiterklasse und die Bauern die Herrschaft über die Produktion, dort arbeiten alle für die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse, dort ist deshalb auch niemand arbeitslos, weil die arbeitenden Massen alle für ihre Bedürfnisse produzieren und danach die Produktion leiten. Diese Gesellschaft kann nur die Arbeiterklasse aufbauen, weil sie die produzierende Klasse ist, die ausgebeutet ist. Indem sie die Ausbeutung beseitigt, schafft sie die Voraussetzung, daß für die Gesellschaft produziert werden kann. Um diese Gesellschaft aufbauen zu können, muß sie die Herrschaft der Kapitalistenklasse über die Produktion, über die Gesellschaft beseitigen, ihren Staat stürzen, der die Kapitalistenherrschaft aufrecht erhält. Nur wenn die Arbeiterklasse dieses Ziel angeht, kann sie auch ihre gegenwärtige Verteidigung gegen die Verschlechterung ihrer Lage führen.

Die Arbeiterklasse kann sich nur verteidigen, wenn sie den Angriff zum Sturz der Kapitalisten vorbereitet.

Diesem Zweck widerspricht in jeder Hinsicht die Politik der DGB-Führer. Teile der SPD und der DGB fordern jetzt vehement, daß die Wirtschaft vor allem über Staatsaufträge für Schulbau, Krankenhäuser, Bundespost, Sozialwohnungen und Nahverkehr angekurbelt werden soll. Nachdem der DGB und die Einzelgewerkschaftsführungen dem Gerede von höheren Investitionen, die allein aus der Krise führen könnten, nicht entgegengetreten waren, ist dies nun ein letztes Aufbäumen der Reformillusionen, wo dieser Zug der kapitalistischen Wirtschaftspolitik schon längst abgefahren ist, wo wieder drastisch deutlich geworden ist, daß nicht Re-
deutlich geworden ist, daß nicht Re-
formen die Krise des Kapitalismus verhindern, sondern die Krise die Reformträume beseitigt. Warum ist die Position der DGB-Führung so schwach und lächerlich?

Nicht weil Schulen und Krankenhäuser überflüssig wären, im Gegenteil, sie werden vom arbeitenden Volk dringend benötigt und gefordert. Die Position der DGB-Führer ist deshalb so lächerlich, weil sie sich mit den Kapitalisten darüber streiten, was der kapitalistischen Wirtschaft nützt. Weil sie den Kapitalisten sagen, durch diese Reformen kann der kapitalistischen Wirtschaft geholfen werden. Und dann bekommt sie von den Kapitalisten gesagt, daß diese Reformen gut und schön seien, daß sie aber gegenwärtig der Stabilität nicht dienlich seien usw.. Die Interessen der Werktätigen lassen sich nicht vertreten, wenn man vom Gedeihen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ausgeht.
Da landet man notwendig immer bei steigender Ausbeutung und steigender Ausplünderung durch den Staat, während die frommen Wünsche fromme Wünsche bleiben. Diese frommen Wünsche führen außerdem weg von den nächsten Aufgaben – den Lohn unbeirrt verteidigen, gegen jede Entlassung und jede Mehrarbeit auftreten, den Maßnahmen des Staates entgegentreten, mit den Forderungen der Arbeiterklasse: Weg mit den Prämien für Kapitalisten – Zahlung von mindestens 80 % Arbeitslosengeld für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit durch die Kapitalisten. In diesem Kampf die einheitliche Kraft der Arbeiterklasse zum Sturz der Ausbeuterherrschaft organisieren!

–bb–

Der bestochene Gewandt

S.N.E.C.M.A. - Gelder zur Finanzierung der CDU

Die Freude der CDU über den Bestechungsskandal, den sie dem SPDler Wienand anhängen konnte, währte nicht lang. Jetzt hat sie ihren ureigensten offen aufgedeckten Bestechungsskandal.
Lange Zeit war die Frage offen, welches Triebwerk in das von Westdeutschland und Frankreich gemeinsam erstellte Kampfflugzeug Alpha Jet eingebaut werden sollte. Schließlich siegte dabei die französische Triebwerks-Firma S.N.E.C.M.A. Der Preis, den sie für diesen Sieg zahlen mußte, mindestens 150 000 DM, ist gemessen an dem Gewinn, den sie bei diesem Geschäft einstreicht, gering. Diese 150 000 DM zahlte sie von 1969 bis 1972 über ihren Vertreter in Westdeutschland, Marxen, an die CDU, vertreten durch H.Gewandt.
H.Gewandt ist Vorsitzender des "Diskussions-Kreis Mittelstand" der CDU und ein Teil des Geldes ging über den "Diskussion-Kreis Mittelstand" in die Kassen der CDU, "andere Zahlungen gingen auf Gewandts Privatkonto" (Spiegel, Nr. 50/74).
Hätte S.N.E.C.M.A. Gewandt das Geld aufgedrängt, man hätte einen der üblichen Bestechungsskandale. Aber Gewandt wurde das Geld nicht aufgedrängt, sondern er hat es für seine Maklerdienste in sogenannten "Bettelbriefen" ungeduldig angefordert. Der bestochene Gewandt, der gleichzeitig Präsident des Verbandes deutscher Drogisten ist, schrieb dem Bestecher Marxen, der nicht minder vornehm das Bundesverdienstkreuz 1.Klasse trägt, "es gebe 'hilfreiche Geister', die ungeduldig würden und denen man verpflichtet sei" (Spiegel). Ungeduldig wurden diese Geister, weil sie auf ihr bürgerliches Recht, für eine Leistung Geld zu erhalten, nicht verzichten wollten und die Leistung bestand eben darin, daß S.N.E.C.M.A. das Triebwerkgeschäft für den Alpha Jet machte. Gewandt wurde also nicht bloß passiv bestochen, sondern er betrieb aktiv das Geschäft der Parteifinanzierung wie auch das der Finanzierung in die eigenen Taschen. So profitabel sind die Staatspfründe, weil jeder Bundestagsausschuß, der Aufträge und Gelder vergibt, Anweisungen und Verordnungen erteilt, gleichzeitig die Möglichkeit gibt, daß man sich als Ausschußmitglied bestechen und damit sich oder seine Partei finanzieren läßt. Für die CDU kommt dies alles ungelegen. Gerade gereinigt vom Geruch der Korruption, der durch den Fall Wienand an der SPD hängen blieb, fällt er nun wieder auf sie. Damit der schwarze Peter überhaupt nicht erst bei ihr als Partei hängen bleibt, ließ sie Gewandt schnell "bis zur Klärung aller Vorwürfe" fallen. Der Fall Gewandt soll nicht zu einem Fall der CDU werden, deswegen demonstriert sie Sauberkeit. Die Sauberkeit bleibt aber notwendig grau, denn den "Diskussions-Kreis Mittelstand" kann sie nicht fallen lassen und daß Gewandt dieses Geld schließlich für die Partei anschaffte, muß sie allemal auch zugestehen. Man sieht an alledem nicht nur, daß die Korruption ein Lebenselixir der bürgerlichen Parteien ist, sondern daß sie dabei selber noch mal übers Ohr gehauen werden von denen, die als Vermittlungsmänner für Bestechungsgelder dienen. Denn die führen halt nicht alles an ihre Parteien ab.
Wenn also jetzt die CDU Gewandt fallen läßt bis zur Klärung aller Vorwürfe gegen ihn durch den Staatsanwalt, Richter oder gar durch einen Untersuchungsausschuß, so heißt dies bloß, daß sie möglicherweise damit wieder einen Bestechungsskandal produziert. Denn jene, die in einem solchen Untersuchungsausschuß sitzen, haben auch bloß ein bürgerliches Gewissen und darum eben für Geld immer offene Taschen.
Daß es über diesen Bestechungsskandal in den letzten Tagen so ruhig wurde und daß auch die SPD an einer Klärung nicht allzu interessiert ist, zeigt: S.N.E.C.M.A.-Gelder flossen wohl nicht nur in die Taschen des Herrn Gewandt.

–e.r.–

Neuss. Am Dienstag, dem 3.12.74 wurde im Düsseldorfer Arbeitsgericht das Urteil im Prozeß gegen vier Betriebsratsmitglieder der Firma Pierburg Autogerätebau KG Neuss verkündet. (s. KVZ Nr. 26 vom 28.11.74, Bericht über die Verhandlung)
Das Arbeitsgericht wies in seinem Urteilsspruch die Vorwürfe, bzw. Anklagen der Betriebsleitung zurück, mit der Begründung, das Verhalten der Betriebsratsmitglieder vor und während des Streiks hätte keinen ausreichenden Anlaß zur Kündigung geliefert. Der von den Pierburg-Kapitalisten gekaufte Zeuge Satolias wurde aufgrund seiner ständig wechselnden und widersprüchlichen Aussagen vom Gericht als unglaubwürdig angesehen.

Friedenstamtam der Kriegsherren

Die Vereinbarungen von Wladiwostock sehen die weitere Aufrüstung vor

Der US-Präsident Ford und der Generalsekretär der KPdSU, Breschnew, haben am 23. und 24. November in Wladiwostok über die Rüstung der beiden Supermächte USA und UdSSR verhandelt.

Herausgekommen ist eine Vereinbarung, die im nächsten Jahr bei den Genfer Verhandlungen (SALT II) die Grundlage für ein Abkommen bis 1985 bilden soll. Die Vereinbarung ist noch nicht vollständig veröffentlicht worden.
Die Regierungssprecher und ein Teil der Presse überschlagen sich jedoch fast vor Begeisterung und preisen das Abkommen als "Stopp des Wettrüstens", "Verringerung der Kriegsgefahr" (Kommunique), "Durchbruch", "eines der wichtigsten Abkommen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges" (Pressesprecher der US-Regierung), "konstruktiver Beitrag zur Entspannung" (DKP-Präsidium in der "UZ").
Dieses Tamtam ertönt seit Jahr und Tag jedesmal, wenn sich die Herren der beiden Supermächte getroffen haben. Seit Jahr und Tag aber treiben eben diese Supermächte eine fieberhafte Aufrüstung, unterhalten in allen Regionen der Welt ihre Stützpunkte und lassen ihre Kriegsflotten auf allen Weltmeeren kreuzen. Es gibt keinen bewaffneten Konflikt, auf dem sie nicht ihr Süppchen zu kochen versuchten.
Die Vereinbarung von Wladiwostok ist dennoch etwas Besonderes, und zwar etwas besonders Dreistes. Die US-Regierung hat inzwischen Einzelheiten bekanntgegeben. Demnach haben sich die beiden Supermächte geeinigt, bis 1985 ihre Arsenale beträchtlich zu erweitern.
Beide wollen ihre Bestände bis 1985 auf je 2 500 interkontinentale Waffenträger ergänzen. Die USA verfügten bisher über 2 210 Träger: 1 054 fest installierte Interkontinentalraketen, 655 Raketen auf U-Booten und 500 Langstreckenbomber. Die UdSSR verfügt über 2 440: 1 600 feste Interkontinentalraketen, 700 Raketen auf U-Booten und 140 Langstreckenbomber.
Des weiteren sollen sich die USA und die UdSSR gegenseitig jeweils etwa 1 300 Raketen mit Mehrfachsprengköpfen zugestanden haben. Die USA haben bisher etwa 1 000 Raketen mit Mehrfachsprengköpfen ausgerüstet, die UdSSR verfügt noch nicht über Raketen mit Mehrfachsprengköpfen (nach Neue Züricher Zeitung vom 28. November).
Das Abkommen sieht also nichts anderes vor, als die weitere Aufrüstung der beiden Supermächte mit insgesamt 450 weiteren interkontinentalen Atomwaffenträgern und insgesamt 1 300 weiteren Mehrfachsprengköpfen.
Gar nicht zur Debatte standen die atomaren Mittel- und Kurzstreckenwaffen, die vor allem in Mitteleuropa stationiert sind.
Das Ausmaß der vereinbarten weiteren Rüstung wetteifert mit der Plumpheit, mit dem das als Abrüstung öffentlich gepriesen wird.
Im Gegensatz zu diesem gigantischen Schwindel hat die Volksrepublik China einen einfachen und klaren Standpunkt eingenommen: Sie hat öffentlich und verbindlich erklärt, daß sie nie als erste Atomwaffen einsetzen wird, und die beiden Supermächte aufgefordert, eine solche Erklärung ebenfalls abzugeben. Beide Supermächte haben sich bisher geweigert, diese Erklärung abzugeben. Beide sind also bereit, bei ihrem Ringen um die Weltherrschaft als erste Atomwaffen einzusetzen. Bei diesem Ringen günstigere Positionen für einen neuen Wettlauf zu erhalten und Rückstände dem Rivalen gegenüber aufzuholen, dazu dienten die Beratungen in Wladiwostok.

Mo.

Diese Karikatur ist aus der Süddeutschen Zeitung. Die Bourgeoisie selber stellt ihre Starpolitiker als Verbrecherbande dar.

Konkreter Einsatz der KVZ im Klassenkampf!

Die folgenden Vorschläge, die Kommunistische Volkszeitung richtig als Waffe im Klassenkampf zu nutzen, macht Genosse Theo von der KBW-Ortsgruppe Hamburg. Er war als KPD-Mitglied in den 20er Jahren im Auftrag des Kommunistischen Jugendverbandes KJVD Mitarbeiter der Hamburger Volkszeitung, die seinerzeit von der KPD-Bezirksleitung Wasserkante herausgegeben wurde. Mit seinen langjährigen Erfahrungen ist er heute im KBW als Leiter einer Stadtteilzelle aktiv.

Es trägt die Überzeugung der Kommunisten unter die Arbeiter, damit sie die Welt vom Standpunkt des revolutionären Proletariats aus sehen! Das ist eine große Verpflichtung für eine Arbeiterpresse, die sich dazu noch durchzusetzen hat gegen Massenmedien von aufgeblähtem Umfang und die finanziell gut ausgerüstet sind! Um diese Verpflichtung der Arbeiterklasse gegenüber erfüllen zu können, bedarf es großen kämpferischen Mutes und des überzeugten Einsatzes aller Kräfte, die bisher schon mit der KVZ unter den Arbeitern agitiert und propagiert haben.
Daraus ergibt sich die Aufgabe: Mit der Arbeiterzeitung heran an die Arbeiter, also an und in die Betriebe! Machen wir die KVZ zum Sprachrohr der Arbeiterklasse! Dafür war das wöchentliche Erscheinen der erste Schritt, und sicher ergeben sich für uns gerade aus der politischen Notwendigkeit manche organisatorischen Fragen, auch der täglichen praktischen, aber so wichtigen Kleinarbeit.
1. Wir müssen aus dem zufälligen und schlecht vorbereiteten Verkauf heraus und uns umstellen auf eine gründliche und konzentrierte Arbeit mit der KVZ. Eine wichtige Voraussetzung ist die vorherige Diskussion in den Organisationsteilen.
2. Verbreitern wir auch über die Leserkreise die Verkäuferbasis!
3. Auf alle Stellschilder vor Betrieben, Bahnhöfen, Marktplätzen gehört zu den sonstigen Parolen der Hinweis: Die KVZ jetzt wöchentlich (an jedem Freitag von 9 bis 12 Uhr) hier zu haben.
4. Wichtig ist, feste Verkaufs- und Diskussionspunkte zu schaffen, ständig, an gleichen Tagen und zur gleichen Uhrzeit! Damit der Arbeiter weiß, daß er dort seine Zeitung regelmäßig erhält!
5. Auch aus dieser Sicht ist das wöchentliche Erscheinen (also an jedem Donnerstag) eine gute Verkaufsverbesserung! Daß außerdem der Verkauf an Sympathisanten und ständige Leser ebenso regelmäßig durchgeführt werden muß, ist ebenso wichtig!

Diesen Hinweis auf die Straffung unserer Arbeit für die KVZ halte ich wegen mancher früheren Mängel an Organisierung für wichtig, und ich weiß, daß die Genossen, wenn sie diese Aufgabe gut vorbereitet durchführen, mehr Erfolg haben und daraus besser lernen, aus einem Arbeitsstil herauszukommen, der wenig mit Planmäßigkeit zu tun hat. Begeisterung für's Neue ist gut. Mit Begeisterung anpacken ist besser!

Die Ortsleitung sollte dafür sorgen, daß die Erfahrungen der Einheiten untereinander ausgetauscht werden können.

Darüber und über Fragen der Mitarbeit an der KVZ, insbesondere über die Arbeiterkorrespondenzen, berichte ich nächste Woche.
Macht die KVZ zur Waffe der Arbeiterschaft! Für einen konkreten Einsatz der KVZ im Klassenkampf!

Ortsgruppe Hamburg,
Zelle Harburg, T.

Am nächsten Donnerstag erscheint die KVZ Nr.29. Die nächste KVZ kann erst wieder am Donnerstag, den 9.Januar 1975 erscheinen.

Die Koalitionsverhandlungen in Hessen

Hessen - SPD: Die Hosen sind runter

Nach sechswöchigen Koalitionsverhandlungen ist in Hessen eine Einigung zwischen SPD und FDP gelungen. Beide Parteien werden wieder die nächste Landesregierung stellen. Auf welcher Grundlage – dies drückt sich im Koalitionspapier aus: Die SPD hat gewaltig Federn lassen müssen. Sie hat auf die volle Mitbestimmung verzichtet, die Rahmenrichtlinien werden "neu formuliert", der Ausbau der Gesamtschule wird eingestellt, keine neuen Schulversuche finden mehr statt. Aller Kernpunkte der sozialdemokratischen "Reformpolitik" sind somit gestrichen. Gemeinsam haben beide, SPD und FDP, ihr Versprechen während des Wahlkampfes, alle Lehrer und Lehrerstudenten einzustellen, gebrochen. Überfüllte Klassen, Unterrichtsausfall, zu wenig Lehrer, all das wird bleiben. Diese Koalitionsvereinbarung bestätigt: Vor den Wahlen wird viel versprochen, nach den Wahlen wird nichts gehalten. Vom "Recht auf Arbeit" und vom "Recht auf eine gesicherte berufliche Existenz", mit denen die SPD ihren Wahlkampf führte, um die von Kurzarbeit, Stillegung und wachsender Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeiter nochmals zu gewinnen, war buchstäblich seit dem Wahltag, am 27.10., nicht mehr die Rede.

Nach den Wahlen hat ein verbissenes Gerangel um Regierungssitze, Beamtenposten und Einflußzonen im Staatsapparat stattgefunden. Verschiedene Parteibezirke der SPD haben Ansprüche auf Vertretung in der Regierung angemeldet, Interessengruppen und Arbeitsgemeinschaften haben darauf bestanden, einen Vertreter in die Regierung entsenden zu können. Die FDP ihrerseits hat trotz "verfassungsrechtlicher Bedenken" durchgesetzt, daß ihre beiden Minister ihr Landtagsmandat ruhen lassen können, so daß zwei weitere FDP-Politiker ein begehrtes, weil gut dotiertes, Landtagsmandat erhalten werden. Dieses Gerangel um die Macht und die Pfründe, wo sich die Parteienvertreter wie die Räuber um die Beute raufen, findet nach Wahlen in jedem bürgerlichen Parlament statt. In
dem bürgerlichen Parlament statt. In
dieser Hinsicht ist diese Regierungsbildung nicht hervorstechend. Hervorstechend ist sie deshalb, weil die SPD in diesem Koalitionspapier und in diesen Verhandlungen auf die letzten Reste sozialdemokratischer Reformpolitik verzichtet hat. "Für einen unbefristeten Zeitraum werden in Hessen keine weiteren integrierten Gesamtschulen mehr zugelassen" (FR, 10.12.). Über entschiedene Maßnahmen gegen die Umweltverschmutzung und die Krankenhausmisere, wie sie noch 1970 bei den Wahlen gemacht wurden, hört man nichts mehr. "Strukturprogramme" zur Arbeitsplatzsicherung gibt es nicht.

Ist es ansonsten üblich, daß noch in den Koalitionsvereinbarungen und Regierungserklärungen Versprechen der Parteien zur Besserung der Lage der Lohnabhängigen gemacht werden, so wird diesmal in Hessen gleich zu Beginn erklärt, daß man in dieser Beziehung nichts vorhat.

Zugespitzt hat sich dies an Ludwig von Friedeburg, bisheriger Kultusminister, Repräsentant und Symbolfigur sozialdemokratischer Reformpolitik. Gegen ihn hat die CDU den Wahlkampf geführt. Die FDP hat ihre weitere Teilnahme an der Koalition mit der SPD davon abhängig gemacht, daß Friedeburg im künftigen Kabinett nicht mehr vertreten ist. Auf Anweisung der SPD-Parteispitze ist Friedeburg von der SPD fallengelassen worden. Die SPD hat vor der CDU und FDP kapituliert und hat ausdrücklich auf alle reformerischen Versprechung und Phrasen verzichtet. Das ist neu. Jetzt zeigt sich die dürre Wahrheit: Es kommt der SPD wie jeder bürgerlichen Partei vor allem darauf an, weiter an der Macht zu bleiben und die Vorteile der Führung im bürgerlichen Staatsapparat nutzniessen zu können. Mehr wollten die SPD-Politiker um Albert Osswald nicht. Die SPD-Parteiführung um Willy Brandt und Holger Börner hat direkt eingegriffen, damit die Bonner Regierungskoalition durch den Verlust Hessens nicht noch weiter geschwächt wird.

Gegen diese Politik haben sich Teile der hessischen SPD gewehrt, ihren Protest ausgesprochen und sich mit Friedeburg solidarisiert. Am deutlichsten ist dies auf dem Frankfurter Unterbezirksparteitag am vergangenen Wochenende geworden, auf dem Osswald scharf kritisiert wurde. Diese Stimmung hat Rudi Arndt, Oberbürgermeister von Frankfurt, ausgenutzt. Rudi Arndt, der der Koalitionsvereinbarung zustimmt, will Osswald, seinen Landesvorsitzenden, ablösen. Er will selber eine Spitzenposition im bürgerlichen Staatsapparat und Ministerpräsident werden. Deshalb hat er angekündigt, daß er auf dem kommenden SPD-Bezirksparteitag gegen Albert Osswald kandidieren wird. In der SPD sieht es also desolat aus, das zeigt auch der weitere Verlauf des Unterbezirksparteitages in Frankfurt, der als Hochburg der "Linken" in der
der als Hochburg der "Linken" in der
SPD gilt. Angesetzt worden war er, um den "Orientierungsrahmen 85", ein "Langzeitprogramm der SPD" zu beraten. Von einem Delegierten wurde kritisiert, daß in diesem Langzeitprogramm zentrale Forderungen wie "Investitionslenkung" und "Vergesellschaftung der Produktionsmittel" fehlen. Karsten Voigt, Sprecher der SPD-"Linken", antwortete, daß dies bis 1985 eh nicht zu erreichen sei. Wenn es nach ihm geht, haben also die Jungsozialisten und die linken SPD-Mitglieder für die nächsten zehn Jahre nichts mehr vor. Um 16 Uhr 20 mußte der Unterbezirksparteitag wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochen werden, ein Teil der Delegierten hatte ihn resigniert und enttäuscht verlassen. Ihre bisherigen Sprecher sind entweder zu Zynikern geworden oder haben sich als gewissenlose Karrieristen erwiesen. Für die Arbeiter, die diese Partei nochmals gewählt haben, um den Reaktionär Dregger zu verhindern und die Parteimitglieder, die sie im Wahlkampf nochmals unterstützt haben, zeigen diese Entwicklungen in der SPD: Solange die SPD-Führung mit Reformversprechen Stimmen bei den Wahlen gewinnen konnte, hat sie diese gemacht. Um an der Macht zu bleiben, ist die SPD-Führung bereit, auch ihre minimalen Reformversprechen und Vorhaben preiszugeben. Eine Politik im Interesse der Arbeiter kann nur durch die selbständige politische Organisation der Arbeiterklasse getragen werden und muß gegen alle bürgerlichen Parteien durchgesetzt werden.

–HJH–

Kühn: „Ohne SPD Chaos"

Kühn: Nur die SPD kann über die Arbeiter regieren

Auf dem außerordentlichen Parteitag der nordrhein-westfälischen SPD, der am 7./8.12. in Oberhausen stattfand, hat Ministerpräsident Kühn die Stoßrichtung herausgearbeitet, mit der die SPD in den Landtagswahlkampf ziehen soll. Die SPD sei der einzige und unverzichtbare Garant für politische Stabilität in der Bundesrepublik, das war der Hauptpunkt seiner Rede. Es erfülle ihn mit Sorge, "daß die Bundesrepublik unregierbar werden könnte, wenn ihre Regierung in die Hände der Konservativen geraten würde, die das Rad der Geschichte rückwärts drehen möchten". Darum gelte es nicht nur, einen Regierungswechsel zu verhindern, sondern die Unregierbarkeit der Bundesrepublik, "die leicht in die Labilität Frankreichs oder Italiens absinken kann, wenn die Sozialdemokraten nicht mehr an der Regierung beteiligt sein werden". Der Ministerpräsident Kühn hat damit erklärt, daß nur eine SPD in der Regierung die Arbeiter in Westdeutschland davon abhalten könne, ihre Interessen im offenen Klassenkampf gegen die Kapitalisten durchzusetzen. Genau das, der Klassenkampf der Arbeiter wird nämlich von bürgerlicher Seite unter "Unregierbarkeit" verstanden.

Die Kapitalisten haben jedoch äußerst ärgerlich reagiert, weil sie Kühns Parteitagsäußerung als eine Drohung verstanden haben, wonach die SPD die Arbeiter ins Feld führen würde, wenn die CDU an die Regierung käme. Die Kapitalistenzeitung "Handelsblatt" nennt Kühns Äußerung einen "Tiefschlag" und fordert die "Arbeitnehmer" und die Gewerkschaften zum Protest auf gegen den Versuch, sie politisch zu mißbrauchen: "Die Gewerkschaften können jedenfalls kaum die Unterstellung auf sich sitzen lassen, sie würden nach italienischem oder französischem Vorbild mit politisch motivierten Streiks und Demonstrationen gegen eine ihnen mißliebige Regierung Front machen, selbst wenn sie dadurch das Land ins Chaos stürzten." (Handelsblatt vom 10.12.74)

Wenn auch die Kapitalisten unzufrieden sind mit Kühns Rede, besteht doch für die Arbeiter kein Anlaß, damit zufrieden zu sein. Wenn Kühn sagt: Die SPD ist als einzige Partei in der Lage, den Klassenkampf zu verhindern, dann ärgert die Kapitalisten die Drohung, die in dem "einzigen" liegt. Für die Arbeiter aber ist entscheidend, daß die SPD erklärt, den Klassenkampf der Arbeiter in der Regierung verhindern zu wollen. Um den Klassenkampf der Kapitalisten geht es dabei nicht, denn die sind am Drücker und führen tagtäglich den Klassenkampf gegen die Arbeiter: Mit Entlassungen, Rationalisierung, Arbeitshetze, Lohndrückerei. Die SPD will weiter in der Regierung bleiben
will weiter in der Regierung bleiben
und den offenen Kampf der Arbeiter und Angestellten gegen die Kapitalisten verhindern. Daran haben die Arbeiter kein Interesse. Sie müssen kämpfen für ihre Interessen. Es ist deshalb falsch, wenn die Arbeiter in Nordrhein-Westfalen der SPD ihre Stimmen geben. Sie wählen damit eine Partei, die erklärt, sie werde ein Hemmnis sein für ihren Klassenkampf. Es ist auch nicht richtig, aus Angst vor einem Wahlsieg der CDU, noch einmal die SPD zu wählen. Die offen konservativen und reaktionären politischen Strömungen können mit der SPD nicht geschlagen werden. Sondern durch die SPD werden die Arbeiter ihnen gegenüber entwaffnet. Richtig ist es, auch in den Wahlen für die Forderungen der Arbeiter und für den Klassenkampf Stellung zu nehmen.

–WM–

Am Ende der Doppelstrategie

Eine Veranstaltung mit dem Juso–Ideologen Strasser

Der Vortrag war ziemlich langweilig, weil er sich nur mit den Theorien und Programmen der Jusos beschäftigte, die praktischen Kämpfe in Köln und anderswo wegließ.

Strasser gebärdete sich radikal: "Wir Jungsozialisten kämpfen für die Demokratisierung aller Bereiche, vor allem aber der Produktion. Deshalb fordern wir mehr Mitbestimmung, Investitionskontrolle, eine differenzierte Strukturpolitik, Bankenkontrolle und eine Umstrukturierung der Investitionen der öffentlichen Hand."

Zu den Fragen, wie eine solche "Demokratisierung der Wirtschaft" erreicht werden sollte, solange die Kapitalisten die staatliche Macht innehaben, konnte er nichts sagen, und so hörten sich seine theoretischen Ausführungen eher wie ein Wunschzettel für Weihnachten an, als eine Anleitung zum Handeln zu sein.

Als einziges Mittel pries Strasser die sogenannte Doppelstrategie an: "Sie besteht darin, daß neben der Eroberung von Machtpositionen in der SPD und im Staat die Jusos die Bevölkerung für ihre Interessen mobilisieren und organisieren."
und organisieren."

Da ich selbst einmal aktiv bei den Jusos mitgearbeitet habe und bei dem Versuche, die Doppelstrategie zu praktizieren, immer wieder auf den Bauch gefallen war, konnte ich an Beispielen klarmachen, daß die beiden Seiten sich unversöhnlich widersprechen. Ich berichtete, daß wir bei jedem Kampf auf der Seite der Bevölkerung, gegen Häuserabriß bis zum Protest gegen Tariferhöhungen, in Widerspruch zu irgendwelchen SPD-Stadträten oder SPD-Vorständen geraten waren, die dann auch mit Parteiausschluß drohten.

Johano Strasser fühlte sich zunehmend unwohler. Er entgegnete: "Ja, du hast recht, die Lage für uns Jusos ist in der SPD zur Zeit schwierig, aber es wird schon mal klappen. Ich bedauere, daß du keine Geduld gehabt hast und in die Irre gelaufen bist." (Womit er meine Arbeit auf der Linie des Kommunistischen Bundes Westdeutschland meinte.) Über diese Antwort Strassers ziemlich sauer, meldete sich ein Zuhörer zu Wort: "Geduld haben ist gut: Fünfeinhalb Jahre habe ich aktiv bei den Jusos mitgearbeitet, unter anderem als Delegierter für den SPD-Unterbezirksparteitag und im Köln-Mülheimer-Jusovorstand. In dieser langen Zeit haben die Jusos sage und schreibe zwei Aktionen durchgeführt, eine zum Mietwucher, eine andere zu den Tarifen, jeweils schon Jahre her. Ziemlich dürftig, was? Das ständige Buckeln und Zurückweichen vor den SPD-Vorständen kann mit Taktik nicht mehr entschuldigt werden, das ist blanker Opportunismus! Um wenigstens noch einige wenige Jusos in den Kölner SPD-Vorstand zu bekommen, habt ihr neulich mit einem Schnips eure kommunalpolitischen Thesen fallengelassen! Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der SPD; demnächst werde ich mit dem Kommunistischen Bund Westdeutschland arbeiten. Die kommunistische Partei muß wieder aufgebaut werden."

Diese Veranstaltung bestätigte voll
Diese Veranstaltung bestätigte voll
den Artikel in der KVZ Nr. 27 "SPD: Nichts geht mehr", in dem ausgeführt wurde, daß die SPD-Linke keine Alternative gegenüber der Schmidt'schen Krisenpolitik hat, ihr Programm völlig irreal ist und sie sich deshalb leicht lächerlich macht. Strassers Vortrag bestätigte auch die Aussage, daß es sich bei den Jusos um Leute handelt, die ein ungebrochenes Vertrauen in den Kapitalismus und seine Reformierbarkeit haben, aber keins in die Kampfkraft der arbeitenden Massen. Von letzteren hat denn Strasser auch gar nichts gesagt, wohl aber von der Illusion, die Bundesregierung könne mit einer besseren Strukturpolitik die Krise in den Griff bekommen. Wen wundert's da, daß immer mehr fortschrittliche SPD-Mitglieder sich überlegen, ob sie in der SPD richtig aufgehoben sind.

R.T., Köln

Fortsetzung, Weg mit Isolationshaft.....

daß er froh sei, mit einem Menschen sprechen zu können, weil man ihn in Einzelhaft halte." "Damit hat der Beschuldigte aber eindeutig zu erkennen gegeben, daß er sich auch in Zukunft nicht an die für alle verbindliche Hausordnung halten will." gez. "Landgericht"

Jede Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit anderen Menschen soll unterbunden werden. Briefe werden beschlagnahmt, ebenso Bücher, Zeitschriften und Verteidigerpost, mit den willkürlichsten Begründungen. Die Besuche werden durch Vollzugsbeamte kontrolliert oder auch ganz verboten. Jederzeit muß der Gefangene mit einer Zellenrazzia rechnen, das heißt, er kann keine Aufzeichnungen in der Zelle zu seiner Verteidigung machen, die gegen ihn oder andere benutzt werden könnten. Die Häftlinge sollen einen solchen Hunger nach Kontakten, nach Stoff für ihre Sinne kriegen, daß sie zu allem bereit werden.

So versucht die Justiz, sie entweder zu gebrochenen Narren oder Verrätern zu machen, um sie den Volksmassen als Beweis dafür vorführen zu können, daß der Widerstand gegen die herrschende Klasse sinnlos ist, Ausgeburt abartiger Gehirne. Die Fähigkeit und die Möglichkeit, sich zu verteidigen und öffentlich die eigenen Ziele darzulegen, soll ausgeschaltet werden.

Dieser Plan ist bisher am Widerstand der Häftlinge gescheitert.

Die Isolation findet ihre Fortsetzung darin, daß die herrschende Klasse ihre ganze Pressemeute darauf ansetzt, jede Äußerung der Häftlinge und jede Äußerung über ihre Haftbedingungungen zu entstellen, damit niemand die Wahrheit darüber erfahren kann Warum, wenn die Bourgeoisie bei der Isolation ein so reines Gewissen hat, läßt sie eine unabhängige Kommission nicht zu?

Auch die Angriffe auf die Anwälte sind Angriffe auf die Möglichkeit, sich zu verteidigen. Das Urteil soll gesprochen sein, noch bevor die Häftlinge zu Wort gekommen sind.

Das ist umso nötiger, als die Beweise im Falle der RAF-Häftlinge, wie die Urteile gegen Mahler und Ulrike Meinhof zeigen, vollständig fehlen.

Was die herrschende Klasse mit den Gefangenen und insbesondere den politischen Gegnern unter ihnen anfängt und in Zukunft anfangen will, davon soll kein Laut an die Öffentlichkeit dringen. In diese Zwangsanstalten läßt sie sich ebenso ungerne hineinsehen, wie in ihre Villen, weil in beiden am offensten der Charakter ihrer Klassenherrschaft sichtbar wird. Der Hungerstreik hat diese dunkle Zone ein Stück ins Licht gerückt. Was ans Licht gekommen ist, reicht, um zu erkennen, daß wir nicht nachlassen dürfen, für die gerechten Forderungen des Hungerstreiks zu kämpfen. Der herrschenden Klasse darf eine solche Behandlung ihrer Gegner niemals eingeräumt werden.

Isolationshaft für psychisch Kranken

In der Westberliner Haftanstalt Tegel wird ein psychisch Kranker seit 7 Monaten isoliert.

Vor etwa 14 Tagen besuchte eine Gruppe Studenten der Fachhochschule für Sozialwesen die Haftanstalt Tegel. Da uns bekannt war, daß sich im Haus 3 eine Isolierstation befindet, wollten wir natürlich auch diese sehen. Aber erst nachdem wir ausdrücklich darauf bestanden, wurde der Abteilungsleiter geholt. (Nur dieser kann die Genehmigung geben.) Die Isolierstation ist durch eine Eisentür vom übrigen Haus abgetrennt. Es befinden sich dort 8 Zellen.

Der Abteilungsleiter erklärte uns, daß Gefangene nur wenn es unbedingt nötig sei, hierher verlegt würden (Schutz der Mitgefangenen), und auch dann nur für einige Tage. Zur Zeit befände sich nur ein Mann dort, der unter Alkoholeinfluß einen Mithäftling angegriffen habe. Der Verletzte soll dann Wochen später an den Folgen gestorben sein. Der Gefangene befände sich jetzt seit sieben Monaten auf der Isolierstation, weil man noch keine andere Lösung gefunden habe. Nach der Meinung des Abteilungsleiters zeigte dieses Beispiel, daß politische Gefangene keiner Sonderbehandlung unterliegen.

Offensichtlich handelt es sich hier um Helmut Krastan, über dessen Fall Folgendes bekanntgeworden ist: Er hatte bereits im Mai in mehreren Schreiben um seine Verlegung in eine neurologisch-psychiatrische Abteilung des Gefängnisses gebeten. Die Anstaltsärzte lehnten ab. Ende Juni drehte Krastan durch und schlug einen Mithäftling zusammen. Dieser Mithäftling starb, weil der Anstaltsarzt Dr. Borz ihn trotz Schädelbruch erst nach neun Stunden in die Krankenabteilung bringen ließ.

Ein Verfahren gegen diesen gewissenlosen Arzt wegen unterlassener Hilfeleistung wurde wieder eingestellt, weil diese Fahrlässigkeit nicht strafbar sei. Helmut Krestan dagegen erhielt zusätzlich 10 Jahre, wurde nach einem Selbstmordversuch zusammengeschlagen und gefesselt.

Auf die Frage, ob sich in Tegel Gefangene am Hungerstreik beteiligen würden, erhielten wir als Antwort ein klares:

Nein. Erst als jemand den Abteilungsleiter darauf hinwies, daß am selben Tag im "Tagesspiegel" eine Meldung erschienen war, in der stand, daß in Tegel ein Gefangener im Hungerstreik ist, wandte der Abteilungsleiter ein: "Ach ja, da gibt es einen, der macht das seit drei, vier Tagen, aber heute morgen hat er schon wieder etwas gegessen."

Zufällig sahen wir etwas später in einem aufgeschlagenen Tagebuch eine Anordnung vom Vortage, die besagte, daß allen sich im Hungerstreik befindenden Gefangenen zu jeder Mahlzeit das Essen in die Zelle zu stellen sei. Als wir die Beamten darauf aufmerksam machten, waren sie empört, denn wir hätten kein Recht gehabt, dies zu lesen. Sie waren auch nicht bereit, uns weitere Auskünfte zu geben. An ihrem Verhalten zeigt sich ganz klar, daß selbst der kleinste Beamte Anweisungen hat, alles, was mit der Isolationsfolter und dem Hungerstreik zu tun hat, zu vertuschen und abzuleugnen.

Bei der abschließenden Diskussion mit den Gefangenen kamen wir auch auf den Hungerstreik zu sprechen. Sie waren insgesamt der Meinung, daß der Hungerstreik die einzige Möglichkeit sei, Rechte durchzusetzen.

Berichtigung

In der letzten Nummer der KVZ gab es leider viele Korrekturfehler, weil wir wegen technischer Schwierigkeiten in Zeitdruck geraten waren. Einige sind auf den entsprechenden Seiten berichtigt. Auf Seite 8 in der fünften Spalte ganz unten war eine Zeile ausgelassen. Der vollständige Satz heißt richtig: "Hätten sich die Führer der Gruppe Rote Fahne auf eine solche Kennzeichnung der Verantwortlichen für die Erschießung des Richters Drenkmann beschränkt, könnte man nichts dagegen sagen."

Tarifkomissionsmitglieder von Teves verstossen gegen ihre Aufträge

Seit dem Anfang des Jahres, seit die Krise in der Automobilindustrie sich bis jetzt laufend verschärfte, mußten die Arbeiter und Angestellten der Bremsenfirma Teves immer wieder die Folgen tragen. Seit April gibt es fast regelmäßig drei bis vier Tage Kurzarbeit. Der Personalstand wurde um 1 300 Kollegen auf ca. 3 000 gekürzt. Das geschah durch monatliche Raten von 49 Kollegen, durch Massenentlassungen von 400 Kollegen im August und durch Eigenkündigungen bzw. "Altersabgänge in den Rentenstand".

Es gibt seit April Einstellungsstopp. Facharbeiter wurden umgesetzt. Dort, wo Kollegen entlassen wurden, müssen die Kollegen deren Arbeitsanteil voll tragen. In einigen Abteilungen sind Arbeitsplätze zusammengelegt worden, sodaß die einzelnen Kollegen mehr arbeiten müssen als vorher; die Arbeitshetze nimmt zu.

Im August wurden 8 Maschinen demontiert und nach England "ausgelagert", um dort mit geringeren Löhnen dieselben Teile zu produzieren. Teves ist also Zulieferbetrieb von der Automobilindustrie abhängig, die Aufträge kommen unregelmäßig und müssen terminlich schnell erledigt werden.

Es gibt Kurzarbeit bei gleichzeitigen Nachtschichten und Überstunden, im Betrieb wird von "Personalmangel" geredet, einige Abteilungen laufen auf Hochtouren, andere könnten stillgelegt werden.
Vom 13.12.1974 bis 6.1.1975 ist Kurzarbeit, im März 1975 läuft die einjährige Kurzarbeitsperiode ab, mit weiteren Massenentlassungen ist dann zu rechnen.

Die Vertrauenskörperleitung stellt sich hinter die Forderung: 300 DM mehr

In dieser, die Ausbeutung von Arbeitern und Angestellten verschärfenden, Situation sollen die Kollegen Lohnabbauabschlüsse von unter 10 % in Kauf nehmen. Ein großer Teil der gewerkschaftlich organisierten Kollegen sprach sich für eine Forderung von 300 DM linear aus (siehe KVZ Nr.27) und setzte diese dem Vorhaben der Gewerkschaftsführer, 11 %-Forderungen zu beschließen, entgegen. Es gab keine andere offenkundig gewordene Meinung über Forderungen, deshalb wurde auf einer Vertrauenskörperleitungssitzung festgelegt, daß die Tarifkommissionsmitglieder die Forderung '300 DM linear' am letzten Freitag in der Tarifkommission vortragen und vertreten sollten. Im Vertrauenskörper war vorher besprochen, daß jeder Vertrauensmann mit den Kollegen seines Bereiches über die Tarifforderungen diskutiert, um so die Meinungen über diese in der Vertrauenskörpersitzung, die am letzten Freitag stattfinden sollte, zusammenzutragen. Dann sollten die Forderungen des Vertrauenskörpers beschlossen werden. Diese Sitzung fand nicht statt, weil am selben Tag bereits die Tarifkommission zusammentrat, in der dann die Tarifkommissionsmitglieder von Teves, Janzek und Schaad, völlig andere Forderungen vertraten.

Sie stellten die zirka 300 Unterschriften und die mündliche Aussprache der Kollegen gegenüber den Vertrauensleuten für die 300 DM linear als Machwerk der "Roten Bremse", der Betriebszeitung der KBW-Betriebszelle, hin. Sie gaben vor, die Unterschriftenaktion erfolgreich niedergeschlagen zu haben. Sie behaupteten, die Kollegen hätten sich für 11 % ausgesprochen. Für diese Forderung machten sie sich breit und stimmten auch so ab. Eine offenkundige Lüge, die sie benutzten, ist: Der Vertrauenskörper hätte für 11 % gestimmt.

Jetzt, nachdem für Niedersachsen 11 % als Forderung der Tarifkommission beschlossen wurde, werden sie dabeigehen und die Situation, daß kein Vertrauenskörperbeschluß vorlag, ausnützen, um ihr Vorgehen zu rechtfertigen. Außerdem werden sie behaupten, alle die Kollegen, die nicht per Unterschrift für 300 DM linear gestimmt haben, und die Kollegen, die sich gar nicht geäußert haben, würden die Forderung von 11 % vertreten. Auf ähnliche Weise haben sie das schon in der Tarifkommission getan. Janzek und Schaad haben offensichtlich die Interessen der Kollegen nicht vertreten, obwohl sie in der Vertrauenskörperleitungssitzung sagten, sie verträten die Forderung nach linearen Erhöhungen und 300 DM. Sie haben sich hinter 11 % gestellt, dafür benutzten sie Lügen und Verdrehungen; sie haben sich nicht an demokratische Regeln gehalten, sondern ihre Meinungen als die der Kollegen hingestellt. Die Mittel, solche Machenschaften zu verhindern, können nur die breite Diskussion unter den Kollegen, der Ausdruck ihres Willens in Form von Resolutionen und Unterschriftenlisten und die Abstimmung der Forderung im Vertrauenskörper per Beschluß sein. Entweder die Tarifkommissionsmitglieder halten sich dann an die Forderungen der Kollegen oder sie können nicht länger ihre Vertreter sein.

—Teveszelle Gifhorn—

Tarifkommission Niedersachsen der IG Metall

11% beschlossen

Hannover. Am 6.12.1974 tagte die Tarifkommission, etwa 70 Mitglieder. Zunächst wurden zwei Briefe des Vertrauensleutekörpers von VAW-Leichtmetall Hannover und von Bersdorf verlesen. VAW forderte Festgeldbetrag von 200 DM, 100 % Weihnachtsgeld, Bersdorf 230 DM. Bezirksleiter Helmut Buhl denunzierte diese richtigen Beschlüsse, die Vertrauensleutekörper würden politisch mißbraucht. Buhl schlug stattdessen eine 11 %-Forderung vor, 80 DM für Auszubildende.
Bei vier Gegenstimmen und drei Enthaltungen wurde der Vorschlag der Bezirksleitung angenommen.

Opladen. Lehrlinge von Götze gegen Forderung der Großen Tarifkommission der IG Metall: Gefordert wird die Angleichung an das vierte Lehrjahr und 120 bis 150 DM für alle Lehrlinge.

Stuttgart. Die Ortsverwaltung der IG Metall empfahl: 7 % und 60 DM Sockelbetrag für alle. Das ist nach einem Bericht der "Frankfurter Rundschau" vom 10.12. wohl auch die Meinung des Bezirksleiters Franz Steinkühler.

Heidelberg. Bei einer Betriebsversammlung bei Teldix am 10.12. hat das Mitglied der Großen Tarifkommission von Nordbaden – Nordwürttemberg, H. Ebert, angekündigt, daß eine Tarifforderung von 60 DM und 7 % von der Tarifkommission beschlossen werden soll. Ein Kollege sprach sich gegen eine solche spalterische Forderung aus und begründete eine Forderung von 200 DM für alle gleich, eine Forderung, die im Interesse aller Arbeiter und Angestellten ist. Großer Beifall der Kollegen bewies, daß diese Forderung richtig ist.

se Forderung richtig ist.

Emmendingen, 10.12.74. Auf der Mitgliederversammlung der IG Metall, anwesend 85 Kollegen, stimmten 54 Kollegen für lineare Forderung in Höhe von 200 DM.

Im Chemielabor

Bremer Vulkan: Kampf um die Gewerkschaft

IGM-Mitglieder wählen Funktionäre ab

Bremen. Am Freitag, den 29.11. wurden von den Drehern auf der Bremer Werft "Vulkan" die IGM-Vertrauensleute Büsing und Hörig abgewählt.
Büsing ist Vorsitzender der SPD-Betriebsgruppe, Mitglied der Vertrauenskörperleitung vom Vulkan, der Tarifkommission und der Vertreterversammlung der Verwaltungsstelle Bremen und Ersatzmitglied des Betriebsrates. Hörig ist Mitglied der SPD-Betriebsgruppe, Ersatzmitglied des Betriebsrates und IGM-Vertreter. Weswegen wurden sie abgewählt?
Die Dreher werfen den beiden Funktionären vor, daß sie keine Aktivitäten entwickelt hätten. Weiter hätten sie Eigenbrödelei betrieben, anstatt die Kollegen jeweils zu befragen und ihnen über die Arbeit zu berichten. Statt die Gewerkschaftsmitglieder zu vertreten, haben beide die SPD-Parteipolitik höher gestellt. Beide Funktionäre waren auch Antragsteller für die Gewerkschaftsausschlüsse bei uns im Betrieb. Auch das entsprach nicht dem Willen der Mitglieder.

In der gleichzeitig im Betrieb laufenden Neuwahl der IGM-Mitgliedervertreter wurden die beiden Funktionäre ebenfalls nicht wiedergewählt. Bei den Schweißern und Brennern wurde der freigestellte Betriebsrat, Vertrauensmann und Vertreter Rieken, der ebenfalls die Ausschlußanträge mit gestellt hatte, als Kandidat für die Vertreterversammlung nicht aufgestellt.

Die Neuwahl der IGM-Vertreter ist insgesamt im Betrieb noch nicht abgeschlossen. Aber schon an diesen beiden Branchen zeigt sich eins: Die Kräfte in der Gewerkschaft, die den Geist des Klassenfriedens verbreiten, haben nur noch wenig Vertrauen unter den Kollegen. Überall weht ihnen der frische Wind der Kritik ins Gesicht. Neue Kräfte treten auf, die für eine aktive, die Mitglieder mobilisierende, kämpferische Gewerkschaftspolitik eintreten, die gegen die Ausschlüsse und für die Einheit sind. Die Arbeiter müssen sich für schwere Kämpfe mit den Kapitalisten rüsten. Sie begreifen immer mehr, daß sie dafür einheitliche, kampfstarke und klassenbewußte Gewerkschaften brauchen.

—Betriebszelle Vulkan—

Zum 2.Mal in einem halben Jahr: 2% weniger Lohn

Betriebsversammlung bei Zanker in Tübingen

Tübingen. Bei Zanker fand letzten Mittwoch eine Betriebsversammlung statt. Rund 400 Kollegen – etwa die halbe Belegschaft – waren gekommen, denn es gab Themen genug, die den Arbeitern auf den Nägeln brannten.

Nachdem schon im Juli 2 % der innerbetrieblichen Zulagen gestrichen worden waren, haben die Zanker-Kapitalisten jetzt auch den schon bekannten Trick angewandt, um sich vor der Zahlung der für die Metallindustrie tariflich vereinbarten 2 %-igen Lohnerhöhung im Dezember zu drücken: Sie zogen weitere 2 % von den innerbetrieblichen Zulagen ab. Außerdem macht Zanker zwischen dem 16.12. und dem 13.1. ganz zu, weitere Kurzarbeit steht im Februar und März an. Schließlich: Vom diesjährigen Weihnachtsgeld sehen die Kollegen zu Weihnachten nur 70 %.

Die Empörung auf der Betriebsversammlung war groß, und Kneppe – dem Paraderedner der Geschäftsleitung – gelang es nicht, die Arbeiter durch viele schöne Worte einzulullen. Er wurde ausgepfiffen, während die Redner, die sich klar gegen die Lohnkürzung aussprachen, starken Beifall bekamen.
Vielen Arbeitern ist klargeworden, daß sie sich nur dann gegen die Angriffe der Kapitalisten zur Wehr setzen können, wenn sie gemeinsam vorgehen – einige Kollegen handeln schon: Sie führen eine Unterschriftensammlung durch, auf der eine gewerkschaftliche Mitgliederversammlung im Betrieb gefordert wird. Dort soll es in erster Linie darum gehen, den bestehenden Vertrauensleutekörper zu kritisieren, denn er war bis jetzt noch nie in der Lage, den Widerstand der Kollegen gegen die Angriffe der Kapitalisten zu organisieren. Es muß diskutiert werden, welche Schritte nötig sind, um einen funktionierenden Vertrauensleutekörper aufzubauen.

—KG Tübingen, Zankeraufbauzelle—

Die Empörung auf der Betriebsversammlung war groß, und Kneppe –

—KG Tübingen, Zankeraufbauzelle—

Vertrauensleute gegen Entlassung

F & G Kapitalisten wollen 500 Kabelwerker entlassen

Am 4.12.1974 verteilte der Betriebsrat bei Felten & Guilleaume (F & G) ein Flugblatt in allen Abteilungen. Da heißt es:
"Am 3.12.74 teilte die Geschäftsleitung dem Betriebsrat mit, daß auf Grund der geringen Kapazitätsauslastung im Verbund mit anderen negativen Faktoren die Fixkosten gesenkt werden müßten. Die Geschäftsleitung will bis zum 20.6.75 ca. 500 Arbeiter und Angestellte entlassen."
Es folgt eine Aufschlüsselung für die betroffenen Bereiche in Köln, sowie Nürnberg (50) und Berlin Reinickendorf (23). Diese Angaben sind vorläufig.

In einer früheren Betriebsversammlung hatte sich der Betriebsrat gegen Entlassungen entschieden ausgesprochen. Der Zorn der Kollegen ist groß und richtet sich sowohl gegen die Geschäftsleitung als auch gegen die Diktatur des Kapitals überhaupt. Immer mehr Kollegen sehen, daß die F & G Kapitalisten die Krise ohne Schaden für ihren Profit durchstehen wollen. Es wird sehr viel Geld ausgegeben, um neue Maschinen aufzustellen, an denen weniger Kabelwerker mehr als je zuvor produzieren sollen.
Der technische Fortschritt wird nicht dazu genutzt, die Arbeitshetze zu verringern und den 7 Stunden-Tag, bei vollem Lohnausgleich, herbeizuführen. Nein, der Akkord verschärft sich, die Wechselschicht bleibt. Bei F & G heißt das heute: Die einen Kollegen sollen an den neuen Maschinen noch stärker ausgebeutet werden, und ca. 500 sollen aufs Arbeitsamt stempeln gehen. Nur so können die Unternehmer "ihre Fixkosten" senken und gleichzeitig Gewinn machen.
Das ganze Gesäusel von der Betriebsgemeinschaft in einem Boot, das der Vorstand von F & G in seiner Bildzeitung, dem "Carlswerker", verbreitet, ruft nur noch Zorn hervor. Da schreiben die ganz locker in die August-Ausgabe: "Investitionen sichern Arbeitsplätze", wo doch gerade jetzt während der größten Investitionen ein halbes Tausend Kollegen rausgeworfen werden sollen. Die Unruhe hat inzwischen auch die Angestellten erfaßt, besonders, als sie folgendes hörten: Der Personalchef Golzio kommt ins Lohnbüro und erklärt dem Leiter des Lohnbüros (59 Jahre, Herzleiden), daß er am 30.6.75 seinen letzten Tag bei F & G hat. Alle Kollegen im Lohnbüro hören zu. Diese Nachricht verursacht bei diesem Angestellten eine Herzattacke und er mußte sofort ambulant behandelt werden.

Seitdem gibt es keine Ruhe mehr in den Bereichen. Besonders die gewerkschaftlichen Vertrauensleute sind zum Widerstand entschlossen und diskutieren Maßnahmen und Mittel des Kampfes im Betrieb. Sie sind anerkanntermaßen das Rückgrat der Belegschaft und einzig in der Lage, den einheitlichen Kampf zu organisieren. Sie stellen dabei auch ihr Aufgabe als Vertreter der Kollegen höher als das Interesse der bürgerlichen Regierung in Bonn, die Profite auf dem Rücken der Arbeiter zu sichern, obwohl viele Mitglieder der SPD sind.
Alle fortschrittlichen Kollegen bei F & G haben jetzt die Aufgabe, ihre unschlüssigen und verzagten Kollegen von der Notwendigkeit des einheitlichen Kampfes gegen die Abwälzung der Krise des Kapitals auf unsere Schultern zu überzeugen. Das geschieht auch.

—F & G-Aufbauzelle des KBW—

Chemie-Tarifrunde:

Frühzeitig vorbereiten

Die Debatte über Art und Höhe der Forderungen eröffnen

Am 31. März 1975 werden die Tarife in der chemischen Industrie gekündigt. Bis jetzt ist wenig Initiative ergriffen worden, um die Forderung aufzustellen und zu beraten, wie in der jetzigen Lage die Sache angepackt werden muß. Am 3. und 4. Dezember tagte in Heusenstamm die hessische Tarifkommission. Eingeladen war unter anderem zum Tagesordnungspunkt "Tarifrunde 1975".

Wer nun aber meint, daß etwa über Art und Höhe der diesjährigen Forderung diskutiert werden sollte, wurde enttäuscht. Vielmehr unterbreitete der Bezirksleiter Egon Schäfer der hessischen Tarifkommission den Vorschlag, dem Arbeitgeberverband in diesem Jahr zentrale bundesweite Verhandlungen anzubieten, zum einen über eine Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen auf 52 Mark, zum anderen über ein Arbeitsplatzsicherungsabkommen, und gleichzeitig damit ebenfalls über die bundesweite Kommission die Lohnforderung verhandeln zu lassen. Dabei wurde wiederum kein Wort über die Höhe der Forderung in der nächsten Tarifrunde verloren. Im Gespräch war allerdings, wenn auch nicht offiziell, daß die Forderungen nach vermögenswirksamer Leistung und Arbeitsplatzsicherungsabkommen, die gemeinsam mit der Lohnforderung als Paket verhandelt werden soll, damit auch auf die Höhe der Lohnforderung Einfluß haben kann. Zahlen, wie daß einzelne dieser Leistungen, auf den Lohn bezogen, um die 2 % ausmachen, sind zu hören. Die Tarifkommission hat diesem Vorschlag gegen 5 Stimmen zugestimmt, obwohl weder in den Betrieben noch in gewerkschaftlichen Gremien über dieses Vorgehen, über diese Forderung nach vermögenswirksamer Leistung, noch über die Höhe der Forderung in der Lohnrunde diskutiert wurde. Dies in einer Lage, wo es darauf ankommt, sich möglichst frühzeitig für den Lohnkampf vorzubereiten und durch das Aufstellen der Forderung eine größtmögliche Einheit herzustellen. Damit hat sich die Tarifkommission frühzeitig aus der Tarifrunde herauskatapultiert und die Initiative "einer direkt dem Hauptvorstand unterstellten Kommission" übergeben. Dies wohl teilweise mit dem Hintergedanken, in diesem Jahr nicht ins Sperrfeuer der Kritik der Kollegen zu geraten, wenn sie, wie schon oft, der Abschlußempfehlung des Hauptvorstandes zustimmt, ohne sich mit den Kollegen zu beraten. Wer sich trotz dieses Vorgehens nicht aus der Tarifrunde herausschalten lassen darf, sind die Belegschaften in den Betrieben. Dies gelingt am besten durch die frühestmögliche Debatte über Art und Höhe der Forderung, die gerade jetzt so sein muß, daß sie die Einheit der Kollegen fördert, und dadurch, daß Maßnahmen beschlossen werden, mit welchen Mitteln die Forderung durchgesetzt werden kann. Dies zu unterstützen ist die Aufgabe aller Gewerkschafter.

M.

Band-Arbeitsplatz bei VW in Salzgitter
Die Taktzeit beträgt 30 Sekunden; in dieser Zeit müssen vier Arbeitsgänge ausgeführt werden: Einlegen von zehn Schrauben, Öl auf die Schrauben spritzen, Bedienen des automatischen Zehnfachschraubers, Kontrolle. Die Kapitalisten sagen, sie wollen mit Prämien und Subventionen Arbeitsplätze sichern. Die Prämien dienen aber bloß dazu, um eine noch schärfere Rationalisierung durchführen zu können und um die Arbeitshetze noch mehr zu steigern.

Rationalisierung in der Krise: Der Weg der Kapitalisten auf dem Rücken der Arbeiter

Stückzahlsteigerungen bei VW Salzgitter

"Wenn ich das noch 5 Jahre mache, gehe ich kaputt"

Benz Neues Prämiensystem

"Vor den Erfolg haben die Götter den Schweiß gesetzt!", sagte anfangs des

Stückzahlsteigerungen bei VW Salzgitter
"Wenn ich das noch 5 Jahre mache, gehe ich kaputt"
Benz Neues Prämiensystem

Das obenstehende Bild des Arbeiters aus der Kurbelwellenmontage des VW-Werkes Salzgitter veranschaulicht beispielhaft, wie monoton, abstumpfend und nerverzerfetzend die Arbeit eines Produktionsarbeiters ist.

Monoton und abstumpfend, weil dieser Arbeitsgang mehrere hundert Mal 8 Stunden lang wiederholt werden muß. Nervenzerfetzend, weil dieser Arbeitsgangs 8 Stunden lang jedesmal wieder die volle Konzentration des Arbeiters erfordert. Jede der zehn Schrauben muß mit der Hand eingelegt und mindestens ein bis zwei Gewindegänge eingeschraubt werden, weil sonst die Schrauben sich verkanten können beim Festschrauben mit dem luftdruckbetriebenen Zehnfachschrauber. Verkantete, "festgefressene" Schrauben müssen mit einem Schraubenschlüssel herausgedreht und im ungünstigsten Fall herausgebohrt und ein neues Gewinde gebohrt werden. So etwas kann leicht passieren, darf aber nicht oft passieren, weil die anderen Kollegen am Band dann "Zwangspausen" machen müssen und Vorarbeiter und Meister dann diesem Kollegen "Druck" geben. Solche fehlerhaften Arbeitsgänge sind an sich Nacharbeit für Springer. Aber Springerstellen werden immer mehr eingespart dadurch, daß Arbeiter innerhalb einer Abteilung und innerhalb des Werkes häufig umgesetzt und an anderen Maschinen angelernt werden. Das machen die Kapitalisten nicht etwa deshalb, damit die Arbeiter mehr "Abwechslung" haben. Das ist es spätestens nach drei Tagen nicht mehr, wenn man die volle Akkordstückzahl bringen muß. Sondern das machen die Kapitalisten, weil sie einige hundert Arbeiter auf die Straße gesetzt haben und jeder Unfall oder Krankheitsfall die Einhaltung der Produktionstermine gefährdet. Und einen "festen" Arbeitsplatz hat man auch nach dem Arbeitsvertrag sowieso nicht und die Produktionsarbeiter sind jeglicher Willkür der Kapitalisten ausgeliefert.

Aber gespart wird nicht nur an Springer- sondern auch an Einrichterstellen. So müssen z. B. die Kollegen an den Maschinen, die die Wasserpumpenräder bohren und schleifen, die Bohrer und Stahlplättchen selbst auswechseln und die Maschine selbst wieder neu einrichten. Einrichter springen dort nur bei größeren Störungen ein, die aber wiederum vom Schlosser behoben werden müßten. Gleichzeitig sind aber in den letzten Wochen die Stückzahlen pro Schicht von 700 auf 800 für die Wasserpumpenräder für den Passat und von 550 auf 700 für die vom Golf "gesteigert" worden. Durchgesetzt werden diese enormen Steigerungen, indem man die Kollegen in der Abteilung und die beiden Schichten ständig versucht gegeneinander auszuspielen. Und leider finden sind ein bis zwei "Radfahrer" gerade jetzt in fast jeder Abteilung, die beim Meister durch "reinklotzen" sich einen goldenen Lenker verdienen wollen. Von den Kollegen werden solche Leute geschnitten und ernten nur Hohn. Und solche Akkordsteigerungen sind deshalb möglich, weil gerade in der Passat- und Golfproduktion sehr viele Arbeitsgänge noch nicht vom paritätisch besetzten Akkord- und Lohnausschuß abgenommen sind. Das heißt, die Akkordstückzahl ist noch nicht abgestoppt und der Arbeitsplatz noch nicht bewertet und in eine Lohngruppe eingestuft worden. Das kann für die Kollegen vorteilhaft sein, wenn sich beide Schichten einig sind und gleichviel produzieren. Denn Meister bzw. Werksleitung versuchen natürlich die Stückzahl so hoch wie möglich zu schrauben, weil die Refa- bzw. MTM-Bewertung natürlich das berücksichtigt und in der Regel sowieso die Stückzahl immer höher festgelegt wird.

Ein für die Kollegen erfolgreiches Beispiel: Die Planungsabteilung "berechnet", wieviel Stück von einem Teil produziert werden soll. Meister oder Vorarbeiter sagen dem betreffenden Kollegen, daß jetzt so und soviel Teile gefahren werden müssen. Der Kollege, der sich mit seinem Kollegen aus der Gegenschicht einig ist, sagt: "Ich werde mein möglichstes tun." Es werden aber trotzdem nicht mehr Teile gefahren, weil "mehr ist nicht zu schaffen". So verläuft der tägliche Kleinkrieg zwischen Arbeitern und Kapitalisten und es werden auch kleine Erfolge erzielt. Den Kapitalisten bleibt dann meistens nur das Mittel der Umsetzung des Kollegen an einen anderen Arbeitsplatz.

Die Beispiele für die gegenwärtige Verschärfung der Arbeitshetze könnte ich noch seitenfüllend mit Beispielen, z. B. aus der Abteilung Motorenkleinwerke, fortsetzen. Deshalb nur noch drei Beispiele:
Im IGM-Arbeitskreis "Menschengerechte Gestaltung der Arbeitswelt" berichtete ein Vertrauensmann, daß in der Polsterei das Soll bis zu 50 % erhöht worden sei: "Die Kollegen dort wissen zu Hause, was sie getan haben." Und ein Kollege: "Wenn ich das noch 5 Jahre mache, bin ich kaputt." Und wenn Abstoppungen vorgenommen werden: Tassenstößel: vorher 2 400, jetzt 3 800! Ventilersatzringe: Vorher mußte ein Kollege "nur" zwei Maschinen bedienen, jetzt vier! Gleichzeitig wurde in dieser Abteilung diesen Kollegen die Lohngruppe 4 weggenommen und haben jetzt nur 3 b (20 Pfg./Std. weniger). Angeblich falsch eingestuft. Die Empörung der Kollegen darüber ist sehr groß und richtet sich zum Teil berechtigt auch gegen den Betriebsrat, der das ohne Gegenwehr zuläßt und auch noch verteidigt. Ein Kollege: "Das wird ja immer schlimmer. Die holen noch das Letzte aus uns raus. Sowas habe ich noch bei keiner anderen Firma erlebt, daß man einfach so mir nichts dir nichts weniger Lohn kriegt."
Mit den gegenwärtigen Rationalisierungsmaßnahmen wollen die Kapitalisten auf dem Rücken der Arbeiter aus der Krise kommen. Mit weniger Lohn soll aus den Arbeitern mehr herausgepreßt werden. Beispiel: Im letzten Jahr wurde für die Elektriker in Halle 1 zur Pflicht, ihre 8 Stunden auf die Minute nachzuweisen, angeblich um die Störanfälligkeit der Maschinen festzustellen. Im letzten Jahr waren in einer Schicht 30 Elektriker, dazu noch Meister und Vorarbeiter, jetzt sind es für die gesamte Halle 1 noch 15 einschließlich Meister und Vorarbeiter. "Besonders" störanfällige Maschinen wurden nicht ausgewechselt, es wird weiter repariert und geflickt, dafür aber um so mehr für jeden einzelnen. Salzgitter

H., KBW-Sympathisantengruppe

"Vor den Erfolg haben die Götter den Schweiß gesetzt!", sagte anfangs des Jahres Vorstandsvorsitzender Dr. Zahn. Er meinte Erfolg für die Aktionäre und mehr Schweiß für die Arbeiter. Überall im Werk sind die Kapitalisten darangegangen, mit Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen die letzte verbliebene Luft aus dem Arbeitsprozeß herauszupressen.

In den Akkordabteilungen an den Bändern, Automaten und Maschinen, wo schon lange die Maschine oder der Arbeitstakt den Arbeitsrhythmus diktiert und jede Lebendigkeit aus der Arbeit verbannt ist, wird schon fast jedes Jahr an der Akkordhetze gedreht. Harte Maßnahmen sollen jetzt aber auch die Zeitlohnabteilungen, die Instandhaltungs- und Reparaturabteilungen treffen. Das kann man beim Benz deutlich sehen.

Zum einen hat der Vorstand für den ganzen Konzern verfügt, daß der indirekte Bereich um 5 % abgebaut werden soll. Schon jetzt werden Schlosser, Elektriker usw. nicht mehr ersetzt, wenn sie ausscheiden.
Die Abteilungsleiter haben Anweisungen erhalten, daß sie die längste Zeit Abteilungsleiter wären, falls sie im Dezember nicht schon eine kleinere Zahl von Kollegen vorzuweisen in der Lage sind. Als Folge des 5 %-Beschlusses sollen beispielsweise jetzt auch über 30 Lehrlinge nach der Lehre nicht als Fachkräfte übernommen werden.

Zugleich wird in den Lohnabteilungen Prämienentlohnung vorbereitet. Im Werkzeugbau zum Beispiel war es bisher so, daß ein Mann eine Vorrichtung komplett gebaut hat, bei größeren Vorrichtungen waren es zwei oder drei Mann. Der Schlosser konnte sich die Arbeit in etwa einteilen. Heute bekommt er eine Karte, auf der nur ein bestimmter Arbeitsgang angegeben ist, zum Beispiel Bohren oder Feilen. In einer ganz bestimmten Zeit muß die Arbeit erledigt werden und das Werkstück bei der Arbeitsvorbereitung abgegeben werden. Das ist die notwendige Vorbereitung vom Prämienlohn: Jede Lücke und jeder Spielraum im Arbeitsprozeß wird von der Kalkulation erfaßt, die Kollegen werden exakt verplant, Vorgabezeiten werden die Regel, um jedem mehr aufzuhalsen.

Die Geschäftsleitung geht geschickt vor. Die direkten Prämien gibt es noch nicht, aber Stück für Stück werden Fakten geschaffen. Nachdem die Betriebszelle des KBW im "Kommentar" (Betriebszeitung) den Fall aufgegriffen hatte, wurde die Geschäftsleitung plötzlich aktiv, für den Prämienlohn Argumente zu finden.
Zwei Vertrauensleute und ein Betriebsrat wurden nach Stuttgart-Untertürkheim geschickt, wo bereits der Prämienlohn existiert. Was man erfahren hat, ist, daß die Kollegen in Stuttgart zufrieden sein sollen. Der Grundlohn soll bei 105 % liegen, viele hätten 140 %, der Schnitt liege bei 135 %. Und keineswegs müßten die Kollegen mehr als früher arbeiten. Das klingt nicht schlecht. Doch wo hat man gehört, daß der Kapitalist freiwillig mehr für die gleiche Arbeit rausrückt? !

Der Trick bei der Sache ist: Das Stuttgarter Modell soll als Zugpferd für andere Abteilungen in anderen Betrieben gelten. Hat der Betriebsrat, ohne dessen Unterschrift kein neues Lohnsystem eingeführt werden kann, erst einmal zugestimmt, dann ist die Voraussetzung geschaffen, um zum Beispiel die Vorgabezeiten zu kürzen. Und die Schraube wird dann immer stärker angezogen!
Auf lange Sicht gesehen ist das Prämiensystem eine eindeutige Verschlechterung, was Kollegen in anderen Betrieben, zum Beispiel der BASF, bestätigen können. Jetzt besteht beim Benz noch die Möglichkeit, sie zu verhindern. Dazu bedarf es weiterer Aktivitäten der Kollegen, die auch den Betriebsrat dazu bringen müssen, dem Prämiensystem keineswegs zuzustimmen.

–Zelle Daimler-Benz, Mannheim (nach 'Mannheimer Arbeiter-Zeitung', Ortsbeilage der KVZ, Nr. 26/27)–

5000 sollen raus bei Ford

Köln, 8.12. Die Wochenendausgabe des "Express" meldete in diesem Zusammenhang, daß Ford entgegen früherer Ankündigungen jetzt doch Abfindungen bei freiwilliger Kündigung zahlt. Diese Zahlungen sollen bei etwa 5 000 DM liegen.

Viele Kollegen sind vor den Kopf gestoßen, andere wütend:
Ein Angestellter: Bei uns werden jetzt nach einem Punktesystem ca. 20 % aller Angestellten rausgeschmissen – oder sie gehen "freiwillig". Die Auswahlkriterien hat der Betriebsrat mit dem Vorstand schon früher in einer Betriebsvereinbarung festgehalten. Manche nehmen vielleicht die Abfindung, weil sie immer noch denken: Nächstes Jahr muß es doch besser werden. Auf jeden Fall wird die Konkurrenz unter den Kollegen größer, und wer politisch was macht, der ist unter den ersten.

Ein ausländischer Kollege: Ich hab's schon am vorigen Donnerstag erfahren. Aber die Kollegen wollen nicht entlassen werden. Egal, alles andere, auch lieber Kurzarbeit. Wenn 5 000 von der Belegschaft weg sollen, dann hat's keinen Zweck. Dann lieber Streik. In der FK, Y- und X-Halle sollen fast nur Ausländer weg. Ich, ich nehme keine Abfindung.
Aber bei vielen ist die Arbeitserlaubnis in einem oder zwei Monaten abgelaufen, die kriegen dann keine neue. Und dann gibt's auch keine Aufenthaltserlaubnis mehr!
Ein deutscher Arbeiter: Bei mir in der Abteilung glauben die deutschen Kollegen, meist Facharbeiter, daß der Ford sie nicht entbehren kann. Die hoffen darauf, daß möglichst viele Ausländer gehen. Natürlich sind aber auch die Deutschen dran.
Am Montag wird der Betriebsrat mit der Geschäftsleitung über die Frage der Abfindungen verhandeln. Es ist zu erwarten, daß er den Abfindungen zustimmt. Das würde für die Kollegen fast sichere Arbeitslosigkeit bedeuten, denn die Zahl der Arbeitslosen steigt ständig. Im November waren es in Köln 12 394 und dazu kamen 19 074 Kurzarbeiter, vor allem aus der Autoindustrie. Ford-Aufbauzelle–

Ein Drittel schneller

Warum im Chemiebetrieb Kalle Wiesbaden Maschinen "repariert" werden.

Wiesbaden. Kalle ist ein Chemiebetrieb des Hoechst-Konzerns Wiesbaden. In der letzten Zeit werden dort einzelne Fabrikationsmaschinen in verschiedenen Betrieben abgestellt. Oft heißt es dann: "Es werden Reparaturen an der Maschine vorgenommen, die längere Zeit dauern werden." Damit will man die Kollegen unter Druck setzen.
Viele haben nämlich jetzt davor Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren. Die Hoechst-Kapitalisten wissen das und nutzen dies aus, damit sich die Kollegen still ihren Anweisungen fügen sollen. Doch die "Reparaturzeiten" sind gar nicht so lange, wie das zuerst behauptet wird. Nach kurzer Zeit sind die Maschinen schon "repariert". Wenn die Kollegen dann nach einigen Tagen Resturlaub, den sie nehmen mußten, wieder in den Betrieb kommen, sehen sie allerdings sehr schnell, was mit Reparaturen gemeint war: die Maschine läuft jetzt sage und schreibe um ein Drittel schneller (manchmal auch noch mehr). Wenn man sich vorher schon stark anspannen mußte, um beim geringsten Fehler sofort die Fehlerquelle zu beheben, damit es nicht zu größerem Fehlausstoß und noch mehr Rennerei kam, so muß man jetzt höllisch aufpassen. Den Kollegen in den vollkontinuierlichen Schichtbetrieben, die während der 8-stündigen Arbeitszeit keine Minute tarifliche Pausen haben, gelingt es immer seltener, sich mal ein paar Minuten Pausenzeit abzuzwacken, zumal die Meister in letzter Zeit verschärft aufpassen. –O.G. Wiesbaden–

GEW-Vorstand will Kommunisten loswerden

Zu den Auseinandersetzungen im Bezirksverband Frankfurt

Mit großem Interesse haben Frankfurter Rundschau, FAZ und die örtliche Presse die Auseinandersetzungen in der Frankfurter Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft verfolgt. Viel Druckerschwärze haben sie zwei Monate lang verspritzt um mitzuhelfen, kommunistische Gewerkschaftler von den Mitgliedern zu isolieren und aus dem Bezirksvorstand herauszusäubern. Doch nach der Mitgliederversammlung am 3.12. mußte die Presse enttäuscht feststellen: "Die GEW steuert auch weiter auf Linkskurs. Neben Dingeldey kam KBW-Mann Knöss in den Vorstand" (Frankfurter Rundschau vom 5.12.). Wie kam es dazu?

Anbindung der Gewerkschaft an die SPD oder nicht?

Vor den hessischen Landtagswahlen wollte die sozialdemokratische Vorstandsmehrheit in der GEW Frankfurt mit allen Mitteln eine Protestwoche und Demonstration gegen die Bildungsmisere in Hessen verhindern. Die Initiative dazu ging von der Schule aus. Ein Stadtaktionskomitee aus Schülervertretern Frankfurter Schulen wurde gebildet. Der Kreisjugendausschuß des DGB, der Stadtschülerrat und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wurden aufgefordert, mitzuarbeiten udn selbständig Aktivitäten gegen das Schulelend zu enfalten.

Als sich im Komitee die Auffassung durchsetzte, daß die SPD-Regierung in Hessen kein Jota besser ist als die CDU in anderen Bundesländern, daß die jeweiligen Verantwortlichen für die sozialen Mißstände klar benannt und zur Rechenschaft gezogen werden müssen, daß es keine wahltaktischen Rücksichtnahmen gegenüber der SPD geben kann, wurde den sozialdemokratischen und verbündeten Gruppierungen der Boden zu heiß. Sie zogen spektakulär aus dem Komitee aus und begannen ein wahres Trommelfeuer an Lügen und Verdrehungen, um die Bewegung der Schüler zu stoppen. Am vielen Schulen ist es ihnen gelungen, Verwirrung zu stiften und Beschlüsse zu verhindern. Vorgeschobenes Argument der Notgemeinschaft "Helft der SPD" aus Jusos, DKP, SDAJ und dem Sozialistischen Lehrerbund (SLB, eine Gruppe des Sozialistischen Büros Offenbachs) war die Behauptung, der KBW habe die demokratischen Vertretungskörperschaften Kreisjugendausschuß und Stadtschülerrat aus dem Komitee herausgedrängt. Tatsächlich haben sich die Vorstände von Kreisjugendausschuß und Stadtschülerrat selbst isoliert, weil sie den Protest der Jugendlichen von der SPD-Landesregierung ablenken wollten. Dies genau war das Ziel der GEW-Vorstandsmehrheit.

Am 16.10. beschloß die GEW Mitgliederversammlung mit 62:52 Stimmen die Unterstützung der Aktionswoche. Am 22.10. trat daraufhin die Mehrheit des Vorstandes zurück, um die Durchführung des Mitgliederbeschlusses nicht ausführen zu müssen. Die Kollegen Knöss, Petermann und Wimmer vertraten das Mitgliedervotum und traten nicht zurück. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung wurde notwendig, um den Sachverhalt zu klären und einen neuen Vorstand zu wählen.

Die "schweigende Mehrheit" soll gegen die Kommunisten mobilisiert werden

Der Rücktritt des Vorstandes sollte die "schweigende Mehrheit" mobilisieren, von der die Sozialdemokraten ihre abwieglerische, unentschlossene und unklare Funktionärspolitik bestätigen lassen wollten. Die Vorstandsmehrheit eröffnete ein ideologisches Sperrfeuer gegen ihnen im Weg stehende Gewerkschafter. Eine antikommunistische Hetzkampagne, vorgetragen vom Sozialistischen Lehrerbund und der DKP gegen den KBW, persönliche Diffamierungen einzelner Kollegen wurden gestartet. Nicht die Gewerkschaftspolitik der Kollegen sondern die Politik des KBW wurde mit Tiefschlägen und Polemiken in einem GEW-Info angegriffen. Diese Politik sei "geschichtsblind", "realitätsfern" und "gefährlich". Zentral wurde die Frankfurter Rundschau eingeschaltet. Sie sollte wesentlich die Mobilisierung der Mitglieder gegen die Kommunisten besorgen; sie drang offen auf die Durchführung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und drohte mit der Spaltung des Verbandes. Die Vorstandsminderheit antwortete im GEW-Info mit einer Richtigstellung der Tatsachen und legte den Gewerkschaftsmitgliedern eine Stellungnahme über die anstehenden Gewerkschaftsaufgaben vor.

Die Hauptversammlung entscheidet sich durch Wahl des Kollegen Knöss gegen die sozialdemokratische Richtungsgewerkschaftspolitik

749 stimmberechtigte Mitglieder – die größte GEW-Mitgliederversammlung seit Jahren – und weit über 200 Gäste waren am 3.12. gekommen. Sehr bald zeigte sich, daß die Rechnung der Koalition von Sozialdemokraten, DPK, SLB bis hin zu "politisch rechts stehenden" Gewerkschaftern auf einen breiten Anitkommunismus unter den Kollegen nicht aufging. Bereits in der Debatte um die Politik des GEW-Vorstandes und die Nichtausführung des Mitgliederbeschlusses sprachen sich die Kollegen gegen die Anbindung der GEW an die SPD aus. Allein die Mitgliederinteressen sollten Richtschnur gewerkschaftlicher Aktivitäten sein. Ohne auf diese Verurteilung einer SPD-Richtungsgewerkschaftspolitik einzugehen, versuchten insbesondere die "Sozialisten" vom Sozialistischen Büro Offenbach unterstützt von den Sozialdemokraten ihre politischen Vorstellungen hinter Beschimpfungen des KBW zu vernebeln. Durch Manipulationen der Tagesordnung und Rednerliste brachten diese Funktionäre einen Großteil noch unentschlossener Kollegen gegen sich auf. Die Wahl des neuen Vorstandes brachte schließlich die Koalition gegen die Einheitsgewerkschaft vollends zu Fall. Zwar wurde der sozialdemokratische 1. Vorsitzende V. Dingeldey, ohne Gegenkandidat mit 541 gegen 191 Stimmen bestätigt. Entscheidend für die Wahl war aber, daß der Kollege Knöss, der stellvertretend für den KBW massiv unter sozialdemokratischem Beschuß stand, und sich gegen die Linie der Fesselung der Gewerkschaftspolitik an SPD-Parteitaktik eingesetzt hatte, mit einer Mehrheit von 333 zu 299 Stimmen wieder zum stellvertretenden Vorsitzenden des Bezirksverbandes gewählt wurde.

Alt-Juso-Prominenz Karsten Voigt – auf der Hauptversammlung als abstimmende Karteileiche anwesend – kommentierte den Wahlausgang mit: "Ganz schlümm".

Die GEW-Hauptversammlung hat gezeigt, daß die selbstverständliche Unterwerfung der Gewerkschaftspolitik unter die SPD zu Ende ist. In den Gewerkschaften gewinnen die Kollegen an Boden, die die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Mitglieder vorbehaltlos vertreten. Es zeigt sich auch, daß die sogenannten "Linken" von den Jusos bis hin zum Sozialistischen Büro stramm nach rechts gehen, wenn die selbständige Interessensvertretung über die sozialdemokratischen "Reformziele" hinausgehen.

Die bürgerliche Presse hatte auf diese Niederlage der Sozialdemokraten sofort einen Rat zur Hand. Diese "kommunistisch infiltrierte" GEW zu verlassen und eigene Verbände zu gründen. Aber die Kollegen werden auch diesen Rat ihrer falschen Freunde nicht befolgen. Gerade die GEW-Versammlung drückt den Willen der Mitgliedermehrheit aus, sich nicht spalten zu lassen. Angesichts der verstärkten Angriffe des Staates auf die wirtschaftliche und politische Lage der Lehrer und auf das ganze Schulwesen ist die Einheit der Gewerkschaft auch dringend notwendig.

–K.R.–

Berichtigung

Zu KVZ Nr.27, Seite 5: Die IGM-Mitgliederversammlung bei Siemens-Hoffmannstraße München forderte nicht 50 DM und 14 %, sondern 50 DM und 10 %.

Zu KVZ Nr.27, Seite 6: Die Redaktion hat zu einem Brief an den ÖTV-Hauptvorstand irrtümlicherweise den Namen Ulrike Martinez, Freiburg, hinzugefügt. Der Name steht aber mit dem genannten Brief in keinerlei Beziehung.

Breiter Protest gegen die Forderung der ÖTV-Tarifkommission

Am 12.Dezember beginnen die Verhandlungen der Großen Tarifkommission der ÖTV mit dem staatlichen Dienstherrn. Die Tarifkommission hat die Forderung von 6 % und 50 DM, 300 DM Urlaubsgeld aufgestellt. Gegen diese Forderung hat sich starker Protest unter den Mitgliedern erhoben. Sie ist völlig unzureichend und ermöglicht keine einheitliche Kampfkraft der Kollegen.

Ein vernünftiges Vorgehen

Betriebsgruppensitzung an den Kliniken in Wiesbaden durchgesetzt

Wiesbaden. Mit großer Mehrheit haben die Gewerkschaftskollegen an den Kliniken 250 Mark für alle mehr als Forderung für diese Tarifrunde verabschiedet. So war die Empörung unter ihnen groß, als sie von dem Beschluß der Großen Tarifkommission hörten. Der Betriebsgruppenvorsitzende Körner machte das Maß voll. Eine beschlossene Betriebsgruppenversammlung am 3. Dezember berief er nicht ein. Gerade diese Versammlung war aber wichtig, weil man jetzt alle Kräfte darauf ausrichten muß, daß keiner unter 200 DM mehr in dieser Tarifrunde bekommt. Die richtige Forderung muß vorbereitet und auf die Große Tarifkommission muß Druck ausgeübt werden.

Am 3. Dezember erschienen dann zirka 17 Kollegen bei dem Vorsitzenden Körner und fragten ihn, warum er die Versammlung nicht einberufen habe. Er versuchte sie abzuwimmeln mit Argumenten wie die Große Tarifkommission hätte schon beschlossen, jetzt sei doch alles gelaufen. Aber die Kollegen ließen sich nicht abbringen. Damit hatte er nicht gerechnet. Vollkommen verunsichert unterschrieb er bald eine schon vorbereitete Einladung zu einer Betriebsgruppenversammlung am 10. Dezember.

Der Beschluß der Frankfurter Vertrauensleute ist richtig

Frankfurt. Die Fachgruppe der Gerichtsreferendare in der ÖTV hat in ihrer letzten Sitzung ein Protestschreiben an den Hauptvorstand und die Große Tarifkommission verabschiedet. In unserem Brief wenden wir uns gegen den Beschluß der Großen Tarifkommission, der für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst Lohnraub ist.

Ergänzt wurde dieser Brief noch dadurch, daß wir die Forderung des Frankfurter Zentralen Vertrauensleute-Ausschuß unterstützten, der für 250 DM Festbetrag und 300 DM Urlaubsgeld votiert hatte, weil das eine Forderung ist, die dem entspricht, was die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst brauchen.

B., Frankfurt

Frankfurt

Mitglieder der ÖTV bei der Stadtverwaltung lehnten in einem Telegramm den Vorschlag des Hauptvorstandes ab und forderten mindestens 200 DM für alle gleich.
ÖTV-Mitglieder an der Krankenpflegeschule forderten in einem Telegramm 250 DM und 300 DM Urlaubsgeld.

Göttingen

Die Mitgliederversammlung des Studentenwerks protestierte gegen den Beschluß der Tarifkommission und forderte 250 DM mehr, kein Abschluß unter 200 DM mindestens, keine Schlichtungsordnung.

Hamburg

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, ÖTV-Betriebsgruppe: sammelte Geld für Telegramm und forderte darin erneut 250 DM.

Mannheim

Von Vertrauensleuten der Außendienststelle des Jugendamtes wurde am 26.11. ein Telegramm abgeschickt, in dem die aufgestellte Forderung von 250 DM bekräftigt wurde.

An 200 DM festhalten

Kiel. Auf der Sitzung des Arbeitskreises Gesundheitswesen der ÖTV vom 3.12. beschlossen die anwesenden Kollegen mit 33:3 Stimmen, an der Mindestforderung nach 200 DM (wie sie von der Mitgliederversammlung der Kieler ÖTV beschlossen wurde) festzuhalten und forderten die Große Tarifkommission auf, diese Forderung nachträglich noch zu beschließen.

Bremen

Der Vertrauensleutekörper der Universitätsverwaltung Bremen fordert die Vertreter der Universität bei der Versammlung der Sprecher und Delegierten am 16.12. auf, dort folgenden Antrag beschließen zu lassen: 1. Die Versammlung der Sprecher und Delegierten Kreis Bremen fordert die Große Tarifkommission der ÖTV auf, in dieser Tarifrunde nicht unter 220 DM mindestens für alle Kollegen abzuschließen. 2. Der Kreisvorstand wird aufgefordert, bis Mitte Januar eine Diskussionsveranstaltung über die Tarifsituation und die Angriffe der Regierung gegen den öffentlichen Dienst mit Vertretern des Hauptvorstandes durchzuführen. Diese Veranstaltung soll für alle Mitglieder der ÖTV öffentlich sein. Weiterer Beschluß: Der ÖTV-Vertrauensleutekörper Universitätsverwaltung Bremen hat ein Telegramm an den Hauptvorstand der ÖTV gesandt, gegen die Schlichtungsordnung und für die Aussetzung jeder Beschlußfassung über die Schlichtung ohne Befragung und Diskussion unter den Mitgliedern.

Hamburg

Am 28.November 1974 fand eine Mitgliederversammlung der ÖTV-Mitglieder aus dem Bereich Kindertagesheim statt. Die Mitgliederversammlung beschloß, eine Resolution an den Hauptvorstand zu schicken, in der wir unsere Empörung über den Beschluß der Tarifkommission zum Ausdruck bringen. Außerdem wurde ein Antrag an den Vorstand beschlossen, im Januar 1975 in Hamburg eine Delegiertenversammlung einzuberufen, um Kampfmaßnahmen zu diskutieren.

Kluncker am 13.12. in Frankfurt

Frankfurt. Die Mitgliederversammlung der ÖTV-Betriebsgruppe der Universität Frankfurt hat am 27.November über die von der Großen Tarifkommission aufgestellte Forderung zur Lohnrunde beraten. Die versammelten Mitglieder bekräftigten nochmals einstimmig ihre am 17.Oktober aufgestellte Forderung – 300 DM für alle, Urlaubsgeld von 300 DM, ab 1.1.1974, Abschaffung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen, kürzere Laufzeit der Tarifverträge nur bis zum 31.Oktober 1975.

Die Kolleginnen und Kollegen beauftragten einen Kollegen damit, bei der nächsten Kreisdelegiertenkonferenz in Frankfurt, diese Forderungen nochmals vorzutragen. Es ist geplant, diese Kreisdelegiertenkonferenz voraussichtlich am 13.Dezember in Frankfurt in Anwesenheit von Kluncker durchzuführen, wo die Vorstellungen des ÖTV-Vorstandes zur Schlichtung im öffentlichen Dienst den Kollegen aus den Betrieben schmackhaft gemacht werden sollen.

Die ÖTVler von der Betriebsgruppe der Universität in Frankfurt haben ihren Delegierten beauftragt, den Kollegen Kluncker nach dem Zustandekommen der von der Großen Tarifkommission aufgestellten Forderung von 6 % und 50 DM für alle zu befragen und entschieden gegen die Einführung einer Schlichtung aufzutreten.

ÖTV - Wiesbaden Kreisjugendausschuß - Sitzung

Der ÖTV–Kreisjugendausschuß beschloß am 27.11.74 eine Resolution an die Große Tarifkommission. Der Kreisjugendausschuß stellt sich hinter die Forderung der Wiesbadener Betriebsgruppenvorstände im Bereich der Stadtverwaltung nach 185 DM. Der Beschluß der Großen Tarifkommission entspricht nicht der Beratung der Mitglieder. Durch die allgemeine Preissteigerung ist die jetzige Forderung der Großen Tarifkommission zu niedrig. Kein Zurückweichen von dem Urlaubsgeld!

Mitgliederversammlung der Betriebsgruppe Finanzamt

Göttingen. Am 2.12. fand eine ÖTV-Mitgliederversammlung der Betriebsgruppe Finanzamt statt, auf der 7 Kollegen, davon ein unorganisierter, und ein Vertreter der Kreisverwaltung anwesend waren.

Einstimmige Entschließung an den Hauptvorstand. Darin wird protestiert gegen das Vorgehen des Hauptvorstandes und verlangt, daß die nächste Tarifrunde mit einer breiten Diskussion unter den Mitgliedern eingeleitet werden muß.

Bericht über die ÖTV-Bezirkstarifkommission (Nordrheinwestfalen)

Bevor am 26.11. in Stuttgart die Große Tarifkommission der ÖTV tagte und beschloß, die Tarifempfehlung des Hauptvorstandes zu übernehmen, traten auch in den Bezirken Tarifkommissionen zusammen, die die Diskussion in den Kreisen zusammenfassen sollten und entsprechende Tarifforderungen aufstellen sollten.

Die Bezirkstarifkommission Nordrheinwestfalen I empfahl eine Forderung von 6 %, DM 50 Sockel, DM 300 Urlaubsgeld und DM 50 Zuschlag pro Kind Urlaubsgeld. Das entspricht genau der Empfehlung des Hauptvorstandes. Auf der Kölner Delegiertenversammlung (zentrale Vertrauensleute-Versammlung) hatten die Kollegen einen Sockelbetrag von DM 100 gefordert. Über einen Mindestbetrag von DM 200 war nicht abgestimmt worden, weil bei DM 100 und 6 % DM 200 mindestens angeblich für jeden herauskämen.

Von den Kölner Vertretern auf dieser Bezirkstarifkommission hielt es nun keiner für notwendig, den Kölner Beschluß zu begründen, geschweige denn zu vertreten. Siegfried Kaiser vom Kölner Kreisvorstand setzte sich sogar, unterstützt vom Kollegen Dohmen, ganz bewußt über den Beschluß der Kölner Kollegen hinweg, indem er sagte: Die Vertrauensleute sind durch Linkschaoten beunruhigt, allein unter deren Einfluß kam eine solche Forderung zustande. Deshalb sei sie hier nicht maßgebend. So einfach setzen sich die bürgerlichen Machthaber in der Gewerkschaft über demokratisch gefaßte Beschlüsse hinweg, wenn sie ihnen nicht in ihrem Sinn sind.

–hwi,Köln ÖTV-Vertrauensmann–

Ausschlüsse aus der Postgewerkschaft

Aus der Erklärung der Ausgeschlossenen:

In seiner Sitzung am 28.11. hat uns der Hauptvorstand aus der Deutschen Postgewerkschaft ausgeschlossen.

Nach den öffentlichen Äußerungen des Bezirksvorsitzenden Gotterbarm liegt die Begründung nicht in unserer tatsächlichen gewerkschaftlichen Arbeit. Die kann ja auch jeder Arbeitskollege selber überprüfen. So berichtet die Badische Zeitung am 4.12. über die Stellungnahme des Bezirksvorsitzenden: "Gleichwohl gestand Gotterbarm den ausgeschlossenen Funktionären eine 'von der Aktivität her' gute Arbeit zu. Sie hätten sich dort, wo die Dinge schief liegen, darum gekümmert."

Wir meinen, daß wir gerade damit gewerkschaftliche Aufgaben im Interesse unserer Kollegen wahrgenommen haben.

Die tatsächlichen Ausschlußgründe liegen darin, daß der Hauptvorstand solche politischen Auffassungen, wie wir sie vertreten, aus der Gewerkschaft hinaussäubern will. (. . .)

Der Bezirksvorsitzende Gotterbarm hat in dem Fernsehinterview am Mittwoch ausgeführt, was er dagegen zu seiner Leitlinie der Politik und Gewerkschaftsarbeit macht, nämlich die "Verteidigung der Demokratie westlicher Prägung". (. . .)

Wir sehen keinen Grund, daß ausgerechnet die Arbeiter und Werktätigen die Profitwirtschaft verteidigen sollen, wo sie ständig zum Kampf um ausreichenden Lohn und in Krisenzeiten sogar um ihre Existenzgrundlage gezwungen sind.

Wir können in allen Fragen ausschließlich davon ausgehen:

Was sind die Interessen der Kollegen, was nützt den arbeitenden Klassen? Daher kommt es, daß selbst höhere Gewerkschaftsfunktionäre, die uns politisch bekämpfen, zugeben müssen, daß wir gute Arbeit machen. (. . .)

Freiburg, 6.12.74

Ulrike Martinez
Gerhard Marquart
Thomas Riesterer

IG Bau Steine Erden Freiburg Mitgliederversammlung

Freiburg. Am Sonntag, dem 8.12., war Mitgliederversammlung der IG Bau–Steine–Erden, Verwaltungsstelle Freiburg. Stabilitätspolitisches Verhalten wurde abgelehnt und mit Mehrheit wurde die Forderung 10 %, mindestens jedoch 200 DM und Erhöhung der Sommerpauschale an die Große Tarifkommission verabschiedet.

Gegen Stufenausbildung

Die Lehrlinge beginnen, sich zur Wehr zu setzen

Bremen. Am 27.11. führte der Ortsjugendausschuß (OJA) der IG Metall eine Veranstaltung zur Stufenausbildung durch. Zirka 120 Kollegen, darunter viele Betriebsräte, Jugendvertreter und auch eine Reihe von Berufsschullehrern waren gekommen.

Es ist ausgezeichnet, daß der Ortsjugendausschuß in dieser Frage die Initiative ergriffen hat. Was die Lehrlinge aus den Betrieben berichteten, bestätigt, daß die Einführung der Stufenausbildung gut für die Unternehmer und schlecht für die Arbeiter ist. Die Stufenausbildung hat zu dem geführt, was die Krupp-Unternehmer offen bei ihrer Einführung angekündigt haben: Anpassung der Ausbildung an den Bedarf der Unternehmer.

Gegen diese Pläne der Kapitalisten haben Jugendvertretungen bei Klöckner, Vulkan und AG Weser Vorschläge für Betriebsvereinbarungen gemacht, die vorsehen, daß zwar der Lehrling nach zwei Jahren mit einer Abschlußprüfung seine Ausbildung beenden kann, die Unternehmer aber nicht das Recht haben, Lehrlinge nach der Stufe I auszusortieren.

Auf der Veranstaltung wurde aber auch deutlich, daß der Ortsjugendausschuß zwar die Forderung nach der Abschaffung des Stufenplans unterstützt, aber über kein Konzept verfügt, wie diese Forderung durchgesetzt werden soll. Dafür wird es notwendig sein, die Information über die Zustände in der Stufenausbildung auszuweiten und zu vertiefen, indem die in der IG Metall organisierten Jugendvertretungen aus den Betrieben sich verstärkt darum bemühen, diese Forderung zu einer Forderung der IG Metall zu machen. –D., KAJB–

aus: Ortsbeilage Bremen

Teilerfolg: Alle in die 2. Stufe

Bei VAW Leichtmetall in Hannover hat die Geschäftsleitung einer Betriebsvereinbarung zustimmen müssen, nach der alle Lehrlinge in die zweite Stufe übernommen werden müssen. Noch im Frühjahr war überhaupt nicht klar gewesen, ob die zweite Stufe überhaupt ausgebildet werden würde. Auf Druck des Betriebsrats und der Jugendvertretung mußte die Geschäftsleitung schließlich im Sommer versichern, daß die zweite Stufe ausgebildet wird. Daraufhin versuchte es die Geschäftsleitung damit, festzulegen, daß nur bestimmte Leistungen zur Übernahme in die zweite Stufe führen könnten. Wiederum wurde auf Versammlungen die Ansicht der Geschäftsleitung beraten und an der alten Forderung festgehalten: Alle in die zweite Stufe! Nun hat der entschlossene Widerstand gegen die Aufspaltung der Lehrlinge Erfolg gehabt.

Auch wenn damit die Stufenausbildung noch nicht abgeschafft ist, ist diese Regelung doch insofern ein Erfolg, als sie die Spaltung unterläuft, die mit den Stufen beabsichtigt ist.

Ratlos

Frankfurt. In allen neunten Realschulklassen meiner Schule wurde nach den Sommerferien das Thema "Berufsausbildung / Situation der Arbeiter und Angestellten" behandelt. In diesem Zusammenhang bat eine Gruppe von Schülern Anfang September im Auftrag der Klasse beim Arbeitsamt Rüsselsheim um einen Termin, wo sie sich über die Lehrstellensituation in ihrer Umgebung und ihre Chancen, einen ihren Interessen entsprechenden Beruf zu erlernen, erkundigen wollte. Hier zeigte sich, daß in einer Situation verschärfter Arbeitslosigkeit auf der einen Seite die Arbeitslosen immer länger auf ihr Geld warten müssen, auf der anderen Seite die Berufsberatung an den Schulen fast ganz eingestellt wird, weil es so viel nicht mehr zu steuern und rumzuschieben gibt: Die Schüler bekamen keinen Termin wegen "Überlastung" des Arbeitsamtes. Erst auf Nachhaken der Lehrer erklärte sich eine freundliche Dame bereit, im November oder Januar (!) mal für einen Tag in die Schule zu kommen, obwohl es da Schwierigkeiten mit ihrer Dienststelle geben könnte, denn da gäb's neue Richtlinien, die Beratung an den Schulen kaum mehr zulassen würden.

Die Verwalter unserer Notgroschen scheuen sich offensichtlich, den Schülern die Wahrheit über die Lehrstellen- und Arbeitsplatzsituation in der gegenwärtigen Krise zu sagen. Sie könnten ja gefragt werden, **warum** Schulabgänger keine Lehrstelle finden, was denn eigentlich die Ursachen dafür seien... oder auch, warum sie kein Arbeitslosengeld kriegen.

cja, Frankfurt

Das letzte Hemd holt sich das Pfandhaus

Auf dem Arbeitsamt erklärte mir ein Kollege: "Was hab' ich zu verlieren? Nichts! Ich bin arbeitslos und bekomme in der Woche 166,80 DM überwiesen. Davon kann ich mit meiner Familie unmöglich leben. Gestern mußte ich unser schönes Kofferradio verkaufen. Unseren Fernseher und unseren Kühlschrank habe ich bereits zum Pfandleiher gebracht. Der Kommunismus ist doch gar nicht schlecht."

Dies sagte der Kollege wörtlich zu mir, ohne daß ich ihm vorher eine KVZ angeboten hätte oder ihm etwas erzählt hätte; er selber stellt diese Schlußfolgerung auf. Denn er hat Grund genug dazu, denn er sieht, wie sich in seiner schlechten Lebenslage nicht nur die Kapitalisten immer mehr Reichtum anscheffeln, sondern in der Krise Pfandleiher als Schmarotzer am Körper des Volkes auf die Bildfläche treten, und die machen dazu guten Profit, denn der Kollege erklärte mir: "Der Pfandleiher hat mir für meinen Fernseher 100 DM gegeben. Wenn ich das Gerät widerhaben will, dann muß ich 140 DM dafür zahlen; und für den Kühlschrank gab er mir 70, und ich soll 90 Mark dafür geben!"

J.M., Hildesheim

Berichtigung

Leserbrief eines Beschäftigten vom Arbeitsamt

Zu der KVZ Nr. 26 unter dem Artikel "2 000 von 4 000 ohne Lehrstelle" möchte ich einen Fehler berichtigen.

Man muß nicht 10 Wochen gearbeitet haben, um Arbeitslosengeld zu bekommen, sondern innerhalb der letzten drei Jahre 26 Wochen Beiträge an die Bundesanstalt für Arbeit geleistet haben. Erst nachdem man also in den letzten drei Jahren ein halbes Jahr geschuftet hat, "darf" man Arbeitslosengeld beziehen. Ob nun der Antrag bewilligt wird, ist wieder eine andere Sache. Erfolgte z.B. die Kündigung von Seiten des Arbeitnehmers, da ihn sein Vorgesetzter ewig schikaniert oder ihm das Betriebsklima nicht angenehm ist, erfolgt eine vierwöchige Sperrzeit, d.h. er kann vier Wochen lang zusehen, wie er sich ohne Geld zurechtfinden soll. Durch solche Klauseln werden zu allem Übel, lohnabhängig zu sein und seine Arbeitskraft an einen Kapitalisten verkaufen zu müssen, die Arbeiter noch dazu gezwungen, ihn möglichst lange durch ihre geschaffene Arbeit zu bereichern. Steigt die Arbeitshetze noch so sehr, der Arbeiter muß es ertragen, da man bei den heutigen Mieten und Preisen vier Wochen lang nicht vom Ersparten seine Familie ernähren kann. Macht man dabei das einzig Richtige, gegen diese Verhältnisse im Betrieb anzukämpfen, so wird man vom Kapitalisten eiskalt auf die Straße geworfen. Des öfteren fallen mir Arbeitsbescheinigungen (ich bin auf dem Arbeitsamt beschäftigt) von Arbeitern in die Hände, die 25 bis 30 Jahre lang ihre Arbeitskraft an einen Kapitalisten verkauft haben und nun aus "Rationalisierungsgründen" oder "Arbeitsmangel" entlassen werden. Die Forderung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland: "Umwandlung der Arbeitsämter aus staatlichen Einrichtungen in Einrichtungen, die ausschließlich von den Lohnabhängigen selbst verwaltet und aus dem Versicherungsfonds unterhalten werden" ist deshalb richtig, weil zwischen Menschen, die einen willkürlich auf die Straße werfen, also zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse, niemals ein Ausgleich gefunden werden kann. Die Mehrheit wird weiterhin unterdrückt werden, wenn sie sich nicht gegen die Minderheit wehrt.

Der Schreiber des berichtigten Artikels meinte vielleicht statt Arbeitslosengeld Arbeitslosenhilfe. Um das letztere beziehen zu können, muß man 10 Wochen gearbeitet haben. Aber diese Hilfe ist ein Hohn; möchte man tatsächlich von diesem Geld alleine leben, so wäre es lediglich eine Hilfe für die Verzögerung des Todes. Das klingt absurd, ist aber im kapitalistischen System realistisch.

N.

Ein Leben lang geschafft - dann auf der Strasse

Was Rationalisierung und technischer Fortschritt im Kapitalismus bedeuten, haben meine Eltern dieses Jahr erfahren müsse. Sie sind um die 50 Jahre alt, wohnen in München und arbeiten seit langer Zeit im graphischen Gewerbe als Retuscheure (zuletzt bei der Fa. Weißenberger, die u.a. die Zeitschrift "Quick" bearbeitet). Der technische Fortschritt hat auch hier nicht halt gemacht. Anfang dieses Jahres schafften die Kapitalisten der Firma, wo meine Eltern arbeiten durften, eine Anlage an, die Retuschearbeiten (Vorbereitung zum Druck) weitgehend überflüssig macht. Anstelle von etwa 20 Retuscheuren vorher wurden nur noch etwa fünf gebraucht – der Rest war überflüssig.

Mein Vater bekam gekündigt und gleichzeitig einen Vertrag als "freier" Mitarbeiter. Das sah dann so aus: kein Achtstundentag, kein Urlaubsanspruch, kein Wochenende, keine Sozialversicherung (alles freiwillig und entsprechend teuer), also mit einem Wort: keine Rente. Er bekam die mieseste, zeitraubendste Arbeit zu den unmöglichsten Zeiten, am Abend, an Wochenenden usw. Sein Verdienst sank ständig. Mittlerweile geht er "stempeln", da sein Verdienst unter den Satz der Arbeitslosenhilfe sank. Neue Arbeit ist in diesem Beruf nicht zu bekommen, schon gar nicht in diesem Alter.

Meine Mutter wurde Anfang des Jahres schwer krank. Zwei Tage später hatte sie ihre Kündigung. Der Betriebsrat teilte ihr mit, daß das alles seine Richtigkeit habe. Um den "freien" Mitarbeiterstatus meines Vaters nicht zu gefährden, unternahm sie nichts gegen ihre Kündigung. Bis jetzt erhielt sie Krankengeld. Damit ist es in einigen Tagen aus – ein "Vertrauens"arzt hat sie gesundgeschrieben. Auch sie muß stempeln gehen. Und das Arbeitslosengeld langt natürlich hinten und vorne nicht.

Eigentlich bliebe da nur noch die Umschulung. Aber in diesem Alter? Und dann noch bei der Arbeitslosigkeit in allen Berufszweigen? Man sieht, im Kapitalismus scheint es das größte Unglück, keinen Ausbeuter zu finden.

Sandkastenspiele statt Ausbildung

Damit soll die Arbeiterjugend ruhig gehalten werden

Vor zwei Wochen wurden die Arbeitslosenzahlen für Oktober veröffentlicht. Gegenüber dem Vormonat gab es eine Erhöhung um 11,2 % in Dortmund, so daß jetzt offiziell fast 11 000 Menschen in Dortmund arbeitslos sind. Auf der anderen Seite verringerte sich das Angebot an offenen Stellen auf unter 4 000 Stellen. Die Zahl der Kurzarbeiter erhöhte sich auf rund 2 000. Als besondere "Problemgruppe" wurden die arbeitslosen Jugendlichen unter 18 Jahren bezeichnet (offiziell: 431 Jungen und 288 Mädchen).

"Problemgruppe" heißt im Klartext, daß das Arbeitsamt für diese Kolleginnen und Kollegen praktisch keinen Arbeitsplatz anbieten kann. Obendrein sind diese Zahlen noch tiefgestapelt; so sprechen Sachbearbeiter beim Arbeitsamt von 600 arbeitslosen Jungen. Das Stellenangebot für diese Jugendlichen ist gleich Null.

Als diese empörenden Zustände vor wenigen Wochen an die Öffentlichkeit drangen, erklärte der Leiter des Dortmunder Arbeitsamtes, daß umgehend besondere Maßnahmen für diese Jugendlichen eingeleitet werden. Wie sehen diese Maßnahmen aus? Im Dezember und Januar beginnen wieder Lehrgänge bei einigen Dortmunder Großbetrieben. So z. B. bei Hoesch und auf Zollern in Kirchlinde. Die Betriebe stellen Betreuer und Einrichtungen, das Geld bekommen die Jugendlichen vom Arbeitsamt. Die halbjährigen Kurse dienen angeblich der beruflichen Qualifizierung der Jugendlichen, um so ihre Chancen zu erhöhen, anschließend eine Arbeitsstelle zu bekommen. Diese Begründung ist aber mehr als zweifelhaft, denn gleichzeitig wird offen gesagt, daß man darauf hofft, daß sich im nächsten Sommer die Arbeitsmarktsituation verbessert hat. Deshalb dauern die Lehrgänge wohl auch ein halbes Jahr und enden im Juni/Juli. Wie unernst diese Kurse angelegt sind wird klar, wenn man sich die Tätigkeiten anschaut. Jeden Monat sollen Grundkenntnisse einer Branche vermittelt werden, wie Elektro, Metallbearbeitung, Bau usw.. Das sieht dann so aus: Bei der Metallbearbeitung wird einen Monat lang mit den Blechverschlüssen von Bierflaschen herumgewerkelt, beim Bau werden Steine ohne Speiß aufeinandergestellt.

Diese sogenannten Lehrgänge sind ein Witz, und unter der Hand hört man dann auch, wofür sie in Wirklichkeit gut sind: Man will die Jugendlichen von der Straße haben, denn es werden Unruhen unter den Jugendlichen befürchtet. Und das zu Recht.

Aber auch mit solchen billigen Beschäftigungstherapien wird man die berechtigte Empörung der Jugendlichen nicht aufhalten können. Mit Beihilfen, die nicht zum Leben reichen und Sandkastenspielereien, bei denen man fast verblödet, will man die Jugendlichen vertrösten. Doch diese Masche wird nicht verfangen: Unter den Jugendlichen spricht sich langsam rum, wie diese Kurse laufen und viele, die angefangen haben, schmeißen die Brocken nach einigen Wochen hin, weil ihnen die Sache zu sinnlos und stumpfsinnig erscheint. Diese spontane Empörung ist völlig berechtigt und stellt uns die Aufgabe, verstärkt mit arbeitslosen Jugendlichen über die Ursachen ihrer elenden Lage zu diskutieren und Vorschläge zu machen, wie sie ihre berechtigten Interessen gemeinsam gegen die einzelnen Kapitalisten und staatlichen Institutionen wie Arbeitsamt vertreten und durchsetzen können.

–B.S., Dortmund–

(aus: Ortsbeilage Dortmund)

So wird die Solidarität zerstört!

Rüsselsheimer DGB- Ortskartell sabotiert Demonstration für gleiches Kindergeld

Rüsselsheim. Am Samstag, dem 7.12.1974, sollte auf Beschluß des Ausländerausschusses im DGB-Ortskartell eine Demonstration mit anschließender Kundgebung gegen die am 1.1.1975 im Rahmen der Steuerreform in Kraft tretende Kindergeldregelung für ausländische Arbeiter stattfinden.

Dieser Beschluß war gegen den Widerstand der Vertreter des Ortskartells im Ausschuß durch das einheitliche Handeln der ausländischen Kollegen durchgesetzt worden.

Nachdem der Beschluß im DGB bekanntgeworden war, erschien am Mittwoch ein leitender Funktionär des DGB auf der Sitzung des Ausschusses und versuchte den Beschluß rückgäng zu machen. Er sprach davon, daß die Kommunisten die Demonstration für ihre "eigenen Zwecke" ausnutzen würden, daß man gegen die Kindergeldregelung nichts mehr machen könne und außerdem hätte der Bundesvorstand des DGB bereits im Juni eine Protestresolution bei der Bundesregierung vorgelegt. Als er merkte, daß er damit bei den Kollegen nicht ankam, drohte er mit Folgen für die Gewerkschaftsmitgliedschaft, wenn man an der Demonstration festhalte.

Doch die Kollegen ließen sich nicht einschüchtern und bekräftigten noch einmal den Beschluß zur Durchführung der Demonstration, und ein Mitglied des Ortskartells wurde mit der Anmeldung beauftragt.

Und dann griff das Ortskartell zu einem schmutzigen Trick, um die Demonstration zu verhindern. Das Ortskartell meldete die Demonstration einfach nicht an und gab dies am Freitag abend erst bekannt. Gleichzeitig ließ es durch Dolmetscher in den Wohnheimen der Adam Opel AG bekanntgeben, daß die Demonstration nicht stattfinde. Dies hatte zur Folge, daß der größte Teil der ausländischen Kollegen auch nicht an der Kundgebung, die in einem entlegenen Stadtteil stattfinden sollte, teilnehmen konnte. Zu der Kundgebung waren dann auch nur etwa 30 Leute erschienen, dafür aber 20 mit Helmen ausgerüstete Polizisten und 6 Kriminalbeamte.

Der Ortskartellvorsitzende Fornhoff erklärte dann, daß auch die Kundgebung nicht durchgeführt werde, da ja kaum jemand erschienen sei, und forderte die Kollegen auf, wieder nach Hause zu gehen. Doch damit war er an die Falschen geraten, denn die Anwesenden forderten von ihm Rechenschaft darüber, warum die Demonstration nicht stattgefunden habe. Fornhoff, der auch SPD-Stadtverordneter ist, sagte, daß er sich hier nicht zu rechtfertigen brauche, die Kollegen hätten sich nach den Beschlüssen des Ortskartells zu richten. Doch niemand ließ sich damit abspeisen, und auf weitere Befragung ließ er endlich die Katze aus dem Sack: Das Ortskartell sei in Übereinstimmung mit den Polizeibehörden zu der Erkenntnis gekommen, daß bei der Demonstration mit der Teilnahme "kommunistischer Kräfte" zu rechnen sei, deshalb sei die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet und damit ein Grund gegeben, die Demonstration nicht durchzuführen.

Die Empörung der Kollegen über diese hinterhältige Vorgehensweise war groß und man war sich einig darüber, daß das Verhalten des Ortskartells als offener Verrat an dem berechtigten Protest gegen die Kindergeldneuregelung zu werten ist.

Diese Vorgänge zeigen, daß die DGB-Führer vor keinem Mittel zurückschrecken, um das einheitliche und geschlossene Handeln der Kollegen unmöglich zu machen und zu spalten, daß sie den Kampf der Kollegen für ihre Interessen verraten.

–G.B., KBW-Sympathisantengruppe Rüsselsheim–

Borgward 1952:

Der Kampf gegen die Entlassung von 2 000 Arbeitern

Interview mit Hans Meyer,
Mitglied der ehemaligen KPD und Vertrauensmann bei Borgward

Haupteingang des ehemaligen Borgward - Werkes, heute Hanomag - Henschel

Im nachfolgenden Interview berichtet der Genosse Hans Meyer, Mitglied der Ortsgruppe Bremen des KBW, früher Mitglied der KPD und Bremer Bürgerschaftsabgeordneter, wie der Kampf gegen die Entlassungen von 2 000 Arbeitern bei der Autofabrik Borgward in Bremen 1952 geführt wurde.
Wir drucken das Interview ab, weil wir aus den Erfahrungen der Arbeiterbewegung lernen müssen, um den Kampf gegen die Kapitalistenklasse erfolgreich führen zu können.
Das ist besonders wichtig in der heutigen Situation, wo sich die kapitalistische Krise immer mehr verschärft und die Kämpfe der Massen auf das Ziel des Sozialismus gerichtet werden müssen.

Der Genosse erzählt:
"Aus den von mir durchgeführten Abteilungsversammlungen in der Presserei, die 135 Kollegen stark war, wurden jedesmal Versammlungen, die weit über den Rahmen meiner Abteilung hinausgingen, mit 600 bis 700 Beteiligten aus anderen Abteilungen mit Meistern und Ingenieuren, auf denen immer hervorragende Diskussionen der Kollegen stattfanden, die meiner kommunistischen Argumentation beipflichteten und sie erweiterten. Das führte dazu, daß ich nicht nur Aufträge meiner Abteilungskollegen für die Vertrauensmännersitzung bekam, sondern viele aus anderen Abteilungen, die das Vertrauen zu ihren SPD-Vertrauensleuten verloren hatten."

Als im Mai 1952 von der Borgward-Geschäftsleitung die Entlassung von 2 000 Kollegen als notwendig angesehen wurde, hüllte sich der SPD-Betriebsrat bis zur letzten Minute in Schweigen. Die KPD-Betriebsgruppe erfuhr von der geplanten Massenentlassung und brachte sofort ein Flugblatt gegen die Entlassungen heraus, um die Kollegen dagegen zu mobilisieren. Nach Verteilung des Flugblattes durch die Mitglieder der KPD-Betriebsgruppe kam sechs Stunden später ein Gegenflugblatt des reformistischen SPD-Betriebsrates heraus, das das Flugblatt als Lüge der KPD bezeichnete.

Drei Tage später lud ein Anschlag zu einer außerordentlichen Vertrauensleutesitzung am nächsten Tag ein. Die Tagesordnung sollte erst dann bekanntgegeben werden.

Auf einer sofort von dem Genossen Hans Meyer einberufenen Abteilungsversammlung nahmen 800 Kollegen teil. Der Genosse berichtet:

"Auf meine Frage an den Betriebsratsvorsitzenden Buchholz nach der Tagesordnung lehnte er es ab, mir diese bekanntzugeben. Das war für mich eine positive Haltung ohne Worte, die unser Flugblatt bestätigte... Darauf ging ich in meine Abteilung, hatte aber zuvor in losen Absprachen mit den Genossen der Betriebsgruppe eine kurze Argumentation vereinbart und ihnen gesagt, daß ich sofort in meiner Abteilung eine Versammlung durchführe. Dann stellte ich in meiner Abteilung die Maschinen ab und gab die sofortige Abteilungsversammlung bekannt... Ich machte meinen Kollegen klar, wie ich sie auf der außerordentlichen Vertrauensmännersitzung vertreten wollte, und zwar, daß der Vertrauensmännerkörper nicht kompetent sei, über die Entlassungen von 2 000 Kollegen zu entscheiden, daß diese nur durch den Kampf der gesamten Belegschaft verhindert werden könnten. Wenn Borgward durch den Fleiß der Arbeiter, dieser Kollegen, riesige Profite gemacht hat, dann besteht auch die Möglichkeit, in einer kurzen flauen Zeit diese Kollegen weiter zu beschäftigen. Darum beantragte ich eine außerordentliche Betriebsversammlung, auf der Kampfmaßnahmen gegen die Entlassungen beschlossen werden und stellte anschließend die Frage an die Abteilungsversammlung, ob sie mit diesem meinem Vorgehen als kommunistischer Vertrauensmann im Auftrage der kommunistischen Betriebsgruppe einverstanden seien. Diese Zustimmung erhielt ich durch einen rasenden Beifall meiner Kollegen. Nachdem ich auf der außerordentlichen Vertrauensmännersitzung so mit den Genossen auftrat und den Beschlußvorschlag für eine außerordentliche Belegschaftsversammlung machte, erklärte der reformistische Betriebsratsvorsitzende, daß er für die Entlassungen die Verantwortung übernehme und über meinen Antrag nicht abstimmen ließe. So zerlief diese außerordentliche Vertrauensmännersitzung ohne Ergebnis."

Die Demonstration zum Betriebsrat. Eine Betriebsversammlung wegen der Entlassung von 2 000 muß her.

Interviewer: Hans, wie man weiß, sind einige Kollegen und Genossen bei Borgward entlassen worden. Bei dir hat sich das besonders zugespitzt. Es war wohl eine offen politische Entlassung. Wie ist es dazu gekommen?

Hans: Ja, nachdem ich auf der außerordentlichen Vertrauensmännersitzung im Mai des Jahres 1952 den Antrag auf eine Belegschaftsversammlung stellte, die vom Betriebsrat abgewürgt wurde, ging ich in meine Abteilung zur Berichterstattung für die Kollegen und teilte ihnen mit, daß mein Beschlußvorschlag auf Durchführung einer Belegschaftsversammlung, da der Vertrauensmännerkörper nicht kompetent sei, über die Entlassung von 2 000 Kollegen zu entscheiden, abgelehnt wurde und die Vertrauensmännersitzung geschlossen hat. Meine Kollegen stellten dann in der Berichterstattung die Forderung, geschlossen zum Betriebsratszimmer zu marschieren, um den Betriebsrat zur Durchführung einer Belegschaftsversammlung zu zwingen. Daraufhin stellte ich während der Arbeitszeit alle Maschinen ab, stellte mich an die Spitze dieser Demonstration und demonstrierte mit etwa 700 bis 800 Kollegen vor das Betriebsratszimmer. Dort trat uns der dritte Betriebsrat August Barmeier entgegen und fragte nach unseren Forderungen; und dann erklärte ich ihm, daß die Kollegen, nachdem ich ihnen Bericht erstattet hatte und mein Beschlußvorschlag auf der Vertrauensmännersitzung vom Betriebsrat abgelehnt wurde – auf eine Belegschaftsversammlung – dieser durch die Kollegen jetzt erhärtet wird und wir die Durchführung einer Belegschaftsversammlung fordern. Das Betriebsratsmitglied Barmeier erklärte uns dann, daß der Gesamtbetriebsrat nicht anwesend sei, und er die Vollmacht habe, uns die Zusicherung auf die Durchführung einer Belegschaftsversammlung zu geben. Daraufhin erklärten sich die Kollegen damit einverstanden, und wir demonstrierten zu unserem Arbeitsplatz zurück. Das war im Anschluß an die außerordentliche Vertrauensmännersitzung.

Der Meister bringt den Entlassungsbrief

Am nächsten Tag um die Frühstückszeit kam der Abteilungsmeister Bolte mit einem Brief in der Hand auf mich zu. Ich ging ihm entgegen, nachdem ich vorher den Kollegen gesagt hatte: "Der hat meine fristlose Entlassung dort", was die Kollegen nicht glauben wollten. Ich hab' ihn darum gefragt, was das für ein Brief ist, ob er den für mich hätte. "Ja", sagte er, er hätte das nicht sagen mögen, es wäre die fristlose Entlassung für mich und er bedauerte das, weil wir in unserer Abteilung zufrieden wären, hätten den höchsten Lohn usw. aufgrund meines Kampfes, den ich geführt hätte. Dann habe ich von ihm gefordert, mir die Unterschrift zu zeigen; da sah ich, daß der Betriebsratsvorsitzende Buchholz und der damalige Betriebsleiter Black diese meine fristlose Entlassung unterschrieben hatten. Daraufhin bat ich den Meister, diesen Brief wieder schön zusammengefaltet an die Adresse zurückzubringen, wo er ihn hergeholt hat, mit der Begründung, daß ich mit 98 % aller Stimmen meiner Kollegen mehrmals zum gewerkschaftlichen Vertrauensmann gewählt worden bin, um ihre Interessen zu vertreten, und das tue ich jetzt, indem ich den Kampf mit meinen Kollegen gegen die Massenentlassungen führe, und darum verlasse ich den Borgward-Betrieb nicht.

Daraufhin ist er damit zurückgegangen und kam dann nach einer Viertelstunde wieder und erklärte mir, der Betriebsleiter Black hätte ihm bestellt, ich möchte doch in seinem Beisein zum Betriebsleiter kommen. Das habe ich ebenfalls abgelehnt und habe ihm mitgeteilt, daß, wenn der Betriebsleiter Black sich mit mir unterhalten möchte, dann nur im Beisein meiner Kollegen, damit die Kollegen gleich selber mithören können, wie ich gegenüber dem Betriebsleiter Stellung beziehe. Dann ist der Meister wiederum abgehauen und kam nach einer halben Stunde wieder und erklärte, daß der Betriebsleiter Black sich bereit erklärt hätte, an meinen Arbeitsplatz zu kommen, um sich mit mir zu unterhalten.

Der Betriebsleiter: "Ich mache Sie für den Hausfriedensbruch verantwortlich" – Ich bleibe

Das ging wie ein Lauffeuer durch den Betrieb, dann kamen wieder so etwa 700 Kollegen, die auf den Betriebsleiter warteten, und dann kam er ja auch an und erklärte ganz laut und offen und sagte: "Guten Tag, Herr Meyer, entschuldigen Sie, daß wir uns so spät kennenlernen; ich bewundere Ihren Mut, aber Sie müssen verstehen, wenn ich jetzt Ihre fristlose Entlassung zurücknehme, dann schaffe ich einen Präzedenzfall, und das kann ich nicht zulassen." Daraufhin hab' ich ihm erklärt, daß er mich überhaupt noch nicht begriffen hätte, daß es sich nicht bei mir um meine fristlose Entlassung handelt, sondern daß es sich um die Entlassung von 2 000 Kollegen handelt. Für die Erhaltung ihres Arbeitsplatzes kämpfe ich mit den anderen Kollegen, und darum bleib' ich im Betrieb und laß' mich auch nicht durch die Betriebsleitung daran hindern. Daraufhin sagte er zu mir: "Also wenn sie nicht einsichtig sind, muß ich sie auffordern, den Betrieb zu verlassen, oder ich mache sie des Hausfriedenbruchs verantwortlich." Ich hab' zu ihm gesagt, er mag das Kind nennen wie er will – ich bleibe.

Nach etwa einer Stunde kam dann der Kriminalbeamte, der bei Borgward angestellt war und bat, ob er sich mit mir für eine kurze Zeit unter vier Augen unterhalten könnte, und da habe ich es dort ebenso gehalten wie bei allen Abteilungsversammlungen und habe gesagt, es tut mir furchtbar leid, zunächst müsse er sich so lange gedulden, bis ich die Maschinen abgestellt habe und meine Kollegen gefragt habe, ob sie einverstanden sind, daß ich mit ihm unter vier Augen sprechen kann. Und das habe ich dann getan, und dann bat er mich, ich möchte doch nicht in der Form dazu Stellung nehmen, denn die ganzen Kollegen kamen ja in Aufruhr gegen ihn. Dann stimmten die Kollegen zu, also für fünf Minuten könnte ich in der Meisterbude mit ihm sprechen, und wenn ich nach fünf Minuten nicht rauskäme, würden sie mich gewaltsam rausholen. Und dann bat mich der Kriminalbeamte nochmals, ich möchte doch die Kollegen beruhigen, die sind doch so in Unruhe. Ich sagte: "Erstens habe ich keine Veranlassung, meine Kollegen zu beruhigen, denn nicht ich habe sie in Unruhe versetzt, sondern durch die Entlassung der 2 000 Kollegen und das Verhalten des reformistischen Betriebsrates, der die Belegschaftsversammlung bis jetzt noch nicht durchführen ließ, dadurch sind die Kollegen in eine solch unruhige Stimmung geraten, und ich habe keine Veranlassung, dagegen etwas zu unternehmen." Dann haute er ab, unter Pfui-Rufen der Kollegen, und nach einer halben Stunde kam er wieder und stellte mir die Frage: "Herr Meyer, wie lange arbeiten Sie heute noch?" Ich sagte: "Meine Arbeitszeit geht bis 2 Uhr." "Dann selbstverständlich können Sie bis 2 Uhr weiterarbeiten und brauchen den Betrieb noch nicht zu verlassen." Ich sagte zu ihm: "Ja, und am morgigen Tag morgens um 6 Uhr beginnt meine Arbeitszeit wieder." Und daran wollte er mich hindern.

Polizei vor allen Toren 700 Kollegen verhindern Entfernung aus dem Betrieb

Als ich am anderen Morgen dann zu Borgward kam, standen vor **allen** Toren zwei Kriminalbeamte. Und ein Kollege aus dem Betrieb kam raus, der hatte aufgepaßt, bis ich kam, und als ich noch ein Stück vom Tor weg war, kam er auf mich zugelaufen und sagte: "Hans, da stehen überall zwei Kriminalbeamte. Sei vorsichtig und komm' nicht rein." Ich sagte: "Ich komm' rein!" Dann bin ich an die Seite gefahren und hab' mein Fahrrad an die Mauer gestellt, bin über die Borgward-Mauer gesprungen, dann bin ich in meine Abteilung reingegangen, unter dem Jubel der Kollegen natürlich. Und Meister und Ingenieure kamen, gaben mir die Hand und natürlich wie üblich: "Wir bewundern Ihr Auftreten" usw. Ich hab' mich umgezogen, mich beim Meister und Ingenieur entschuldigt für mein Zuspätkommen, daß nicht ich Schuld sei, sondern Borgward, der vor jedes Tor zwei Kriminalbeamte gestellt hatte, um mich am Reinkommen in den Betrieb zu hindern. Mittags kamen dann 15 Polizisten, die mich zwangsmäßig aus dem Betrieb entfernen sollten, und in einer Windeseile hatten sich wieder 700 Kollegen dort eingefunden, und da haben die Polizisten, ohne was auszurichten, kehrt gemacht und sind wieder abgehauen. Am nächsten Tag haben sie es wieder versucht, da waren wieder viele Kollegen da, dann sind sie wieder abgehauen.

Am dritten Tag – auf die Wache gebracht

Am dritten Tag, als schon diese schleichend durchgeführten Entlassungen vollendet waren, war ich beim Zeitungsverkaufen in meiner Abteilung, und dann sah ich mit einem Mal, wie ich von 15 Polizisten wieder umzingelt war, die mich aufforderten, mitzukommen, und das hab' ich abgelehnt. Dann bin ich an meinen Spind gegangen und hab' Verzögerungstaktik gemacht, da noch nicht viele Kollegen da waren. Es konnten auch nicht mehr viele da sein, weil sie viele entlassen hatten, die die Aktivsten mit waren, und dann haben sie mich runtergerissen, in die blaue Minna reingeschmissen wie so'n Ballast und dann haben sie mich auf die Wache gebracht, und dadurch bin ich in den Borgward-Betrieb nicht mehr reingekommen. So ist meine Entlassung gewesen. Meine fristlose Entlassung ergibt sich daraus, daß ich selbst dem reformistischen Betriebsrat aufgrund meines Auftretens und der Popularität, die ich dadurch genoß, zu gefährlich wurde, er seine reformistische Politik nicht mehr ungehindert oder nicht in dem Maße ungehindert durchsetzen konnte, aufgrund der Aufklärungsarbeit, die unter meiner Anleitung von allen Genossen, die im Betrieb waren, durchgeführt wurde und gleichzeitig auch ein Verlangen der Borgward-Geschäftsleitung war, denn das Betriebsverfassungsgesetz war bereits in Vorbereitung, die Friedhofsruhe in den Betrieben herzustellen, und was wäre ihnen gelegener, als solch einen kommunistischen Vertreter aus dem Betrieb zu entfernen.

Interviewer: Ist diese Massenentlassung auch öffentlich diskutiert worden in der Bremer Öffentlichkeit?

Hans: Diese Massenentlassungen sind sehr stark in der Bremer Öffentlichkeit diskutiert worden, und zwar haben wir zwei Tage später in der Sporthalle auf der Bürgerweide eine große öffentliche Massenversammlung durchgeführt, auf der ich und der Genosse Meyerburg gesprochen haben, die überfüllt war. In der Straßenbahn und überall ging die Diskussion um die Massenentlassungen und den Kampf der Kommunisten gegen diese Massenentlassungen – das war Tagesgespräch, kann man sagen.

Interviewer: Wieviel waren etwa auf dieser Versammlung?

Hans: Also schätzungsweise 2 500 bis 3 000 Menschen.

Interviewer: Hat der Senat da irgendwie Stellung nehmen müssen oder irgendwelche politischen Gremien?

Hans: Nein, es ist kein anderes politisches Gremium dagewesen, obwohl wir den Borgward-Betriebsrat dazu eingeladen hatten, hat sich keiner sehen lassen.

Interviewer: Die Gewerkschaft?

Hans: Auch die Gewerkschaft nicht. Aufgrund dieser Geschichte bin ich auch aus der Gewerkschaft, aus der IG Metall ausgeschlossen worden. Der damalige erste Bevollmächtigte Fiedel Düßmann sagte mir dann, es täte ihm persönlich leid, daß mein Ausschluß aus der Gewerkschaft vollzogen wäre und er bäte mich, innerhalb von vier bis sechs Wochen einen neuen Antrag zwecks Wiederaufnahme in die Gewerkschaft zu stellen. Ich habe zu ihm gesagt: "Mein lieber Kollege Düßmann, das liegt nur an euch und nicht am Hauptvorstand der Gewerkschaft, und ihr wißt ganz genau, daß das, was ich bei Borgward durch meinen Einsatz gemacht habe, nichts anderes ist, als die gewerkschaftliche Forderung, unter der wir am 1. Mai demonstrierten: "Für Schutz und Sicherheit des Arbeitsplatzes" in die Tat bei Borgward umzusetzen, gegen den Willen des Betriebsrates, der zwar mit unter diesen Forderungen demonstrierte, aber ohne Bedenken seine Unterschrift und Zustimmung zu diesen Massenentlassungen gegeben hat." Dann habe ich es nochmals versucht, wiederum vier Wochen später, habe die gleiche abschlägige Antwort bekommen von Düßmann – natürlich mit Bedauern – bin aber nicht wieder in die IG Metall reingekommen.

Intervierwer: Hat die IG Metall, deren erster Bevollmächtigter Friedel Düßmann ja just erst vor einigen Tagen gewürdigt wurde, sogar noch in der Todesanzeige, daß sein Leben Kampf für die Interessen der Arbeitnehmer war, bei diesen Massenentlassungen, den saisonbedingten, bei Borgward irgendetwas unternommen, um sie zu verhindern?

Hans: Die IG Metall hat nichts unternommen, um das zu verhindern.

Interviewer: Sie hat auch nicht andere Belegschaften informiert?

Hans: Nichts, gar nichts. Die IG Metall hat nichts unternommen, sondern die IG Metall war damit einverstanden, mit der gleichen Begründung wie der reformistische Betriebsrat bei Borgward, daß es sich hier um unausweichliche saisonbedingte Entlassungen handle.

Arbeit durch Atommeiler?

ÖTV-Führung fällt Bürgerinitiativen in den Rücken

Mit dieser Überschrift berichtete der "Mannheimer Morgen" am 5. Dezember über die "Erste Landesenergiekonferenz" der ÖTV. Die ÖTV hatte zu dieser Veranstaltung an die 400 Leute eingeladen, darunter Vertreter der Reaktorindustrie und der Energiekonzerne. Die ÖTV-Führung tritt für Kernkraftwerke ein, weil durch sie angeblich die Arbeitsplätze und die Energieversorgung gesichert würden. Außerdem soll die so gewonnene Energie preiswert sein.

Wie preiswert Energie für den Kleinverbraucher ist, machte der Vertreter des Badenwerks klar, der 18 bis 19 Prozent Preissteigerung für elektrischen Strom für 1975 ankündigte.

Die Reaktorindustrie redet ebenfalls von der Sicherung der Arbeitsplätze und von sicherer Energie. Werden aber nun Arbeiter von den Kapitalisten auf die Straße gesetzt werden wegen der Energie oder wegen des Profits? Auch durch den Betrieb von Kernkraftwerken werden Arbeitsplätze nicht sicherer, denn die zusätzliche Energie wird von den Kapitalisten zu Rationalisierungen und Automatisierungen gebraucht, damit billiger produziert werden kann. Und das heißt im Kapitalismus allemal, daß Arbeitskräfte freigesetzt werden.

Auch für die Arbeiter und Angestellten der herkömmlichen Kohle- und Ölkraftwerke sieht die Zukunft nicht gut aus. Beim Großkraftwerk Mannheim hat der Betriebsrat der Belegschaft versprochen, daß beim Bau des Mannheimer Atomkraftwerks alle Arbeitsplätze erhalten bleiben. Wie soll das möglich sein, wenn ein Kernkraftwerk automatisch betrieben wird und nur noch wenige hochqualifizierte Kontrolleure notwendig sind?

Ob die Atomenergie für die Massen billiger werden würde, das ist alles andere als wahrscheinlich. Sicher ist nur, daß die Kapitalisten sich ihre billigen Sondertarife sichern werden, und sicher ist auch, daß die Werktätigen mit ihrer Lohnsteuer in erster Linie die Zeche für Planung, Bau und Unterhalt der Werke, für die Atomforschung und die Atommüllbeseitigung usw. werden zahlen müssen. Schon jetzt sind in die Atomwirtschaft 18 Milliarden Subventionen gestopft worden.

Offensichtlich ist die ÖTV-Führung der Auffassung, daß das so richtig ist und so bleiben soll. Sonst wäre bei der Konferenz nicht im "Hintergrund das Angebot gestanden, den Energie-Erzeugern nunmehr ihren starken Arm zu leihen, um im beabsichtigten Bau von Kernkraftwerken im Lande Baden-Württemberg voranzukommen." (Mannheimer Morgen vom 5. Dezember) Für diese Unterstützung kann sich die ÖTV-Führung des Danks der Energiekapitalisten sicher sein. Wirtschaftsminister Eberle erklärte demnach auch, daß "auf die Stimme der Gewerkschaften es in der energiepolitischen Diskussion entscheidend ankommt." (Mannheimer Morgen vom 5. Dezember)

Die ÖTV-Führung stellt sich mit dieser Politik offen hinter die Profitinteressen der Energiekapitalisten. Hat sie jemals die Mitglieder zu ihrer Auffassung dazu gefragt? Das hat sie nicht.

Man sieht: Die ÖTV-Führung setzt sich mit wirklichkeitsfernen Behauptungen verantwortungslos über alle Gefahren hinweg, die so lange mit dem Bau solcher Werke verbunden sind, als die Kapitalisten um ihres Profits willen sich einen Dreck um die Lebensbedingungen der Massen scheren und schwerste und tödliche Folgen für Hunderttausende für eine Sache halten, die man halt riskieren müsse.

Nachdem die Behörden in vielen Gebieten, wo sich die Bevölkerung wie z.B. in Wyhl gegen diese Pläne leidenschaftlich zur Wehr gesetzt hat, nicht mehr wissen, wie sie mit diesem Widerstand fertigwerden sollen, gibt sich jetzt die Führung der ÖTV dazu her, den zahlreichen Initiativen in den bisher betroffenen Gebieten in den Rücken zu fallen und die Mobilgarde der Kapitalisten "vor Ort" zu spielen. Auf die berechtigte Sorge der Massen um ihre Arbeitsplätze spekulierend, versucht sie auszunutzen, daß die Informationen über die Gefahren solcher Kernkraftwerke über die Gefahren solcher Kernkraftwerke hinaus noch wenig verbreitet sind. Die Kapitalisten tun ja alles, diese Verbreitung zu unterbinden.

Dieses Vorgehen ist für die Führung einer Organisation von Millionen Werktätiger eine Schande. Es ist dringend notwendig, die Gewerkschaftsführung darüber zu belehren, wessen Interessen sie zu vertreten hat.

W., Mannheim / Red.

Stotel: Betonruinenlandschaft · Spekulanten waren am Werk

Warum im Kapitalismus menschenwürdige Wohnverhältnisse für die Massen nicht möglich sind

Die Beschreibung der Wohnlage im Bremer Stadtteil Kattenturm (KVZ Nr.26) gilt sicherlich auch für andere "reine Wohngebiete". Ob es Bremen-Kattenturm ist, Hamburg-Osdorfer Born, Kiel-Mettenhof oder Stadtteile anderer Städte, in jedem Fall sind die älteren Leute einsam und isoliert, fehlen den Jugendlichen Spielmöglichkeiten und leiden die Arbeiter und Angestellten unter weiten Wegen mit schlechten Verkehrsmitteln, um zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen.

Wodurch kann diese Situation besser werden? Der Bericht der Stadtteilzelle Kattenturm gibt darauf keine richtige Antwort. Größere Wohnungen bauen zu niedrigen Mieten, das würde den Familien mit mehreren Kindern sicherlich sehr helfen. Die Isolation der alten Leute und die anstrengenden Arbeitswege würde es aber nicht beseitigen. Und ein Altersheim mit niedrigen Mieten bauen, würde das die Isolation der alten Menschen nicht noch mehr verstärken?

Wenn man darüber nachdenkt, wird einem klar, daß der Kapitalismus ein menschenwürdiges Wohnen für **alle** – für die Kinder, die berufstätigen Eltern und die Alten, die die Jahre ihrer berufstätigen Arbeit hinter sich haben – nicht garantieren kann. Warum nicht? Weil das bedeuten würde, daß die Wohnungen der Arbeiter, die Einkaufsmöglichkeiten, die Schulen und Krankenhäuser, die Unterhaltungsmöglichkeiten wie Kinos usw. alle dicht beieinander und nahe am Arbeitsplatz liegen müßten. Die großen Fabriken wären die Mittelpunkte der Wohnsiedlungen, und um sie herum entstünden die Wohnungen, Läden, Grünanlagen usw.

entstünden die Wohnungen, Läden,

Warum geht das im Kapitalismus nicht? Weil die Kapitalisten kein Interesse an einer lebenswerten, gesunden Großstadt haben, sondern nur danach trachten, aus der Arbeit ihrer Bewohner Profit zu pressen. Deshalb sind ihre Fabriken meistens so schmutzig, daß man in ihrer Nähe kaum wohnen kann. Doch auch in der Umgebung von Fabriken, die die Umwelt nicht verpesten, ist es unmöglich, eine Wohnsiedlung zu bauen, weil die Grundstückspreise dort "viel zu hoch" sind. Viel zu hoch – das heißt: Weil schon eine Fabrik da ist, die einen Gleisanschluß, eine Kraftstromleitung usw. hat, ist jeder Kapitalist, der eine neue Fabrik bauen will, gern bereit, für das benachbarte Grundstück, wo er den Gleisanschluß und die Kraftstromleitung billig verlängern kann, viel Geld zu bezahlen. Die Kapitalisten, die Wohnungen bauen wollen, können diese Preise nicht bezahlen, denn sie machen ihren Profit, indem sie den Arbeitern hohe Mieten abnehmen. Um trotz dieser hohen Grundstückspreise Profit zu machen, müßten die Mieten schon so hoch sein, daß sie die arbeitende Bevölkerung nicht mehr bezahlen könnte.

Im Kapitalismus wird deshalb, solange die arbeitende Bevölkerung sich nicht mit Gewalt dagegen wehrt, neben einer Fabrik immer nur eine neue Fabrik gebaut, neben einem Bürohaus immer nur ein neues Bürohaus, und die Wohnungen für die Menschen werden dort gebaut, wo es für die Kapitalisten billig ist: am Stadtrand.

pitalisten billig ist: am Stadtrand.

Wir müssen deshalb nicht nur dafür kämpfen, daß für die Menschen in den Wohnsiedlungen heute mehr getan wird; sondern wir müssen darum kämpfen, daß das System, das diese menschenunwürdigen Wohnverhältnisse mit sich bringt, beseitigt wird. Andere Völker haben in diesem Kampf schon große Erfolge errungen. Das vietnamesische Volk, ein kleines, aber heroisches Volk, das sein Schicksal in die eigenen Hände genommen hat, zeigt, daß nur der Sozialismus bessere Städte bauen kann: Die Bomben der Imperialisten hatten Dong Hoi, eine Industriestadt der Demokratischen Republik (Nord-) Vietnam bis auf die letzten Steine ausgelöscht; ihre Einwohner mußten in Höhlen der Umgebung, in Zelten und Notunterkünften überleben und auch ihre Fabriken unterirdisch einrichten. Heute entsteht Dong Hoi nach einem völlig neuen Plan; Wohnungen und Fabriken, Läden, Schulen und Krankenhäuser sind eine Einheit. Die alten Leute sind nicht mehr isoliert, sondern können ihren ehemaligen Kollegen bei der Arbeit zusehen, wenn sie einen Spaziergang vor die Tür machen. Die arbeitenden Kollegen haben keine langen Arbeitswege mehr und haben mehr Zeit für ihre Kinder. Die Kinder sehen, was die Arbeit ihrer Eltern ist und bereiten sich mit ihren Spielen, in denen sie ihre Eltern nachahmen, auf ihr Leben vor. Bei uns in der BRD waren 1945 viele Städte genauso zerbombt wie Dong Hoi, aber nicht eine ist so wieder aufgebaut worden, daß sie den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung entspricht.

–A.T., Kiel–

entspricht. –A.T., Kiel–

Anhörung zum Umweltschutz

Statt demokratischer Kontrolle bezahlte Volksverdummung

In der Debatte der Sachverständigen kam es zu scharfen Kontroversen über sicherheitstechnische sowie biologisch-medizinische als auch ökonomische Beurteilung der Kernenergie. In der Wiedergabe durch die Parlaments-Korrespondenz des Bundestages stellt sich dies völlig anders dar. Zitiert sind nur die massivsten Industrieinteressenvertreter, voran Dr. Braun als Bereichsleiter der KWV AG, Erlangen. Die Vertreter der Bürgerinitiativen werden durch lächerliche Darstellungen abqualifiziert.

Stellungnahmen kritischer Wissenschaftler werden völlig verschwiegen. Interessant sind noch die Aussagen von Direktor **Schenten**, dem **Generalbevollmächtigten** der RWE Essen zur **Veröffentlichung von Gutachten** über einzelne geplante Kernkraftwerk-Standorte: "Man muß dagegen sein, weil Gutachter eventuell beeinflußt sind, wenn sie wissen, daß ihr Werk vor eine breite Öffentlichkeit kommen soll."

Und von Dr. Roser, **Geschäftsführer des deutschen Atomforums e.V.**, zu der Forderung nach öffentlicher Kontrolle der Sicherheitsüberwachung von Kernkraftwerken, die von Bürgerinitiativen im sogenannten "Wiedenfelser Entwurf" erhoben wurde: "**Eine** aufmerksame Prüfung zeigt sehr schnell, daß es sich hier um einen Angriff auf unsere parlamentarisch-repräsentative Demokratie handelt... **Ziel der Bemühungen ist damit nicht eine** Verbesserung des Entscheidungsfindungsprozesses, sondern die Durchbrechung der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie... **Für solche Bestrebungen besteht weder Bedürfnis noch Raum.** Die demokratische Kontrolle... muß das Privileg und die Pflicht der Parlamente bleiben. **Jede andere Entscheidung wäre gefährlich für die Entwicklung unserer Demokratie.**"

Innenminister Maihofer vertritt zu der Kernenergieproblematik folgende Auffassung: "Die Unsicherheit der Bürger über Strahlengefahren muß abgebaut werden, und sie müssen **sich vertraut machen mit den unvermeidbaren Risiken der Kernenergie.**" (WK vom 4. Dezember) Also wieder einmal: Das wirtschaftliche Interesse der Atomlobby geht der Regierung des bürgerlichen Staates vor gegenüber dem Recht der Bevölkerung auf unbeeinträchtigtes Leben und Gesundheit; die Bevölkerung soll "unvermeidbares" Risiko auf sich nehmen.

U.B., Bremen

Korruption à la SPD

Am Samstag, dem 23. November, fand sich in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein höchst aufschlußreicher Artikel über die Finanzierungsmethoden der SPD für ihre Parteiorganisation. Dort heißt es unter anderem: *"Die neue städtische Baupolitik nach dem Amtsantritt des damaligen Baudezernenten Hans Adrian, die darauf hinauslief, das in der Ära Kampffmeier praktizierte System von ständigen Ausnahmegenehmigungen für Bauvorhaben zu beenden, soll sich, so berichten eingeweihte Sozialdemokraten, negativ auf die Frankfurter Parteikasse ausgewirkt haben. Spenden, die im Zusammenhang mit der Bewilligung von Ausnahmegenehmigungen gestanden haben könnten, seien schwächer in die Fischerfeldstraße (Sitz der Frankfurter SPD) geflossen als zuvor."*

Nun braucht man aber nicht zu denken, das sei alles trübe Vergangenheit der Ära Kampffmeier. In dem Artikel heißt es nämlich weiter: *"In dieser Situation (Ebbe in der Parteikasse) – so erzählt man sich seit Monaten überall in der SPD – soll Nitzling (Schatzmeister der Frankfurter SPD), nicht zuletzt im Hinblick auf den Landtagswahlkampf, mehrmals an Stadtrat Adrian und an den Vorsitzenden des Bauausschusses, Berkemeier, mit der Bitte herangetreten sein, doch endlich wieder einige Ausnahmen zu bewilligen."*

H., Fechenheim

Unverschämte staatliche Raubzüge

Die rechte Hand streut Steuerbrosamen, die linke Hand greift den Massen in die Tasche

Die bürgerlichen Politiker verlangen von den Werktätigen gegenwärtig, wo sie auch nur den Mund aufmachen, sie sollen sich mit "maßvollen" Lohnforderungen zufriedengeben, weil sonst die Wirtschaft nicht aus der Krise rauskäme. Dabei verweisen sie gerne auf die Vorteile, die durch die sogenannte "Steuerreform" auf sie herniedergegangen seien. Mit weniger lauten Worten, aber umso größerem Eifer machen sich dieselben Politiker in Bund, Ländern und Gemeinden zu immer mehr Gelegenheiten über den eh immer schmaler werdenden Geldbeutel der arbeitenden Menschen her, wobei sie bei einzelnen Diebereien verlauten lassen, daß es sich doch nur um kleine Beträge handeln würde. Das Loch im Geldbeutel erkennt man aber leicht, wenn man alles zusammenzählt: Mit dem Kohlepfennig steigen die Strompreise in der ganzen BRD, die Sozialmieten steigen zusätzlich durch die Erhöhung der Pauschalen, die Krankenkassenbeiträge steigen erneut, die Arbeitslosenversicherungsbeiträge steigen, am Ort steigen die Fahrpreise, die Preise für Gas, Wasser und Strom, vielerorts die Müllabfuhrgebühren, um nur die wichtigsten Erhöhungen zu nennen.

Die folgende Korrespondenz berichtet davon, womit die Kieler Stadt"väter" die Stadtkasse auffüllen und die Massen ausplündern wollen.

–Red–

Kiel. "Kostendeckende Preise" – das ist nun schon seit einiger Zeit das Stichwort, wenn es um neue Gebührenerhöhungen der Stadt geht. Mit eben dieser "Begründung" beschloß die Kieler Ratsversammlung auf Antrag des Magistrats in ihrer letzten Sitzung am 21. November ohne Debatte und fast einstimmig erneut Erhöhungen für insgesamt elf städtische Dienstleistungen.

Ab 1. Januar 1975 werden teurer:

- die Müllabfuhr;
- die Straßenreinigung;
- die Benutzung der städtischen Schwimmhalle (Erwachsene 2 DM, Kinder 1 DM);
- die Kursgebühren für die Volkshochschule;
- die Friedhofs- und Feuerbestattungsgebühren;
- die Tagessätze im städtischen Bergschulheim St.Andreasberg;
- die Inanspruchnahme der städischen Laboratorien, der Feuerwehr, Desinfektionsanstalt, des Freizeitzentrums Schilksee;
- die Reinigung der Schlammkisten auf Grundstücken.

Was hinter dem Gerede von "kostendeckenden" Preisen steht, benennt der "Kieler Express" vom 28. November mit einer unverfrorenen Offenheit, die langsam ihresgleichen sucht: *"Die Stadt sicherte sich also durch Gebührenerhöhungen einen gewissen Ausgleich gegenüber den Mindereinnahmen durch die am 1. Januar 1975 in Kraft tretende Steuerreform. Nach den Berechnungen des Kämmerers, Bürgermeister Barow, werden die für Investitionen freien Mittel aus dem Verwaltungshaushalt durch die Steuerreform von 32 Millionen DM im nächsten Jahr zusammenschrumpfen. Der Kieler Normalverbraucher zahlt also ab 1. Januar weniger Steuern, aber mehr Gebühren."*

Mit anderen Worten: Das bißchen Geld, das ein Teil der lohnabhängigen Bevölkerung infolge der Steuerreform kurzfristig vielleicht mehr im Portemonnaie behält, knöpft ihm die Stadt postwendend wieder ab. Und am Ende ist das Portemonnaie dann noch leerer als zuvor!

Selbst der sogenannte "soziale Touch" (Finanzminister Apel) der Steuerreform entpuppt sich als reines Windei.

Noch etwas sehr bezeichnendes ereignete sich auf dieser Ratsversammlung. Während die Tariferhöhungen für die Müllabfuhr, Straßenreinigung, Volkshochschulen usw. alle ohne Debatte über die Bühne gingen, gab es um einen Punkt einen großen Streit zwischen den bürgerlichen Parteien: die geplante Erhöhung der Hafengebühren, wozu auch die Liegeplatzgebühren für Segel- und Sportboote gehören. Mit jammervoller Stimme beschworen insbesondere die CDU- und FDP-Vertreter im Verein mit "KN-Kielius", daß damit dem "Breitensport Segeln" in Kiel ein schwerer Schlag versetzt würde. Nun gibt es zwar kaum einen Arbeiter, der eine Segeljacht sein Eigen nennt, und von Breitensport kann da wohl kaum die Rede sein. Lebhaft vorstellen kann man sich jedoch, wie die ganze feine Gesellschaft vom Kieler Jachtclub bei ihren Parteifreunden Sturm gelaufen ist, um ihrem Sportvergnügen weiter so billig wie bisher frönen zu können. Offenbar mit Erfolg. Dieser Punkt wurde noch einmal zur Beratung in den Wirtschaftsausschuß zurückverwiesen. Für die arbeitende Bevölkerung kann es aus diesem neuerlichen Lehrstück bürgerlicher Politik nur eine Schlußfolgerung geben: Gegenüber diesem Staat, der sich verhält wie eine diebische Elster, kann es keinen Pardon geben. Das gilt auch konkret für die jetzige Tarifrunde, wenn das Geschrei dieser Herren wieder losgeht.

Aus: Ortsbeilage Kiel Nr. 27

Am 11. November forderte die Vertrauensleute-Vollkonferenz der IG Chemie Hannover: Beibehaltung des Einheitstarifs im Großraum Hannover und keine Fahrpreiserhöhungen.

Jugendpolitisches Forum in Frankfurt

Die Arbeiterjugendlichen müssen ihre Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen

Am Wochenende des 7.-8.12. fand in Frankfurt das jugendpolitische Forum statt (siehe KVZ Nr. 27) Von den 2 500 Teilnehmern waren etwa 300 Arbeiterjugendliche. Diskutiert werden sollten die Probleme der Arbeiterjugend, jedenfalls war das der Plan der Veranstalter. Obwohl der Veranstalter breit mobilisiert hatte, war er überrascht, daß auch viele kamen. Es gab zwei Eröffnungsveranstaltungen, weil die vorhandenen Räume zu klein waren. Viele waren gekommen, die den Vorschlag zum Ablauf der Konferenz gar nicht für richtig hielten.

Die anwesenden Arbeiterjugendlichen, die zu großem Teil in selbstverwalteten Jugenzentren arbeiten, wehrten sich dagegen, daß über ihre Köpfe hinweg ihre Aufgaben diskutiert werden sollten. Sie begrüßten es, wenn Sozialarbeiter z. B. gegen ihren Arbeitgeber, den bürgerlichen Staat, für die Interessen der Arbeiterjugend Partei ergriffen, wenn sie sich z. B. gegen das Jugendhilfegesetz wandten. Sie wollten aber nicht, daß sich Sozialarbeiter, Studenten und Lehrer in ihre Angelegenheiten einmischen. Das wollten sie selbst regeln.

Um das zu erreichen, wollten sie ein eigenes Treffen der Arbeiterjugend durchführen. Das taten sie auch und sie verließen das Forum. Die Einheit konnte allerdings noch nicht erreicht werden. Es wurde deutlich, daß die eigenen Vorbereitungen noch mangelhaft waren. Trotzdem war das Ergebnis des Treffens der Arbeiterjugend nicht eine Enttäuschung, weil zum ersten Mal die Erfahrungen der Jugendhausinitiativen ausgetauscht wurden.

Die Diskussion im jugendpolitischen Forum hatte inzwischen den Rahmen des vorhergesehenen Konferenzablaufes verlassen. In einer Resolution wurden die Papiere der Bundesregierung und der Arbeitsgruppe Jugendpolitik verurteilt, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit über den sogenannten Jugendhilfetag verhandeln, der hinter verschlossener Tür stattfinden soll. In einer weiteren Resolution wurden die Ziele der Jugendarbeit festgelegt. Darin heißt es:

Die Jugend der arbeitenden Klasse wird in der westdeutschen Gesellschaft vorbereitet auf ein Leben als Lohnarbeiter für die Kapitalisten. Ihre Ausbildung und Erziehung ist darauf ausgerichtet, daß sie lernt, unter dem Kommando und zum Nutzen der Kapitalisten zu arbeiten. Produzent des gesellschaftlichen Reichtums sollen die Jugendlichen werden, aber eines Reichtums, den die Besitzer der Produktionsmittel sich aneignen. Sie selbst arbeitet ein Leben in Abhängigkeit von den Besitzern der Produktionsmittel. Ihre ganze Freiheit wird darin bestehen, daß sie ihre Arbeitskraft dem Meistbietenden wird verkaufen müssen. Das ist keine gute Zukunftsperspektive, welche die kapitalistische Gesellschaft für die Jugend der arbeitenden Klasse bereithält. Es erwartet sie ein Leben, das bestimmt ist durch Mangel und Unsicherheit, durch Schikane, Gängelei und Erstickung aller Selbständigkeit. Entsprechend sind Gängelung, Rechtfertigung der Ausbeutung, Gewöhnung an die Ausbeutung und frühe Unterwerfung unter die Lohnabhängigkeit die Hauptmethoden der Erziehung, welche Staat und Kapitalisten für die Jugend der arbeitenden Klasse bereithalten. Diese Erziehung und Ausbildung durch den Staat und die Kapitalisten, die Perspektive lebenslänglicher Lohnabhängigkeit stoßen bei der Jugend auf Widerstand. Wir unterstützen diesen Widerstand. Insbesondere wehren wir uns gegen den Entwurf der Bundesregierung zu einem Jugendhilfegesetz.

...

Wir unterstützen auch entschieden die Forderung nach selbstverwalteten Jugendzentren, die unter den Jugendlichen ein breites Echo gefunden haben. Wir fordern dafür die Bereitstellung staatlicher Mittel und weisen jede inhaltliche Einmischung des Staates entschieden zurück.

Die Resolution ist eine gute Grundlage, um sich in allen Bereichen für die Interessen der Arbeiterjugend einzusetzen. Sie ist Ausdruck dafür, daß 2 500 Menschen aus dem Tätigkeitsbereich von Staatsbediensteten nicht mehr vor dem bürgerlichen Staat dienern wollen und die Ziele der Arbeiterklasse und der Arbeiterjugend unterstützen wollen. Erfolg hat die Resolution aber erst dann, wenn mit ihr gearbeitet wird. Wenn die Jugendlichen sie benutzen und fragen, wie die Sozialarbeiter, Lehrer und Erzieher dazu stehen.

Diese Resolution wurde auf der Abschlußveranstaltung mit etwa 2 500 zu 10 Stimmen beschlossen. Eingebracht wurde die Resolution von verschiedenen Arbeitsgruppen als Ergebnis ihrer Diskussion und Festlegung ihrer Aufgaben. Nun ist es wichtig, die Taten und die weitere Arbeit daran zu messen. Ohne das zu tun, geht der Erfolg verloren.

–J.T., Frankfurt–

Resolution gegen Entlassungen

Folgende Resolution gegen die Entlassung städtischer Bediensteter, die sich am Kampf um ein Bockenheimer Jugendzentrum beteiligten, wurde von 62 Bediensteten der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität unterschrieben und an den Personaldezernenten Jäckel geschickt.

"Die unterzeichneten Bediensteten der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, zum Teil gewerkschaftlich organisiert, verurteilen aufs schärfste die Versuche des Personaldezernenten der Stadt Frankfurt, Bedienstete der Stadt Frankfurt zu entlassen, die an dem Kampf der Bockenheimer Jugenzentrums-Initiative um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum teilgenommen haben. Wir wehren uns mit unserer Unterschrift gegen diese Versuche der Dezernenten, Kollegen aus ihrem Beschäftigungsverhältnis zu werfen, die sich durch ihre Aktivitäten in ihrer Freizeit gegen die Politik des Magistrats gewandt haben. Wir fordern die sofortige Einstellung der Entlassungsverfahren gegen die bisher betroffenen Kollegen."

10-50 Grad Celsius in 2 Minuten

Bremen. Durch den Hungerstreik der Baader-Meinhof-Gruppe werden wir immer aufmerksamer auf die Verhältnisse in den Gefängnissen in Westdeutschland.

In der Bremer Bahnhofswache gibt es eine Zelle ("Ausnüchterung"). In dem ca. 2 mal 3 m großen Raum gibt es kein Inventar. Dort befindet sich nur eine Steinstufe. Der Raum ist sehr hoch, an der Decke klebt eine Lampe. In der Wand ist ein Loch eingelassen. Dieses ist Teil einer Klimaanlage. Wir haben erfahren, daß man diese Anlage innerhalb von 2 Minuten von 10 Grad auf 50 Grad hochdrehen kann. Dies ist für die Inhaftierten sicherlich eine Quälerei. Die Insassen sollen mit dieser Methode "zur Ruhe gebracht werden".

Stadtteilzelle Woltmershausen

Häusserräumung

Göttingen. Am 10.12. hat die Polizei das Haus Weender Str. 77 geräumt. Ohne die Bewohner zur Räumung aufzufordern, drang die Polizei sofort gewaltsam in das Haus ein. Türen und Fenster wurden zerstört, die Versorgungsleitungen herausgerissen. Die Bewohner wurden erkennungsdienstlich behandelt und abtransportiert.

Innerhalb kurzer Zeit sammelten sich über 150 Menschen vor dem Haus, um gegen die Räumung zu protestieren. Das Haus in der Weender Str. 77, das dem Ötker-Konzern gehört, stand bereits mehrere Monate leer. Am Samstag besetzten 30 Arbeiter und Studenten das Haus, das von seiner Bausubstanz her noch prima in Schuß ist.

2 000 Unterschriften, die über das Wochenende gesammelt wurden, drücken die Solidarität der Göttinger Bevölkerung aus. Am Nachmittag fand eine Demonstration statt, organisiert vom AStA der Universität, dem KBW und anderen politischen Organisationen.

Korrektur

In der KVZ Nr.27/74 druckten wir auf Seite 11 eine Korrespondenz mit dem Titel "Seit 2 500 Jahren ungelöst" ab. Dabei wurden am Ende des 2. Absatzes einige Zeilen ausgelassen, so daß der Sinn der Korrespondenz unklar wird. In diesen Zeilen wird geschildert, daß der Dozent seine halbwegs sinnlosen Rechenprobleme damit rechtfertigte, daß sich die Menschen schon seit 2 500 Jahren mit diesen Problemen herumschlagen würden.

Krankenkassenbeiträge steigen weiter

Dabei wird die medizinische Versorgung der arbeitenden Massen immer schlechter

Auf über 10 % des Grundlohnes haben zahlreiche Ortskrankenkassen die Beiträge der gesetzlichen Krankenversicherung angehoben (in Freiburg z.B. auf 11,6 %). Dabei werden gleichzeitig von den Kassen erhebliche Streichungen vorgenommen, die "teilweise auf Kosten der Leistungen gehen" (Badische Zeitung vom 29. November 1974). 1960 lag des Beitragssatz bei 5,7 % des Grundlohnes. Während also die realen Löhne sinken, müssen die Lohnabhängigen einen ständig wachsenden Teil ihres Lohnes an die Versicherungskassen abführen. Die Kassen begründen diese Erhöhungen mit der Kostenexplosion für die Leistungen. An der oben abgedruckten Graphik kann man leicht sehen, wo diese Kostenexplosion herkommt.

Der größte Batzen wird gegenwärtig "Nun bekomme ich aber laufend müssen. Solange noch die Arbeiter-

rung und der Arbeitsgruppe Jugendpolitik verurteilt, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit über den sogenannten Jugendhilfetag verhandeln, der hinter verschlossener Tür stattfinden soll. In einer weiteren Resolution wurden die Ziele der Jugendarbeit festgelegt. Darin heißt es:

Die Jugend der arbeitenden Klasse wird in der westdeutschen Gesellschaft vorbereitet auf ein Leben als Lohnarbeiter für die Kapitalisten. Ihre Ausbildung und Erziehung ist darauf ausgerichtet, daß sie lernt, unter dem Kommando und zum Nutzen der Kapitalisten zu arbeiten. Produzent des ge-

setzen. Sie ist Ausdruck dafür, daß 2 500 Menschen aus dem Tätigkeitsbereich von Staatsbediensteten nicht mehr vor dem bürgerlichen Staat dienern wollen und die Ziele der Arbeiterklasse und der Arbeiterjugend unterstützen wollen. Erfolg hat die Resolution aber erst dann, wenn mit ihr gearbeitet wird. Wenn die Jugendlichen sie benutzen und fragen, wie die Sozialarbeiter, Lehrer und Erzieher dazu stehen.

Diese Resolution wurde auf der Abschlußveranstaltung mit etwa 2 500 zu 10 Stimmen beschlossen. Einge-

Krankenkassenbeiträge steigen weiter

Dabei wird die medizinische Versorgung der arbeitenden Massen immer schlechter

Auf über 10 % des Grundlohnes haben zahlreiche Ortskrankenkassen die Beiträge der gesetzlichen Krankenversicherung angehoben (in Freiburg z.B. auf 11,6 %). Dabei werden gleichzeitig von den Kassen erhebliche Streichungen vorgenommen, die "teilweise auf Kosten der Leistungen gehen" (Badische Zeitung vom 29. November 1974). 1960 lag des Beitragssatz bei 5,7 % des Grundlohnes. Während also die realen Löhne sinken, müssen die Lohnabhängigen einen ständig wachsenden Teil ihres Lohnes an die Versicherungskassen abführen. Die Kassen begründen diese Erhöhungen mit der Kostenexplosion für die Leistungen. An der oben abgedruckten Graphik kann man leicht sehen, wo diese Kostenexplosion herkommt.

Der größte Batzen wird gegenwärtig von den Krankenhauskosten geschluckt. Das liegt insbesondere an der Wirkung des neuen Krankenhausfinanzierungsgesetzes, das von der SPD/FDP-Regierung durchgebracht worden ist. Durch dieses Gesetz wurden die Staatzuschüsse für die öffentlichen Krankenanstalten gestrichen. Die Häuser müssen ihre laufenden Kosten jetzt allein aufbringen und da halten sie sich natürlich an die Versicherten. Innerhalb eines Jahres stellten sie den Versicherten über 25 % mehr in Rechnung.

Dabei – und das ist der entscheidende Punkt – springt aber keineswegs eine bessere Versorgung der Kranken raus. Im Gegenteil, die Liegezeiten werden ständig verkürzt, wer wieder laufen kann, wird vor die Tür gesetzt. Am Personal wird gespart und das vorhandene Personal wird rund um die Uhr gehetzt. Großzügigkeit besteht nur gegenüber den Pharma-Monopolen und den Herstellern medizinischer Geräte, denen jeder Preis gezahlt wird.

Die Kapitalisten, die mit der Krankheit ihr Geschäft machen, sacken rückcihtslos Profite ein. Sie beherrschen den Markt und können unverschämte Preise nehmen.

Nicht viel weniger auf Bereicherung an den Kranken versessen sind die freipraktizierenden Ärzte, die es auf ein **Drchschnittsjahreseinkommen von über 140 000 DM bringen.** Dabei sind die Zahnärzte besonders tüchtig. In 10 Jahren haben sie die Preise für ein Gebiß um über 450 % in die Höhe getrieben. Als Gegenleistung erwartet den krankgewordenen Arbeiter in den Sprechzimmern der Ärzte im Schnitt ein kurzer Blick von oben herab, eine würdelose Behandlung, oft genug ein falsches Rezept. Die Krankheitsfälle durch falsche Behandlung, falsche Medikamente sind inzwischen zu einer der größten Krankheitsursachen angewachsen.

In ländlichen Gegenden ist es schwierig, überhaupt einen Arzt zu finden, weil die Ärzte in den Städten ein besseres Geschäft haben und es keine planmäßige Verteilung gibt.

Ärzte, die sich um eine bessere Behandlung bemühen, müssen damit rechnen, mit ihrer Standesorganisation, der Kassenärztlichen Vereinigung, die für die Ärzte bei den Kassen kassiert, Ärger zu kriegen. So eine Frauenärztin, die auch bei jungen Frauen Krebsabstriche machte, weil schon viele junge Frauen Gebärmutterkrebs haben. "Nun bekomme ich aber laufend Ärger mit der Kassenärztlichen Vereinigung, weil die Rate der Krebsabstriche vier mal so hoch, wie die der übrigen Frauenärzte im Kreis. Wenn ich nicht selber draufzahlen will, muß ich einfach reduzieren," schrieb sie.

Trotz der ständig steigenden Beiträge ist also die Behandlung nicht besser geworden. Ein anderes Kapitel, an das erinnert werden muß, gerade in der Krise, ist das folgende:

Jetzt, wo die Arbeitslosigkeit die Kollegen um ihre Arbeitsplätze fürchten läßt, weil sie als Arbeitslose schnell ins nackte Elend geraten, kommen ihnen die Kapitalisten damit, daß die Krankmeldungen bis zu 10 % (mit Unterschieden in den einzelnen Branchen) gesunken sind. Das sei ein Beweis dafür, daß vorher zu 10 % simuliert worden sei, so soll man die Rede verstehen. Nicht genug damit, daß die Arbeiter, wenn sie krank werden, der kleinlichsten Kontrolle ausgeliefert sind, jetzt sollen sie sich auch noch verächtliche Redensarten gefallen lassen. Daß die Kapitalisten in der Krise erstmal die Verschlisserenen, die Kränklichen auf die Straße setzen und die anderen aus Angst vor demselben Los sich oft genug mit Fieber in die Fabrik schleppen müssen, ist in Wirklichkeit doch nur ein Erkennungszeichen für ein Wirtschaftssystem, das die arbeitenden Menschen buchstäblich mit ihrem Leben bezahlen müssen.

Man braucht sich nur daran zu erinnern, daß die Lebenserwartung der Arbeiter in den letzten Jahren gesunken ist und immer mehr immer früher verbraucht und verschlissen aus der Produktion herausgenommen werden müssen. Solange noch die Arbeiterklasse der Kapitalistenklasse ihre Arbeitskraft verkaufen muß, um ihr Leben zu fristen, muß die Arbeiterklasse darum kämpfen, daß ihre Existenz in allen Fällen, wo der Arbeiter nicht arbeiten kann oder keine Arbeit findet, gesichert ist. Dabei ist es unbedingt notwendig, daß die Verwendung der Mittel dazu von den Arbeitern selbst kontrolliert wird, damit die Kapitalistenklasse sie nicht dazu benutzen kann, die Arbeiter erneut zu spalten und zu gängeln. Diese Kontrolle nutzt der Arbeiterklasse aber nur, wenn gleichzeitig die Versicherungskosten ausschließlich von den Kapitalisten bestritten werden. Nur dann sind nämlich die Fronten klar, die Arbeiterklasse richtet ihre Forderungen nach Verbesserung ihrer Lage an die Kapitalistenklasse, Klasse gegen Klasse stehen sich gegenüber. Im anderen Falle, also solange die Arbeiter die Kosten direkt von ihren Löhnen tragen müssen, wird der Streit darüber, ob die Beiträge erhöht werden sollen, um bessere Leistungen zu erhalten, unter die Versicherten selbst getragen, weil dann davon abhängt, wieviel vom Lohn schließlich übrigbleibt.

Schon jetzt versuchen die bürgerlichen Politiker immer wieder, den Versicherten deutlich zu machen, daß sie sich mit geringeren Leistungen für ihre Gesundheit vertraut machen sollen, damit die Beiträge nicht noch weiter davonlaufen. Die Arbeiterklasse kann es sich aber nicht leisten, sich mit der weiteren Verschlechterung der medizinischen Versorgung anzufreunden. Denn ihre Arbeitskraft ist ihr einziger Besitz!

–H.V.–

Krankheits-Kosten explodieren

Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung in Mrd. DM: 1963 12.1 – 65 14.9 – 67 18.2 – 69 22.8 – 71 29.6 – 1973 40.8

Ausgabenanstieg 1963 bis 1973 in %: Krankenhäuser +400, Zahnersatz +451, Arzneimittel +333, Ärzte +256, Zahnärzte +265, Krankengeld +21; zum Vergleich: Löhne und Gehälter +154

Ordnungsstrafe: Gefängnis

Noch kein Urteil im Prozeß, aber drei Wochen Haft

Heidelberg. Ab Montag, 2. Dezember, sitzen die drei Genossen Dietrich Hildebrandt, Rolf Lebert und Ralf Fücks im Gefängnis. Sie müssen die Ordnungsstrafen absitzen, die Richter Orlet gegen sie verhängte. Dietrich Hildebrandt muß für 3 Wochen, Rolf Lebert für 8 und Ralf Fücks für 2 Tage ins Gefängnis.

Am 28. Januar 1975 beginnt dieser Prozeß, der gegen die drei kommunistischen Studenten eingeleitet wurde, noch einmal völlig von vorn (zum dritten Mal!).

Dieser Prozeß hat schon eine lange Geschichte. Am 15.2.1973 verurteilte Orlet die drei in einem Schnellgerichtsverfahren unter massivem Polizeischutz und unter Ausschluß der Öffentlichkeit und auch der drei Angeklagten zu 6, 5 und 3 Monaten Gefängnis ohne Bewährung. Das Urteil mußte von der Berufungsinstanz wegen offensichtlicher formaler Mängel aufgehoben werden.

Vom Januar 1974 dauerte das Verfahren, wofür Orlet ein Jahr zuvor nur einen Tag gebraucht hatte, bis in den April. Dann aber mußte der Prozeß auf unbestimmte Zeit unterbrochen werden, weil Richter Orlet auf Grund seiner persönlichen Verfassung nicht mehr in der Lage war, der Verhandlung zu folgen. Die Lokalpresse berichtete, daß Orlet streckenweise nur noch in unartikulierten Lauten lallte und stier in den Saal blickte.

Das Gerichtsverfahren, um das es dabei geht, ist der "Rektoratsprozeß". Am 7. Februar 1973 hatten über 200 Studenten das Rektoratsgebäude für einige Zeit besetzt und dort eine Kundgebung durchgeführt. Sie protestierten damit gegen mehrere reaktionäre Maßenhmen des Rektorats, das eine Diskussionsveranstaltung in der Neuen Uni verboten, mehrere Hausverbote erlassen und Strafverfahren eingeleitet hatte. Die drei Genossen, die jetzt ihre "Ordnungsstrafe" absitzen sollen, waren völlig offen ins Rektorat gegangen und haben dem Rektor gegenüber die Forderungen der Studenten vertreten, unter anderem Rolf Lebert in seiner Eigenschaft als damaliger AStA-Vorsitzender.

Das Schnellgerichtsverfahren war von Orlet ohne Öffentlichkeit, ohne Verteidigung, ohne Angeklagte, aber mit viel Polizei und mit viel Unregelmäßigkeiten durchgezogen worden. Auch in dem zweiten Anlauf am zweiten Verhandlungstag schloß Orlet die Öffentlichkeit für die ganze Prozeßdauer aus. Der Verteidigung drohte er mehrmals, das Fragerecht zu entziehen, und tat dies auch in einem Fall, nachdem er viele Fragen der Verteidigung an Zeugen wie Rektor Niederländer oder Prorektor Zimmermann schon vorher einfach als unzulänglich abgewiesen hatte. Die Angeklagten sollten zur Räson gebracht werden, indem Orlet Ordnungsstrafen aussprach, wo es nur ging, meistens aber da, wo es nicht ging.

Als Orlet am zweiten Verhandlungstag, offensichtlich mal wieder nicht ganz bei Sinnen, zwei Angeklagte verwechselte und eine Ordnungsstrafe, die zunächst für Lebert gedacht war, gegen Fücks verhängte, und als Dietrich Hildebrandt daraufhin laut fragte, ob "das Gericht weniger wegen Besorgnis der Befangenheit, sondern wegen Besorgnis der Unzurechnungsfähigkeit abgelehnt" werden müsse, war dies dem Richter Orlet 2 Tage Haft als Ordnungsstrafe wert. Die spätere Entwicklung gab dem Angeklagten Hildebrandt recht, die Ordnungsstrafe muß er aber trotzdem absitzen.

So und ähnlich läpperte sich die insgesamt mehrwöchige Gefängnisstrafe zusammen.

Der ganze Prozeß ist durch das Vorgehen des Gerichts hinreichend charakterisiert. Es ist ein Schauprozeß, der durch die Strafe die Tat und durch die Behandlung der Angeklagten die Verbrechen schaffen soll.

Auch die anderen Instanzen taten ihr Bestes. Das Oberlandesgericht verwarf die Beschwerden gegen die Ordnungsstrafen lapidar mit einem Satz. Das Bundesverfassungsgericht, mit einer Verfassungsbeschwerde angerufen, verhängte gegen die drei Angeklagten ein Bußgeld von jeweils 500 DM, weil die Möglichkeit der Verfassungsbeschwerde offensichtlich mißbräuchlich angewendet worden sei!

–W.D.–

Demonstration in Wiesbaden:

Gegen die Zustände im hessischen Schulwesen

Ungefähr 2 000 Schüler, Studenten und auch Lehrer demonstrierten am 7. Dezember in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden gegen Schulelend und Berufsverbote in Hessen. Dies ist nicht sehr viel angesichts der Zustände im hessischen Schulwesen und der Pläne der Landesregierung: Diese will trotz großen Lehrermangels 1 100 fertige Studenten und ungefähr 600 fertige Lehrer nicht in den Schuldienst einstellen.

Aufgerufen zu dieser Demonstration hatte der hessische Landesschülerrat, der von DKP und Jusos getragen wird. Die Schülerorganisationen des KBW beschlossen, je nach den örtlichen Bedingungen an der Vorbereitung der Demonstration und an dieser selbst teilzunehmen. Dabei wurde versucht, mit richtigen Losungen und Forderungen Einfluß auf die Demonstration zu nehmen.

Der Landesschülerrat hatte solche Losungen ausgegeben wie "Rüstung ist ein Ungeheuer: erstens Scheiße, zweitens teuer", "In der Rüstung sind sie fix, für die Bildung tun sie nix". Damit sollte die Empörung über die elende Schulsituation auf die 'falsche' Verteilung der Staatsausgaben gerichtet werden. Demgegenüber setzte sich im Verlauf der Demonstration bei ungefähr einem Drittel klare Forderungen durch wie: "Bücher, Lehrer und Papier, das brauchen wir!" "Keine Klasse über 25 Schüler!" "Einstellung aller ausgebildeten Lehrer und Referendare!" "12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Tagen!" "Für freie politische Betätigung in Ausbildung und Betrieb!". Diese Losungen waren zum Teil in einem Flugblatt der Referendare des Frankfurter Studienseminars I enthalten.

In den Beiträgen und Grußadressen der Abschlußkundgebung, wo nur der Landesschülerrat zu Wort kam, wurden nicht klare Forderungen genannt und die nächsten Schritte für deren Durchsetzung angegeben. Stattdessen war viel von Umverteilung der Rüstungsausgaben die Rede. Am Ende der Kundgebung bedankte sich der Landesschulsprecher in vollem Ernst bei der Polizei für den Schutz der Demonstration. Schlecht war es, daß nicht Vertreter einiger Schulen über die Vorbereitung der Demonstration an ihrer Schule und über die dort aufgestellten Forderungen berichten konnten. Jetzt wird es darauf ankommen, die Empörung über die elende Schulsituation verstärkt zu schüren.

Nach einem Bericht von R.F., Darmstadt und KSG Wiesbaden

Polizei verhindert Vollversammlung

-aber die folgenden Vollversammlungen sind dafür um so größer!

Am Dienstag letzter Woche wurde eine Vollversammlung der Studenten der Fachhochschule für Gestaltung in Kiel vom Rektor auf Veranlassung der Landesregierung verboten.
Dem war folgendes vorausgegangen: Auf einem Ausländerfest an der Fachhochschule hatten regimetreue Perser versucht, Propaganda für den Schah zu machen. So hatten sie zum Beispiel in einem Raum Bilder von der kaiserlichen Familie aufgehängt. Diese Propaganda wurde von empörten deutschen und persischen Studenten, die über die wahren Verhältnisse im Iran Bescheid wußten, erfolgreich verhindert.
Auf der Vollversammlung der Fachhochschulstudenten sollten dann die Vorfälle auf dem Ausländerfest besprochen werden. Durch die Einschaltung des persischen Konsulats in Hamburg sowie der schleswig-holsteinischen Landesregierung wurde diese Versammlung jedoch verboten. Als die Studenten dennoch ihr Recht auf Versammlungsfreiheit, ihr Recht, über die politischen Fragen zu diskutieren, die sie für wichtig hielten, wahrnahmen, wurde die Vollversammlung von 120 Polizisten auseinandergejagt.

Gegen diesen bisher schärfsten Angriff auf die Rechte der Kieler Studenten erhob sich breiter Protest. Auf der Vollversammlung der Fachhochschule für Sozialwesen am nächsten Tag, die trotz Verbot erfolgreich durchgeführt werden konnte, wurde einmütig erklärt, daß die Studenten sich in keiner Weise von den Rektoren und der Landesregierung in ihre Angelegenheiten reinreden lassen wollen. Das gleiche gilt für die Studenten der Kieler Universität. Über 2 000 Vollversammlungsteilnehmer protestierten auf's schärfste gegen den Polizeieinsatz an der Fachhochschule für Gestaltung. Sie verabschiedeten bei nur wenigen Gegenstimmen eine Resolution. In der Resolution wurde festgehalten, daß die Studenten sich nicht vom Staat vorschreiben lassen, zu welchen politischen Themen sie sich äußern oder nicht. Großen Beifall erhielt auch die Rede eines Vertreters der CISNU (Conföderation Iranischer Studenten, Nationale Union), der über die soziale Lage des persischen Volkes und dessen Kampf gegen das Schah-Regime berichtete. In einer weiteren Resolution verurteilten die Studenten das faschistische Schah-Regime sowie die Unterstützung des Schah durch die Bundesregierung. Sie erklärten ihre Solidarität mit dem Kampf des persischen Volkes.

Um den Protest aller Kieler Studenten gegen die in letzter Zeit zunehmenden Polizeieinsätze zusammenzufassen, um gegen die zunehmende politische Unterdrückung der Studenten durch Ordnungsverfahren und Polizei zu protestieren, wurde am Donnerstag eine Demonstration durchgeführt, zu der trotz kurzer Vorbereitungszeit immerhin 450 Teilnehmer kamen.

H.K., AStA der Universität Kiel

Studentenparlaments-Wahlen

Osnabrück. Vom 27.-29.11. fanden an der Fachhochschule in Osnabrück an den Standorten Westerberg und Haste die Wahlen zum Studentenparlament statt.
Bei den diesjährigen StP-Wahlen siegten die Listen der Juso-Hochschulgruppe und eine Unabhängige Liste, die zusammen den AStA stellen werden. Der KSB – die Studentenorganisation des KBW – erhielt von gut 700 abgegebenen Stimmen 48. Der KSB hatte zum ersten Mal für das Studentenparlament kandidiert. Er wird 2 von 34 Sitzen im StP besitzen.

DGB-Kreisjugendkonferenz unterstützt Bremer Schuldemonstration

Arbeitszeitverkürzung gefordert!

Über 800 Lehrer der GEW Schleswig-Holstein waren am 27.11. in Neumünster zusammengekommen, um ihre Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und ihre Kritik an den miserablen Arbeits- und Lernbedingungen an den Schulen des Landes zum Ausdruck zu bringen. Der Vertreter der Landesregierung, Finanzminister Lausen und der bildungspolitische Sprecher der SPD, Lund, sollten zu den Forderungen der GEW Stellung nehmen.

Hamburg. 4000 Studenten demonstrierten am 3.12.74 in Hamburg gegen die Verschlechterung ihrer Studien- und Lebensbedingungen.

Arbeitszeitverkürzung gefordert!

Über 800 Lehrer der GEW Schleswig-Holstein waren am 27.11. in Neumünster zusammengekommen, um ihre Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und ihre Kritik an den miserablen Arbeits- und Lernbedingungen an den Schulen des Landes zum Ausdruck zu bringen. Der Vertreter der Landesregierung, Finanzminister Lausen und der bildungspolitische Sprecher der SPD, Lund, sollten zu den Forderungen der GEW Stellung nehmen.

Hamburg. 4000 Studenten demonstrierten am 3.12.74 in Hamburg gegen die Verschlechterung ihrer Studien- und Lebensbedingungen.

ten die Listen der Juso-Hochschulgruppe und eine Unabhängige Liste, die zusammen den AStA stellen werden. Der KSB – die Studentenorganisation des KBW – erhielt von gut 700 abgegebenen Stimmen 48. Der KSB hatte zum ersten Mal für das Studentenparlament kandidiert. Er wird 2 von 34 Sitzen im StP besitzen.

DGB-Kreisjugendkonferenz unterstützt Bremer Schuldemonstration

Wohl gebe es, erklärte der Finanzminister, zwischen ihm und der Lehrerschaft im Grundsatz keine Meinungsverschiedenheit über die soziale Gleichbehandlung aller Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. Doch verhindere die allgemeine wirtschaftliche Lage, die Lehrer an der Arbeitszeitverkürzung zu beteiligen. Auf einen Zwischenruf hin, warum denn die Arbeitszeitverkürzung im übrigen Öffentlichen Dienst möglich sei, erläuterte Lausen unverblümt, daß dort der Ausfall an Arbeitszeit durch Rationalisierung und Arbeitsintensivierung ausgeglichen werden könne.
Vollends entlarvte sich Lausen, als er den Lehrern zurief:
Wo andere Arbeitnehmer in dieser Zeit um ihre Arbeitsplätze bangen müssen, müssen es sich die Lehrer gefallen lassen, in die Pflicht genommen zu werden. Aber genauso wie sich die Arbeiter gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen und gegen Entlassungen wehren müssen, müssen dies die Lehrer tun, wenn die Schulmisere auf ihrem Rücken ausgetragen werden soll. Außerdem ist es so, daß die Überlastung der Lehrer bloß dazu führt, daß die Ausbildung der Schüler noch schlechter wird als sie schon ist, und daran hat die Arbeiterklasse ganz bestimmt kein Interesse. Große Hoffnung setzten viele Kollegen auf die Ausführungen des SPD-Sprechers. Als dieser in das gleiche Horn stieß wie der Finanzminister, erntete er ebenso wie dieser Mißfallensäußerungen.

Diese Veranstaltung machte allen Kollegen klar, daß sie ihre Forderungen nur gegen die Landesregierung und in breiter Einheit durchsetzen können.

GÜV-Kiel
Sektion Schulkampf
–in–/Red.

Kampfmaßnahmen verboten!

Tübingen. Gegenwärtig verlangt die Landesregierung, daß die Studenten sämtliche Lernmittel selbst bezahlen sollen. Für Biologiestudenten bedeutet dies z.B., daß für ein Praktikum knapp 1 000 DM bezahlt werden müssen. Für andere Praktika, die bisher umsonst waren, werden jetzt von den Studenten horrende Gelder gefordert. Dies bedeutet für alle Studenten, die nicht gerade reiche Eltern haben, daß sie praktisch ihr Studium nicht durchführen können. Im Fachbereich Chemie in Tübingen wurde am 21. November eine Resolution verabschiedet, in der die Zurücknahme dieses Erlasses und eine kostendeckende Ausbildungsförderung gefordert wurde.
Auf einer Veranstaltung aller Naturwissenschaftler und Mediziner, auf der knapp 800 Studenten anwesend waren, wurde am 3. Dezember eine weitere Resolution gegen den "Ersatzgelderlaß" und für eine kostendeckende Ausbildungsförderung beschlossen. Außerdem wurde der Boykott sämtlicher Erhöhungen und Neueinführungen von Praktikumsgeldern beschlossen. Direkt nach der Veranstaltung erreichte der Universitätspräsident durch eine einstweilige Verfügung, daß sämtliche Veranstaltungen, die weitere Kampfmaßnahmen beschließen könnten, verboten seien.

H.B.

Bremen. Die DGB-Kreisjugendkonferenz, die vom 30. November bis 1. Dezember tagte, beschloß, die Demonstration von Schülern, Eltern und Lehrern am 11. Dezember gegen die Schulmisere in Bremen zu unterstützen. In dem Beschluß wendet sich die Gewerkschaftsjugend gleichzeitig gegen die politischen Disziplinierungen von Lehrern. Die DGB-Jugend will die Arbeiterjugend durch Aufklärungsarbeit vor der Berufsschule zu der Demonstration mobilisieren.

Schulpolitik soll auf Betriebsversammlung erörtert werden

Bremen. Eine Abteilung der "Bremer Nachrichten" beschloß, sich an der Demonstration gegen die Schulmisere am 11. Dezember zu beteiligen. Weiter beschlossen sie, den Mitbesitzer der "Bremer Nachrichten", Oberschulrat Hackman, auf einer Betriebsversammlung wegen der Schulpolitik des Bremer Senats zur Rede zu stellen.

Rücktritt vom Bundesvorstand des SVI

Die Mehrheit des Bundesvorstandes des SVI will den SVI auf die Bonner Verfassung festlegen

Mitte November wurden dem Dachverband der Fachhochschulstudenten (SVI) von Seiten der Bundesregierung aus politischen Gründen die Mittel aus dem Bundesjugendplan gesperrt. Über die Antwort auf diese Maßnahme der Regierung ist es nun innerhalb des Verbandes zu einer Auseinandersetzung gekommen. Die Vorstandsmehrheit des SVI erklärte sich bereit, die Auflage der Regierung zu akzeptieren und sich zur Verfassungstreue zu bekennen. Nachdem sich auch die Mehrheit des Delegiertenrates dieser Auffassung der Vorstandsmehrheit angeschlossen hatte, trat Helmut Jutzi, eines der drei Mitglieder des Bundesvorstandes des SVI zurück. Wir zitieren im Folgenden aus seiner Rücktrittserklärung.

Rücktrittserklärung eines Mitgliedes des Bundesvorstandes SVI

Auf der Sitzung des Delegiertenrates des SVI, des höchsten beschlußfassenden Organs dieses Verbandes zwischen seinen Mitgliederversammlungen, am 7.12., stand zur Diskussion die Antwort des Verbandes auf die politische Erpressung, die die Bundesregierung gegenüber dem Verband ausübt, indem sie seine Mittel gesperrt hat und ihm für eine weitere Finanzierung seiner Tätigkeit die Bedingung gestellt hat, sich positiv für die Verfassung der BRD auszusprechen. Ich bin auf der Grundlage des folgenden Antrags eingetreten dafür, der politischen Erpressung der Regierung nicht nachzugeben und ihrem Vorgehen den Kampf für die Selbständigkeit und politische Unabhängigkeit des Verbandes entgegenzusetzen:

Antrag

"Die vorläufige Einstellung der Zahlung der dem SVI zustehenden Mittel durch die Bundesregierung ist ein weiterer Angriff gegen die verfaßte Studentenschaft und ihre Dachverbände mit dem Zweck, dadurch gegen die fortschrittliche Bewegung unter den Studenten insgesamt vorzugehen.
Dieser Angriff ist vorläufiger Höhepunkt einer Reihe von Versuchen, die verfaßte Studentenschaft zu liquidieren; es ist aber auch der Höhepunkt einer Reihe von bisher gescheiterten Versuchen, die verfaßte Studentenschaft zu liquidieren. Aus diesen Auseinandersetzungen ist die verfaßte Studentenschaft bisher gestärkt hervorgegangen. (. . .)

Die Art und Weise des Angriffes gegen den SVI, nämlich die Sperrung der Mittel, ist zugleich Beweis dafür, daß die Bundesregierung die verfaßte Studentenschaft treffen will. Denn zum größten Teil haben die Studentenschaften an Fachhochschulen keine juristische Grundlage und daher sowieso nur minimale Eigenmittel. Die Regierung kann daher den SVI nur treffen über den zentralen Haushalt und so – anders als beim VDS – Druck auf ihn ausüben. Die Regierung übt diesen Druck aus, indem sie den Verband zwingen will, sich zur Verfassung zu bekennen. Der SVI ist jedoch kein Organ dieses Staates oder seiner Verfassung, sondern ein Verband der Studentenschaften, der alleine dem Willen seiner Mitglieder, der Studentenschaften, verpflichtet ist. Seine Politik wird bestimmt durch die Mitgliederversammlung und läßt sich von den Interessen der Studenten, die dadurch vertreten werden, leiten. Wenn die Bundesregierung die Beschlüsse und Forderungen seiner Mitgliederversammlung und die entsprechende Politik des Vorstandes als nicht dem Rahmen, den diese Verfassung bietet, entsprechend betrachtet, so zieht der Delegiertenrat nicht daraus den Schluß, von den Beschlüssen der Mitgliederversammlung abzurücken, sondern die Studenten aufzufordern, noch entschlossener uns konsequenter für deren Durchsetzung einzutreten.

Der Delegiertenrat weist daher alle Versuche der Regierung zurück, sich in die auf der Mitgliederversammlung festgelegte Politik des Verbandes einzumischen, indem sie diesen finanziellen Druck ausübt.

Der Delegiertenrat beauftragt den Vorstand, der Bundesregierung in diesem Sinne öffentlich zu antworten und die materielle Existenz des Verbandes auch bei Nichterhaltung staatlicher Mittel sicherzustellen.

Dieser Antrag fand im Delegiertenrat keine Mehrheit. Stattdessen wurde ein Antrag verabschiedet, indem es heißt: "Der SVI-Delegiertenrat weist diesen Vorwurf (der Verfassungsfeindlichkeit) der CDU/CSU entschieden zurück." Die Antwort des Delegiertenrats läßt sich damit auf einen Streit mit der Regierung ein, ob ihre politischen Angriffe auf den Verband gerechtfertigt sind oder nicht. Damit hat sich die Mehrheit des Delegiertenrates entschieden für ein Vorgehen, das um der Erhaltung der Geldmittel willen der Regierung die politische Zensur zugesteht und so die Politik des Verbandes der Duldung durch die Bundesregierung ausliefert. Auf diese Weise werden die Interessen der Studenten zu Markte getragen, wird die Existenz des Verbandes zu einer Verhandlungssache zwischen seinen Funktionären und der Regierung. Seine Funktionäre werden in eine Lage gebracht, wo sie gezwungen sind, entweder die Existenz des Verbandesaufs Spiel zu setzen oder vor den Studenten die politischen Interessen der jeweiligen Regierung zu vertreten, zumal die 120 000 Fachhochschulstudenten wohl in der Lage wären, sich zweckmäßige Vertretungen durch eigene Mittel zu erhalten.

Aus diesen Gründen habe ich meinen Rücktritt vom Bundesvorstand des SVI erklärt. Ich will damit erreichen, daß möglichst bald eine Mitgliederversammlung des Verbandes einberufen wird, wo die Entscheidung der Mitglieder über das richtige Vorgehen gegen die Angriffe der Regierung herbeigeführt werden kann. Zugleich ist die Mitgliederversammlung angesichts der Angriffe auf den Verband ein ausgezeichnetes Mittel, um das Interesse der Mitglieder an einer unabhängigen und selbständigen Vertretung zum Ausdruck zu bringen.

Helmut Jutzi

Einstellung aller Referendare gefordert

Der GEW-Ortsverband Rodgau forderte den Landesvorstand auf, entschieden darauf hinzuwirken, daß alle Referendare und ausgebildeten Lehrer zum 1.2.1975 in den Schuldienst übernommen werden können.

Studentenparlamentswahlen

Heidelberg. Aus den Studentenparlamentswahlen an der Universität Heidelberg ging die Einheitsliste der Institutsgruppen und der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG) als stärkste Fraktion hervor.
Im neuen Studentenparlament stellt sie 23 Sitze, das Hochschulpolitische Kollektiv (HoPoKo), das bisher den AStA stellte, erhielt 19 Mandate, die Aktion Demokratische Hochschule 11, das Demokratische Zentrum 4, der MSB Spartakus 5 und der Kommunistische Studentenverband (KSV) 1 Mandat.

Unbefristeter Streik

Köln. Die Studenten des Fachbereiches Sozialwesen der Fachhochschule Köln beschlossen mit überwältigender Mehrheit (72 % Ja-Stimmen bei einer Beteiligung von 75 %) den unbefristeten aktiven Streik gegen eine neu erlassene Prüfungsordnung, die zahlreiche Verschärfungen für die Studenten mit sich bringt. Damit folgten sie einem Beschluß der Landes-ASten-Konferenz von Nordrhein-Westfalen, demzufolge in ganz Nordrhein-Westfalen eine aktive Streikfront gegen diese Prüfungsordnung aufgebaut werden soll. Seit dem 11. November stehen bereits die Studenten der Fachhochschule Hagen in einem Streik. Weitere Urabstimmungen finden diese Woche an den verschiedenen Fachhochschulen statt.

"Ordentlich aufgeräumt"

Hauptfeldwebel will bei Vulkan Ordnung schaffen

Bremen. Folgendes hat uns ein Soldat, der in der Schwaneweder Soldatengruppe organisiert ist, berichtet. Im Fahrschulunterricht der Fahrschule des 324. Panzerbataillons hat der Hauptfeldwebel Sietmann die Meinung geäußert, daß es "Kompanie raustreten" heißt, wenn der rote Vulkan wieder Tumult macht und die Polizei und der Bundesgrenzschutz damit nicht fertig werden. Weiterhin äußerte er, daß diejenigen Soldaten, die auf dem Vulkan Verwandte haben, links raustreten müßten. Die anderen würden aufsitzen und dann würde zum Vulkan gefahren und dort ordentlich aufgeräumt.

Nun hat die Arbeiterbewegung schon immer die Erfahrung machen müssen, daß die Armee im Kapitalismus eben nicht nur für den Zweck der Aggression nach außen da ist, sondern im gleichen Maß nach innen gerichtet ist zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes, wenn diese gegen die bestehenden Zustände rebellieren, aber daßHauptfeldwebelder Bundeswehr bereits so offen und unverhüllt diese Ansichten vor den Mannschaften aussprechen, ist ein deutliches Zeichen dafür, daß die Soldaten ideologisch auf ihre Aufgaben, die ihnen zugedacht sind, vorbereitet werden sollen. Diese Ziele werden die Militaristen aber nicht erreichen, wenn sich die Soldaten der Bundeswehr, die ja selber aus dem Volk kommen, klarmachen, auf welcher Seite der Feind wirklich steht.

–Betriebszelle Bremer Vulkan–

»Einsatzübung«

Augustdorf bei Detmold. Am Freitag, den 22. November, mußte die Bereitschaft der Panzerjägerkompanie in aller Frühe raus, sie wurde nach Dülmen gefahren. Auf dem Dienstplan hatte es geheißen "Einsatzübung", mehr wußten die Soldaten nicht, als sie dorthin gefahren wurden. Geflucht hatten alle schon, bei solchem Wetter rausfahren. In Dülmen angekommen, ließ ein Major endlich die Katze aus dem Sack und befahl den Soldaten, Kommunisten "aufzureiben". Es gab folgende Ausgangslage:

Ein kommunistischer Landesparteitag findet in der Nähe statt, einige Teilnehmer versuchen das sich dort befindliche Atomsprengkopflager zu bedrohen und zu belagern. Auftrag: Den nahegelegenen Wald durchkämmen und die "Terroristen" aufreiben. Dabei galt es noch Strohpuppen, die Kommunisten darstellten, mit dem Gewehrkolben zusammenzuschlagen. Die Übung selbst war eine wilde Hetzjagd durch das Gelände bei dem Bäche knietief durchwatet wurden. Diese Übung zeigt, welchen Feind die Offiziere im Hinterkopf haben, wenn sie uns in solche Übungen schicken. Sie befehlen den Soldaten diesen Feind zu bekämpfen. Die Offiziere hoffen dann, daß die Soldaten ihren Unmut über ihre "beschissene Situation beim Bund" an den Feinden der kapitalistischen Ausbeuterordnung loslassen. Die Offiziere hoffen dann auch, daß sie so die Soldaten für ihre Ziele "begeistern" können.

Diese "Begeisterung" über den Einsatz zeigte sich, nachdem die Soldaten wieder in die Unterkunft zurück konnten. Die Gewehre wurden in die Ecke geschmissen, einige traten vor Wut vor Schranktüren und schmissen sie zornig zu. Eines zeigt sich hieran, die Offiziere können die Mannschaften nur durch das Prinzip von Befehl und Gehorsam zu solchen Einsätzen zwingen. "Begeistern" können sie die Soldaten für ihre Pläne nicht.

H.S.

Für 800 000 DM Kontaktpflege

Mit dem Aufbau eines Hauptverbandsplatzes versuchte die Bundeswehr für sich zu werben

Ludwigshafen. Am 4.12. sollte der Bevölkerung demonstriert werden, wie eng die Bundeswehr mit dem Volk verbunden ist. Dafür hatte das Sanitätsbataillon 310 aus Hermeskeil bei Trier den Befehl bekommen, einen Hauptverbandsplatz direkt neben einer Unfallklinik im Stadtteil Oggersheim aufzubauen.

"Über Nacht wuchs eine Zeltstadt..." berichteten am nächsten Tag stolz die Zeitungen, und luden zum "Tag der offenen Tür" ein.

Ich ging hin und fragte einen der Soldaten, was das eigentlich soll. Er wies mich an seinen Vorgesetzten im ersten Zelt (das einzige, das schön warm war), er selbst könne die Frage nicht beantworten. Dann erzählte er, daß sie abends um 18 Uhr ausgerückt seien und den Befehl hatten, "unter erschwerten Bedingungen bei Nacht" aufzubauen. Weil sie hundsmüde waren, ging das bis um halb fünf morgens. Und dann nach einer Stunde wieder raus.

Der Hauptverbandsplatz des Sanitätsbataillons 310 aus Hermeskeil/Trier, von einem Balkon der Ludwigshafener Klinik fotografiert. Das Sanitätsbataillon sollte für die Bundeswehr mit dieser Schau in Ludwigshafen werben. Aber das Ganze war ein Reinfall: Niemand kam zur Besichtigung.

Das mag ja zum täglichen Brot der Sinnlosigkeit in der Bundeswehr gehören, gegenüber den zum Teil schwerkranken Patienten in der Klinik hielt ich das zumindest für eine große Rücksichtslosigkeit. Als ich das sagte, zuckte er mit den Schultern: "Befehl ist Befehl".

Ich kam dann mit anderen ins Gespräch. Alles Zeitsoldaten, die normalen Rekruten hatten sie weggeschickt, wahrscheinlich, weil die im Gespräch den Werbeeffekt für die Bundeswehr zu sehr gefährdet hätten.

Ich erfuhr, daß das ganze Schaumanöver den Steuerzahler 800 000 DM kostet. Daß der letzte sinnvolle Einsatz von Sanitätern bei der Flutkatastrophe in Hamburg war. Daß die Bundeswehr ihre Vorratsmedikamente von den Pharmafirmen zu 1/10 des Verkaufspreises bekommt (einer dazu: wenn die Firmen dabei nicht noch Gewinn machen würden, würden sie solche Verträge bestimmt nicht abschließen) und daß sie dafür vertraglich verpflichtet ist, die Medikamente verfallen zu lassen und sie zu vernichten. Daß die Sanitäter in erster Hilfe und allem, was Chirurgie betrifft gut ausgebildet werden, von anderen Krankheiten aber keine Ahnung haben.

Der Vergleich mit der chinesischen Volksarmee hat sich mir da aufgedrängt. Die medizinischen Einheiten werden dort zur Versorgung der Bevölkerung eingesetzt. Sie sind in der Erkennung und Behandlung aller wichtigen Erkrankungen ausgebildet, führen Vorsorgeuntersuchungen, Impfungen und auch Röntgenreihenuntersuchungen durch und helfen bei hygienischen Maßnahmen. Sie stehen dauernd in Kontakt mit der Bevölkerung. Sie brauchen sich nicht für viel Geld selbst auszustellen.

An diesem Beispiel und an anderen, wie Übungen, die den Kampf gegen Teile der Bevökerung erproben, auch am Beispiel der irrsinnigen Dienstgradhierarchie u. ä. sind wir uns einig geworden, daß die Bundeswehr offensichtlich keine Armee des Volkes ist, sondern eine Armee gegen das Volk. Und daß sie mit solchen Spektakeln wie heute versucht, das zu verdecken.

Der "Einsatz zur Kontaktpflege mit dem Volk" ging allerdings daneben: trotz Erbseneintopf und US-Army-Band blieben die ersehnten Massen aus.

ab,OAG LU

"Anti Nato 74"

Unter diesem Motto fand am 21./22. November in Amsterdam ein Kongreß statt. Eingeladen hatte der 'Boond voor Dienstpflichtige' aus Holland. An dem Kongreß nahmen Vertreter antimilitaristisch arbeitender Gruppen und Organisationen aus Holland, Belgien, Schweden, Großbritannien, USA, Frankreich, Italien, Schweiz und der BRD teil. Das wichtigste Ergebnis des Kongresses war ein Erfahrungsaustausch über antimilitaristische Arbeit. Der Kongreß verabschiedete außerdem Resolutionen gegen den Einsatz des Militärs als Instrument gegen die Arbeiterbewegung, gegen die Intervention der USA und der EG-Staaten im Mittelmeerraum und für eine enge Verbindung des antimilitaristischen Kampfes mit der Arbeiterbewegung. Als Abschluß des Kongresses fand eine Veranstaltung mit über 1 200 Personen in Utrecht statt.

Ein Reservist berichtet Foltermethoden beim Bund

Braunschweig. In meiner Grundausbildung vor ungefähr zwei Jahren in der Balthasar-Neumann-Kaserne bei Würzburg (12. Panzerdivision) erlebte ich folgendes:

Im praktischen Unterricht lernten wir Foltermethoden. So zeigte uns der Ausbilder auch, wie man mit einem Strick Menschen grausam foltern kann. Das praktische Beispiel war ich. Ich mußte mich auf den Bauch legen, ohne zu wissen, was er vor hatte. Dann fesselte er mir die Hände auf dem Rücken und band mir einen Strick mit der einen Seite um den Hals und mit der anderen Seite um die Füße, so daß ich unter Kraftaufwand meine Beine hochheben mußte, wenn ich mich nicht selbst erwürgen wollte.

Dann fing er an, mich zu verspotten und alle möglichen Witze zu reißen. Es gelang ihm auch, daß einige Kameraden mitmachten. Besonders groß wurde der Spott, als ich darum bat, mich loszubinden, weil ich es nicht mehr aushalten konnte, und ich mußte noch länger zappeln. Auf diese Weise lernten wir auch noch andere Foltermethoden kennen. Bei dieser Ausbildung sollten wir uns an das Foltern gewöhnen, man sollte auch sein Vergnügen daran haben.

Ein Reservist

Knast weil er eine Zeitung verteilte

Gefreiter Aulich soll 7 Tage in den Knast, weil er die Zeitung des Soldaten und Reservistenkomitees verteilte.

Munster/Faßberg. Vor ca. 5 Wochen gaben wir die erste Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees Munster heraus, die wir vor 3 Kasernen und am Bahnhof in Munster verteilten.

Die Bundeswehr versuchte uns an der Verteilung zu hindern. Der OvWa der Schulz-Lutz-Kaserne drohte den Verteilern, die Zeitung zu beschlagnahmen, um sie einzuschüchtern. Als das nichts half, beorderte er die Polizei zur Kaserne. Die nahm die Personalien der Verteiler vor zwei Kasernen auf. Vor der Schulz-Lutz-Kaserne sagten sie: "Wir können den Herren (Verteiler) das Verteilen nicht verbieten. Das ist freie Meinungsäußerung in Wort, Schrift und Bild, und sei nicht verboten. Der OvWa nahm dies wütend zur Kenntnis. Daraufhin ließ er den Soldaten, die mit einer Zeitung in die Kaserne wollten, diese abnehmen, Taschen wurden durchsucht und Fahrzeuge ausgeleuchtet. Den Soldaten drohte man, wenn sie nicht freiwillig die Zeitung herausgaben, um sie einzuschüchtern. In der Kaserne nebenan waren Beschwerden gegen die Abnahme eines Flugblattes durchgekommen, aber auch hier konfiszierte die Wache weiter Zeitungen.

Nachca. 4 Wochen nun wurde ein Verteiler der Zeitung, dessen Personalien durch die Polizei festgehalten wurden, der Gefreite Aulich aus Faßberg, von seinem Kommandeur verhört und soll für 7 Tage in den Knast, weil er die Zeitungen verteilt habe, die dem Ansehen der Bundeswehr nicht zuträglich seien. Dagegen hat sich der Gefreite Aulich gewehrt. Was daraus wird, werden wir demnächst berichten.

Schon jetzt zeigt das Vorgehen der Bw-Führung, daß sie versucht, mit massiver Bedrohung und wütender Einschüchterung jede Kritik und Empörung im Keim zu ersticken. Der Staat enttarnt sich und zeigt mehr und mehr sein reaktionäres Gesicht. Die Worte der Polizisten von freier Meinungsäußerung verkommen zum blassen Hohn angesichts der Drohungen.

Soldaten- und Reservistenkomitee Munster

Die Geisteshaltung der Offiziere

Üble Rassentheorien in Bundeswehrzeitschrift/Sowjetsoldaten als Unmenschen dargestellt

Unter der Überschrift "Die Mentalität der Sowjetsoldaten" erschienen in der Truppenpraxis vom Januar 74 ein vollkommen ernst gemeinter Artikel, der sich angeblich wissenschaftlich mit dieser Frage auseinandersetzt. Der Autor ist ein Oberst Erich Sobik, der, so die Vorbemerkung, ein im G 2-Dienst (Generalstabsabteilung für Feindaufklärung und militärische Sicherheit) erfahrener Offizier sein soll. Über die Lage der Sowjetsoldaten kann man in dem Artikel natürlich nicht viel erfahren, dafür aber um so mehr über die Geisteshaltung von Bundeswehroffizieren, die sich in einer der wichtigsten Offizierszeitschrift über solche Themen auslassen. Nach der Meinung des Autors zeichnen sich 'die' Sowjetsoldaten durch folgende Eigenschaften aus:

"Zum Volkscharakter *gehört die uns schwer verständliche* Wechselwirkung *zwischen plötzlich auftretender* Grobheit, ja Brutalität *und* kindlichweicher, oft grenzenloser Gutmütigkeit."

"*Der sowjetische Soldat ist sehr* naturverbunden, instinktsicher und anspruchslos, *er kann sich bei jedem Gelände anpassen. Gegen Wetterunbilden, Frost, Matsch, Regen, Schneesturm, ist er relativ unempfindlich ...*"

"*ebenso sind dem sowjetischen Soldat* 'unberechenbares Verhalten", "Grausamkeit, Erbarmungslosigkeit *und* Haß" *offenbar angeboren.*

Liest man solche Volks- und Rassentheorien, die hier im vollkommenem Ernst und mit aller Wissenschaftlichkeit ausgebreitet werden, muß man sich an die Rassentheorie Hitlers und Himmlers erinnert fühlen. Hier wird bewußt das Feindbild eines Untermenschen aufgebaut, der auf Befehl haßt. Zu den 'negativen Eigenschaften' zählen so dann "Rassische Erbeigenart", und der "Mangel an Selbständigkeit, Initiative und schöpferischem Handeln". Gleichzeitig wird die Gefährlichkeit des so aufgebauten 'Feindes' beschwört: Der Sowjetische Soldat sei ein Meister des 'Tarnens', des 'Schanzens' (?) und der 'Kriegslist' (?).

Wenn auch solche 'wissenschaftliche' Ergüsse führender Offiziere nicht direkt an die Öffentlichkeit gerichtet sind, dienen sie doch zur Ausbildung der Offziere. In der Bundeswehr gibt es kaum einen Offizier, der die 'Truppenpraxis, Führung, Technik und Ausbildung für den Offizier der Bundeswehr' nicht liest. Sie wird kostenlos an die Offiziere verteilt und ist eine offiziöse Zeitschrift des Verteidigungsministeriums. Man kann sich also ein Bild machen von der Geisteshaltung vieler Offiziere der Bundeswehr.

-ws-

Krankheit im Manöver gibt es nicht

Krankheit bestimmt sich nach Diensterfordernissen und nicht nach den Krankheitsursachen

Über die medizinische Versorgung der Soldaten in der Bundeswehr ist schon viel geschrieben worden. Kürzlich hatte ich einen interessanten Beweis dafür, daß die Bundeswehrärzte die Kameraden nicht aufgrund ihrer Krankheitssymptome behandeln, sondern nur nach den dienstlichen Erfordernissen und den Weisungen der Offiziere der einzelnen Einheiten.

Am 20. November fuhr die 4. PzGrenBtl 23 aus Braunschweig zum Truppenübungsplatz Bergen-Hohne. Bis zum 26. November sollte die Kompanie dort in einem Barackenlager untergebracht werden und ab 27. November an einer bis zum 30. November dauernden Divisionsgefechtsübung teilnehmen. Der größte Teil der Kompanie, d.h. die Panzerbesatzungen, fahren mit der Bahn. Ein kleiner Rest fuhr mit einer LKW-Kolonne. Zu solch einer BW-Kolonne gehören auch Kradmelder. Einer dieser Kradmelder war schon vor dem Truppenübungsplatzaufenthalt mit einer Mandelentzündung zum Stabsarzt gegangen.

Da BW-Ärzte unmittelbar vor Manövern nur sehr ungern Soldaten krank schreiben, wurde der Kamerad von keinem Dienst befreit, nicht einmal vom Kradfahren!

Als der Soldat in Bergen-Hohne ankam, konnte er nur noch mit Mühe sprechen, so heiser war er (von Braunschweig bis Bergen-Hohne sind es etwa 100 km!). Daraufhin ging er am folgenden Tag wieder zum Arzt. Er wurde wiederum nicht krankgeschrieben. Der Stabsarzt führte sogar die Heiserkeit des Kameraden auf zu großen Alkoholgenuß zurück!

Da am Wochenende eine 24-stündige Brigadeübung stattfinden sollte und der Gesundheitszustand des Kradmelders sich nicht gebessert hatte, meldete er sich am Sonnabend erneut krank.

Obwohl der Arzt seine Heiserkeit wiederum auf Alkoholgenuß zurückführte, hatte er diesmal ein Einsehen und schrieb ihn bis Dienstag "innendienstkrank", d.h. er wurde von allen Diensten im Freien befreit. Am Abend dieses Tages sowie am folgenden Abend wurde dieser Soldat zusammen mit anderen "Innendienstkranke" zur Wache (= Außendienst) eingesetzt.

Da dies dem Gesundheitszustand des Soldaten nicht gerade förderlich war, erschien er am Dienstag wieder beim Arzt. Diesmal wurde der Kradmelder für die Dauer der Übung vom Kradfahren befreit.

Der Kamerad meldete dies dem Kompaniefeldwebel, worauf dieser sofort zum Stabsarzt ging.

Eine viertel Stunde (!) später änderte der Stabsarzt sein Urteil – ohne den Kameraden noch einmal zu untersuchen – und schrieb ihn gesund!

Als der Kompaniefeldwebel dies dem Kradmelder mitteilte, beschimpfte er ihn sogar noch, daß er sich ja nur vor der Übung drücken wollte!

Übrigens, vor der Übung ging ein Offizier, der Zugführer in dieser Kompanie ist, zum Arzt. Er war bei der Geländeausbildung gestolpert und hatte sich das Knie verletzt, konnte aber noch sichtbar gut gehen.

Der Stabsarzt hat ihn sofort "Heimkrank" geschrieben, d. h. er darf bis zur völligen Genesung zu Hause bleiben.

U.S. Braunschweig

Der Generalstreik in Italien

In Italien hat am 4. Dezember ein Generalstreik stattgefunden, an dem rund 90 % aller Arbeiter und Angestellten teilgenommen haben. Aus anderen Meldungen geht hervor, daß 14 Millionen an diesem Tage im Streik gestanden haben und viele von ihnen sich an den regionalen Demonstrationen beteiligten.

Die italienische Arbeiterklasse fordert Lohnerhöhungen und Sicherheit der Arbeitsplätze. Die Arbeitslosenzahl ist auf über 700 000 angestiegen, und die Inflationsrate liegt bei 20 %. Das Lebensniveau der italienischen Arbeiterklasse verschlechtert sich rapide; dagegen haben die Arbeiter den Kampf aufgenommen. Sie tun das jedoch derzeit noch unter einer Führung, die diesem Kampf jede Schlagkraft nimmt, die ihm in Wirklichkeit schadet. Denn die KPI, die die Führung der Kämpfe der Arbeiterklasse ausübt, führt die Arbeiter nicht nur nicht konsequent gegen den Klassengegner und gegen den bürgerlichen Staat, sondern sie benutzt die Arbeitermassen für ihre eigenen Ziele. Das Ziel dieser Revisionisten aber ist nicht die Ausübung der Macht durch die Arbeiterklasse und das Volk, sondern diese Revisionisten wollen die Große Koalition, sie wollen in die Regierung. Zusammen mit den Christdemokraten wollen sie sich die Macht teilen und den bürgerlichen Staat regieren. Sie bezeichnen das als den "historischen Kompromiß" der beiden "historischen Kräfte" Italiens, des "Katholizismus und der Arbeiterbewegung". Diese Zusammenarbeit mit den Christdemokraten führen sie übrigens im Parlament bereits seit langem durch. Die Süddeutsche Zeitung berichtete in der vergangenen Woche, daß über 60 % aller Gesetze, die im Parlament in den letzten Jahren verabschiedet worden sind, vorher zwischen den Christdemokraten und der KPI ausgehandelt und beschlossen worden sind. Diese insgeheim hinter den Kulissen seit Jahren stattfindende Zusammenarbeit mit den Christdemokraten will die KPI offen im Parlament und in der Regierung machen. Um das zu erreichen, um ihrem parlamentarischen Ziel ein Stück näher zu kommen, deshalb will die KPI die Arbeitermassen auf die Straße bringen – zum Vorzeigen. Doch zum Vorzeigen für die Ziele der Revisionisten sind nicht 14 Millionen auf die Straße gegangen. 14 Millionen gegen den Kapitalismus, das paßt nicht unter die revisionistische Friedensglocke.

g.j.

Was bedeutet der Machtwechsel in Äthiopien?

Die sogenannte "schleichende Entmachtung" des Kaisers Haile Selassie, die Machtübernahme durch Militärs unter General Aman Andom und kurz darauf dessen Erschießung haben die Aufmerksamkeit auf Äthiopien gelenkt. Allerdings sind die internen Machtkämpfe im "Provisorischen Militärrat" und die allgemeine Situation im Land schwer durchschaubar. Da Äthiopien aber von erheblicher Bedeutung für den Imperialismus und die revolutionären Völker in Afrika und im Nahen Osten ist, muß man die eingetretenen Veränderungen genau analysieren.

Äthiopien ist das ärmste Land Afrikas: Für eine Bevölkerung von 25 Millionen stehen ganze 336 Ärzte zur Verfügung. 50 bis 60 % der neugeborenen Kinder sterben vor dem zweiten Lebensjahr. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 35 Jahren. Die Analphabetenrate beträgt 95 %, nur 5 % aller Schulfähigen können eingeschult werden. Der Stundenlohn eines Arbeiters beträgt etwa 12 Pfennig.

Die Ursache für das Leid der Volksmassen lag in den feudalen Verhältnissen. 5 % der Bevölkerung besaßen das gesamte Land, 90 % der Bevölkerung waren praktisch leibeigene Bauern, die mehr als zwei Drittel ihrer mageren Ernten an die Grundbesitzerklasse abliefern mußten. Die Grundbesitzer, das waren der Kaiser selbst, die koptische Kirche, der Adel, die Herzöge und Hofschranzen, die sich als Parasiten an den Bauern mästeten. Da die feudale Klasse alle Erzeugnisse des Landes für ihren Luxus verkonsumierte, verfiel die Landwirtschaft. Nach einer UNO-Studie ist Äthiopien nach Klima und Bodenbeschaffenheit in der Lage, ganz Afrika zu ernähren. Tatsächlich aber verhungerten Hunderttausende von Bauern in den letzten Jahren.

Auch die Hauptstadt Addis Abeba spiegelt die Verkommenheit wider: Von knapp einer Million Einwohner sind Hunderttausend gezwungen von der Prostitution zu leben.

Kaiser, Kirche und Adel aber verscheuerten die wenigen eingetriebenen landwirtschaftlichen Produkte ins Ausland. Im Fernsehen präsentierten die Militärs einen Brief, in dem ein Schweizer Bankier seinen kaiserlichen Kunden bittet, "von weiteren Goldlieferungen abzusehen, weil wir gegenwärtig nicht über ausreichend Lagerraum verfügen." (Frankfurter Rundschau vom 3. Oktober 1974)

Der Feudalismus erstickte so auch die kümmerliche kapitalistische Entwicklung des Landes. Die Bauern waren an das Land gefesselt und konnten nicht als Arbeitskräfte für eine Industrie genutzt werden. Die wenigen Unternehmen, wie die Busgesellschaft in Addis Abeba, benutzte der Kaiser als Privatpfründe.

So entwickelte sich das Bündnis der Offiziere mit der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie, zu schwach, um den Aufstand zu organisieren, fand bei den Militärs Gehör, weil diese selber unterbezahlt, in verkommenen Kasernen untergebracht und von korrupten Adligen geführt, seit Jahren unzufrieden mit dem System waren.

Die "schleichende Revolution", die sie in Gang setzten, jedoch war keineswegs auf die Befreiung des Volkes aus, sondern auf den Kompromiß mit den Feudalherren. Das Ziel war ein sanfter Übergang zu einer kapitalistischen Entwicklung, ohne die Volksmassen mit einzubeziehen. In einem Interview mit dem Stern erklärte der Oberst Tessema, Mitglied des Militärrates, diesen Versuch: "... *Wir haben dem Kaiser angeboten, sich an die Spitze unserer Bewegung zu setzen – er wollte nicht. Wir haben ihn an den Schah von Persien erinnert, der selber eine "Revolution von Oben" machte, als sein Thron und sein Land durch eine Revolution von unten gefährdet waren – der alte Mann ließ nicht mit sich reden. Wir haben ihn beschworen, als Geste des guten Willens wenigstens einen kleinen Teil seines riesigen Landbesitzes an die Armen zu geben – er lehnte ab. Wir haben ihn gebeten, ein paar seiner Paläste an das Volk zu verschenken, damit Schulen daraus gemacht werden können, die wir dringend brauchen – er blieb stur. O.K., nun werden wir ihm nehmen, was er nicht geben wollte. Wir wissen Sachen über ihn, die ungeheuerlich sind. Aber die Krone als Symbol unserer staatlichen Einheit soll erhalten bleiben.*

Stern: "*Was ist das Hauptziel Ihrer Revolution?*

Tessema: "*Die Zerschlagung des feudalistischen Systems...*" (Stern Nr. 39/74)

Die Volksbewegung

Unter dem Druck der Hungerkatastrophe und der wachsenden kaiserlichen Korruption hatte die Empörung der Volksmassen seit Anfang dieses Jahres rasch zugenommen. Hungernde Bauern zogen in die Hauptstadt und demonstrierten. Bewaffnete Landbesetzungen griffen überall um sich. Die Studenten organisierten sich und agitierten in der Hauptstadt. Und zum ersten Mal griff auch die Arbeiterklasse in die Auseinandersetzung mittels ihrer Gewerkschaft ein.

Die Hoffnungen, die die Volksmassen in die Militärs setzten, zerbrachen allerdings, als die militärische Führung Demonstrationen niederknüppeln ließ und den von der Gewerkschaft geplanten Generalstreik zerschlug. Gleichzeitig aber versicherten sie den bürgerlichen Kräften eifrig, daß sie keinesfalls private Industrie- und Handelsunternehmen verstaatlichen würden (Frankfurter Rundschau vom 5. September).

Die Volksbewegung ist noch viel zu schwach, um sich über die Armee hinwegzusetzen. Es existiert keine einheitliche Front des Volkes, und die Aktionen des Volkes sind noch zersplittert.

Nur in Eritrea ist das anders. In Eritrea, das Haile Selassie erst 1962 zur Provinz degradierte, sind die äthiopischen Besatzungstruppen auf die großen Städte zurückgeworfen. Die Massen auf dem Land haben ausgedehnte befreite Gebiete errichtet unter Führung zweier Befreiungsorganisationen: der "Eritreischen Befreiungsfront" (ELF), die die national-bürgerlichen Kräfte gesammelt hat, und der "Volksbefreiungskräfte" (PLF), in deren Reihen sich die Marxisten-Leninisten zur "Avantgarde-Partei" zusammengeschlossen haben. In den befreiten Gebieten sind Organe der Volksmacht errichtet worden und wird bereits mit dem Aufbau des Landes begonnen. In den noch besetzten Städten reißen Streiks und Demonstrationen nicht ab. Innerhalb einer Woche haben sich dort 1 800 Schüler und Studenten in die Rekrutierungslisten der ELF und PLF eingetragen (Frankfurter Rundschau vom 3. Dezember). Schon Ende August 1974 berichtete der Korrespondent der New York Times aus der eritreischen Hauptstadt Asmara: "*Die Guerillas sind rings um uns herum und haben auch Asmara infiltriert. Wenn die Militärbewegung es jetzt nicht schafft, die Rebellen zu versöhnen, werden sie einfach recht bald in Asmara einmarschieren und es übernehmen.*" (International Herald Tribune vom 28. August)

Auf Massenversammlungen fordern die Volksmassen die Einheit von ELF und PLF. Zumindest die PLF tritt ebenfalls für den Zusammenschluß ein. Die Eritreer, die zur Emigration gezwungen waren, sammeln sich und bereiten sich auf die Rückkehr vor.

Gegenüber dieser wachsenden Einheit des eritreischen Volkes zerfiel die Besatzungsarmee, die II. Division, immer mehr. Ganze Truppenteile haben mehrfach für die Befreiungsorganisation Partei ergriffen. (Frankfurter Rundschau vom 3. Dezember)

Der Versuch des damaligen Regierungschefs, General Andom in dieser Situation Verhandlungen aufzunehmen, wurde jedoch offensichtlich von der Mehrheit der Militärführer abgelehnt. Andom wurde hingerichtet. Der Militärrat bestimmte den Kommandeur der II. Division, General Teferi Benti, zu seinem neuen Vorsitzenden. Dieser sah sich sogleich gezwungen, die I. Division nach Eritrea zu verlegen, um eine sich anbahnende Aktionseinheit seiner eigenen, demoralisierten II. Division mit den Befreiungsfronten zuvorzukommen und die Besetzung Eritreas aufrechtzuerhalten.

Gleichzeitig jedoch begann die III. Division, vorher von Andom befehligt, zu meutern. Von einer Staffel Heeresflieger, die die Meuterer einschüchtern sollten, wurden "nach dem Bericht eines westdeutschen Entwicklungshelfers" (Frankfurter Rundschau vom 3. Dezember) zwei Maschinen abgeschossen. Die meuternde III. Division hat den Auftrag, die Grenze Äthiopiens zu Somalia zu bewachen und die somalische Nation, die neben der Republik Somalia auch den gesamten Osten Äthiopiens (ein Drittel der Landesfläche) besiedelt, zu unterdrücken. Auch hier kommt es jetzt häufiger zu Zusammenstößen zwischen der somalischen Nationalbewegung und der Armee.

Schließlich kommt ein weiteres Element hinzu: Der ehemalige Gouverneur der Provinz Tigre, Herzog Mengesha Seyoum, ist dabei, eine "Volksbefreiungsarmee" aufzustellen, die die Sezession der von der Tigrinja-Nationalität besiedelten Provinz erkämpfen soll. So dubios die "Befreiungsbewegung" unter Führung eines Kaiser-Verwandten auch sein mag – sie kommt wiederum der eritreischen Revolution zugute, der Tigre riegelt den Landzugang zu Eritrea ab!

Wie sind diese verschiedenen Sezessionsbewegungen einzuschätzen?

Äthiopien ist ein zusammengeraubtes Reich und ein Völkergefängnis!

Etwa nur ein Viertel des Reiches bildet das Kernland, das Gebiet der Amharen. Etwa zur gleichen Zeit, wie sich Italiener, Briten und Franzosen an den Küsten festsetzten und aus Somaliland und Eritrea Kolonien machten, unterwarfen die amharischen Armeen die Völker im Inland. Um die Jahrhundertwende erst erreichte das Reich seine heutigen Grenzen. Eritrea schließlich war lange Zeit italienische Kolonie, bis es nach Mussolinis Niederlage britisches Mandatsgebiet wurde und schließlich 1952 von den USA per UNO-Beschluß als autonomer Staat Äthiopien zugeschanzt wurde. Stück für Stück höhlte Haile Selassie die Autonomie Eritreas aus, bis es 1962 als Provinz annektiert wurde. Seit diesem Zeitpunkt kämpft das eritreische Volk gegen die Annektionisten, und es ist heute so stark, daß es die Anerkennung der Unabhängigkeit zur Voraussetzung für Verhandlungen mit dem Regime in Addis Abeba machen kann.

Aber auch abgesehen von Eritrea bilden die von den Amharen unterworfenen Völker Äthiopiens etwa 60 % der Bevölkerung. Die größte Gruppe bilden die Gallas, zahlenmäßig etwa ebenso stark wie die Amharen. Das Land, das sie bebauen, gehört ihnen nicht.

Große Gruppen bilden die Somalis und die Dankalis, beides bewaffnete Hirtenvölker, die sich seit ihrer Eingliederung in das Reich gegen die Steuereintreiber des Kaisers zur Wehr setzten.

Die Raub- und Eroberungszüge, die die Amharen damals führten, hinterließen ihre Spuren bis heute. So leben im amharischen Gebiet etwa zwei Millionen "Shankallas", Sklaven, die in diesen Kriegen aus ihren Heimatländern auf die Latifundien der Grundherren verschleppt wurden. Zwar ließ Haile Selassie 1944 die Sklaven "befreien", aber diese tauschten des Schicksal des Sklaven gegen das des Leibeigenen ein.

Der gesamte Adel, die Kirche, praktisch alle Offiziere und die größeren Unternehmer sind Amharen. Alle anderen Nationalitäten hatten praktisch keine Rechte, das Land gehörte ihnen nicht, aber weil sie Leibeigene der Feudalherren waren, durften sie das Land auch nicht verlassen. Natürlich war auch der amharische Bauer Leibeigener. Aber sie bewirtschaften noch heute die fruchtbarsten und regenreichsten Ländereien. Die amharische Sprache und Kultur war die herrschende.

Aus dieser Situation ergibt sich:

1. An der Stellung zur nationalen Frage muß man das neue Regime messen. Wird die nationale Unterdrückung der Mehrheit der Bevölkerung nicht aufgehoben, so bleibt Äthiopien ein Völkergefängnis. Nach der Erschießung Andoms erklärte der Militärrat, er sei entschlossen, "die Einheit des Reiches mit Feuer und Schwert zu bewahren". (Frankfurter Rundschau vom 3. Dezember) Die Verlegung der I. Division nach Eritrea zeigt dies deutlich.

2. Wenn aber das Militärregime der nationalen Frage negativ gegenübersteht, wird es auch die Landfrage nicht lösen können. Denn Landreform hieße, daß amharische Grundbesitzer enteignet würden und Angehörige unterdrückter Minderheiten Land erhielten. Genau darauf aber, daß die nicht-amharischen Nationalitäten landlos und dem amharischen Adel hörig waren, beruhte der Zusammenhalt des Reiches. Die Landfrage läßt sich nicht lösen ohne die nationale Frage! Eine Nation wie die amharische, die andere unterdrückt, kann selber nicht frei werden!

3. Das neue Regime muß man schließlich messen an seiner Haltung zum US-Imperialismus. 50% der US-"Militärhilfe" für Afrika gingen bisher an Äthiopien. Noch im August, als das Militär bereits die Macht innehatte, lieferten die USA schwere Waffen.

Im eritreischen Hochland unterhalten die USA die "Kagnew-Station", die fünfgrößte Luftüberwachungsbasis der USA in der ganzen Welt. Auf den Inseln vor der Küste Eritreas haben sich israelische Truppen eingenistet. Die USA haben zwar mit dem Entzug ihrer Wirtschaftshilfe gedroht, weil einige amerikanische "Entwicklungshelfer" als CIA-Agenten verhaftet wurden. Ob das neue Regime wirklich gegen den US-Imperialismus vorgehen wird, muß sich jedoch daran zeigen, wie es die wirklich dicken Brocken behandelt. Daß der Militärrat neue Truppen nach Eritrea warf – dem Knotenpunkt der US-Stützpunktkette in dieser Region – deutet nicht darauf hin, daß dieses Regime sich gegen den Imperialismus stellen wird.

Gemessen an diesen drei Fragen sieht es nicht so aus, daß das Militärregime einen Fortschritt für die Völker von Äthiop und das eritreische Volk bedeutet. Es sieht vielmehr so aus, als sei die Unterdrückung durch Thron und Kanzel der Unterdrückung durch die nackte Macht der Bajonette gewichen.

H.B., Hamburg

Bombenflug für die ARD

Für das ARD-Auslandsbüro Hongkong (W.Scharlau) veranstaltet die US-Lon-Nol-Luftwaffe Massaker in Kambodscha

Seit dem Februar 1973, dem ersten Monat nach Unterzeichnung des Pariser Abkommens, vergeht kaum eine Woche, in der nicht das westdeutsche Fernsehen (vor allem in der ARD) sogenannte Hintergrundnachrichten aus Vietnam und Indochina zum Besten gibt, deren Inhalt haarsträubend ist. Das jüngste Beispiel eines Journalismus, der sich zum Komplizen der fortgesetzten Aggression und des Verbrechens der amerikanischen Imperialisten in Indochina macht, lieferte die Sendung "Kompaß" des Bayrischen Rundfunks mit einem Beitrag aus Kambodscha.

Dieser Beitrag wurde von dem ARD-Auslandsbüro Hongkong und seinem verantwortlichen Redakteur Winfried Scharlau geliefert. In dem Film wird das Hohelied auf die Piratenluftwaffe von Phnom Penh gesungen. Es wird u. a. gezeigt, wie Flugzeuge des Lon-Nol-Regimes (die bekanntlich von den USA geliefert und von US-Offizieren eingesetzt werden) einen Einsatz über einem Gebiet nahe der Grenze zu Nordvietnam durchführen. Bei verhangenem Himmel werden, wie uns Dokumentator Scharlau belehrt, Napalm-Bomben über nicht identifizierten Zielen (!) abgeworfen. Damit, so Scharlau, sei die hohe und bewunderungswürdige Schlagkraft der Verwaltung von Phnom Penh unter Beweis gestellt. Kein Wort der Verurteilung, kein Wort der Kritik an diesen Verbrechen.

Aber damit nicht genug. Wie das 'Initiativkomitee zur Stärkung des vietnamesischen Film- und Fernsehwesens (Köln)' auf einer Solidaritätsveranstaltung vom 1.12. mitteilte, förderten gezielte Nachforschungen noch mehr zu Tage, als man bei der Ausstrahlung sehen und hören konnte. Der Sprecher des Komitees: *"Demnach hat der ARD-Redakteur Winfried Scharlau in der ersten September-Woche 1974 in Phonm Penh nachgefragt, ob ihm die Begleitung eines Bombeneinsatzes gegen das Territorialgebiet der Königlichen Regierung Kambodschas ermöglicht werden könne. Die Verwaltung in Phnom Penh hat nach dieser Anfrage einen Flug am 9.September 1974 angesetzt und ein beliebiges Ziel zu Demonstrationszwecken freigegeben. Ohne Scharlau, aber auf dessen Anweisung mit dem Kameramann der ARD, star-*

mit dem Kameramann der ARD, star-

tete das fragliche Flugzeug und entlud irgendwo in der Provinz Dum Treng seine tödliche Last. Die Königliche Regierung Kambodschas (GRUNK) hat uns auf Anfrage mitgeteilt, daß dieser Einsatz im Zeitraum des 9.September 1974 mehrere Menschenleben kostete und Sachschäden durch Napalmbrände in nicht feststellbarer Höhe verursachte.

Das ist die grausame Brutalität eines Journalismus, der sich wegen seiner vordergründigen Unparteilichkeit in die Brust wirft, aber in Wirklichkeit so weit geht, in blindem Antikommunismus zum Komplizen von Mördern und Verbrechern werden."

Unter großem Beifall kündigte das Komitee rechtliche Schritte an, um an Hand des Staatsvertrages der Öffentlich-rechtlichen Anstalten nachzuweisen, daß gewisse ARD- und ZDF-Auslandsberichte unter das Verbot militaristischer und völkerverhetzender Nachrichten fallen, und forderte, daß die hierfür Verantwortlichen unter Anklage zu stellen sind. Da es nicht genügt, auf Gerichte zu vertrauen, rief der Sprecher des Komitees alle Menschen innerhalb und außerhalb der Fernsehanstalten zu aktivem Protest gegen den verbrecherischen Journalismus von der Art eines Winfried Scharlau auf. Wir schließen uns dem an und appellieren an alle Interessierten in den Fernseh- und Rundfunkanstalten, die Arbeit des 'Initiativkomitees zur Stärkung des vietnamesischen Film- und Fernsehwesens' (Kontaktadresse: Köln, Siebengebirgsallee 77) zu unterstützen, sowie durch Resolutionen oder Leserbriefe die Einstellung derartiger Berichterstattung zu fordern.

Indochina-Komitee Heidelberg
G.F.

G.F.

Der Aufbau in den befreiten Gebieten schreitet auf allen Gebieten sowohl in Südvietnam als auch in Kambodscha rasch voran. Das Bild zeigt das Einbringen der Ernte. Zugleich wird gemeldet, daß in Quang Tri, der nördlichsten befreiten Provinz von Südvietnam, 37.000 Schüler neu eingeschult werden konnten.

Interview mit Le Duc Tho

"Der einzige Weg, das Vietnam-Problem friedlich zu lösen"

(Auszugsweise Übersetzung aus der Zeitschrift "Focal Point")

Im folgenden drucken wir auszugsweise ein Interview mit Le Duc Tho ab, dem Beauftragten der Demokratischen Republik Vietnam (DRV), der 1973 mit dem US-Außenminister Kissinger das Pariser Vietnam-Abkommen ausgehandelt hat. Dieses Interview wurde Anfang des Monats in der Zeitschrift "Focal Point" veröffentlicht. Das ist die Zeitschrift der amerikanischen Antikriegsbewegung. Le Duc Tho nimmt Stellung zur aktuellen Entwicklung in Südvietnam und zur Frage des Pariser Abkommens. Die Übersetzung besorgte das Indochina-Komitee Heidelberg.

"Der gegenwärtige Kampf der südvietnamesischen Bevölkerung in den Städten wird von Menschen aus allen sozialen Schichten geführt: Arbeiter, Jugend, Intelligenz, religiöse Menschen, Mitglieder der Opposition, Mitglieder des südvietnamesischen Parlaments.

Sie bilden eine Front, um die demokratischen Freiheiten, bessere Lebensbedingungen in Südvietnam, Frieden und die ernsthafte Einhaltung des Pariser Abkommens zu fordern. Sie haben eine sehr legitime Forderung aufgestellt, nämlich den Sturz von Nguyen Van Thieu und seiner Gruppe und die Bildung einer Verwaltung, die für Frieden, nationale Eintracht und die ernsthafte Einhaltung des Pariser Abkommens eintritt.

Die Anstrengungen der Nguyen Van Thieu-Verwaltung, angestiftet vom CIA, einige ihrer Agenten in die Volksbewegung in Südvietnam zu schicken, um diese zu untergraben, von ihrem Ziel abzubringen und diese Bewegung auf ihre eigenen Mühlen umzulenken, blieben jedoch erfolglos. Die südvietnamesische Bevölkerung ist entschlossen, Nguyen Van Thieu und seine Bande zu stürzen.

Durch diesen Kampf der südvietnamesischen Bevölkerung werden die USA früher oder später gezwungen sein, Nguyen Van Thieu auszuwechseln. Die USA wollen Nguyen Van Thieu und seinen Anhang nicht auswechseln, aber die südvietnamesische Bevölkerung wird ihn stürzen.

Heute gibt es nur zwei Möglichkeiten für Südvietnam.

Die erste ist, daß die USA und die Saigoner Verwaltung den Krieg und den Bruch des Abkommens weiterhin fortsetzen.

Die zweite ist, daß die USA und die Saigoner Verwaltung das Abkommen strikt einhalten. Sie müssen einen dieser Wege wählen. Wählen sie den ersten, dann wird die südvietnamesische Bevölkerung weiterkämpfen und wird sicherlich siegen. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben dies gezeigt. Im zweiten Falle werden die DRV und die PRR (Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams) wie in der Vergangenheit das Pariser Abkommen respektieren und strikt einhalten.

Solange die Nguyen Van Thieu-Verwaltung an der Macht bleibt, gibt es keine Hoffnung, daß diese Verwaltung das Pariser Abkommen korrekt einhält. Deshalb fordert die südvietnamesische Bevölkerung nicht einen Wechsel der Person Nguyen Van Thieus, sondern den Wechsel der Politik in Südvietnam durch die USA und durch die Saigoner Verwaltung. Deshalb sagen wir, daß die USA Nguyen Van Thieu und ihre Politik in Südvietnam wechseln sollen, damit in Südvietnam eine Verwaltung gebildet wird, die für Frieden, nationale Eintracht, Versöhnung und strikte Einhaltung des Pariser Abkommens eintritt.

Das ist der einzige Weg, um das Vietnam-Problem friedlich zu lösen."

18.Oktober 1974

Argentinien: Terror gegen das Volk

Die UdSSR und Kambodscha

Die GRUNK wird mit Lon-Nol nicht verhandeln (KVZ Nr.27)

In diesem Artikel wurde dargestellt, warum in der UNO-Vollversammlung die Resolution keine Mehrheit erhielt, die die Wiedereinsetzung der "Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha" (GRUNK) in ihre legitimen Rechte in der UNO und den Rauswurf der Lon-Nol-Clique forderte. Dabei wurde lediglich mitgeteilt, daß die Sowjetunion diese Resolution nicht unterstützt habe. Das ist aber von großer Bedeutung und entscheidend für das Abstimmungsverhalten einer Reihe von Ländern: Denn dadurch, daß die Sowjetunion diese Resolution nicht unterstützte, hat sie praktisch vor aller Welt gezeigt, daß sie an einem Erfolg der GRUNK nicht sonderlich interessiert ist und nach ihrer Auffassung die Lon-Nol-Clique in der UNO bleiben darf.

Dieses zwielichtige Verhalten gegenüber dem kambodschanischen Volk hat die Wirkung nicht verfehlt: Die sich im direkten Machtbereich der Sowjetunion befindlichen Staaten Osteuropas haben es ihr gleich getan. Und eine Reihe der Staaten der Dritten Welt haben dann für die von Großbritannien und Saudi-Arabien eingebrachte Resolution gestimmt, die von der Existenz zweier Regierungen in Kambodscha ausgeht. Genau davon geht auch die Sowjetunion aus, denn obwohl sie die GRUNK anerkannt hat, unterhält sie nach wie vor ihre diplomatische Mission in Phom Penh bei der Lon-Nol-Clique.

–g.j.–

Militärhilfe für Thieu

Wieviel kostet ein US-Panzer für die Thieu-Clique ?

Für das kommende Jahr will der amerikanische Kongreß die Militärhilfe für das Saigoner Regime auf 700 Mill. Dollar begrenzen (letztes Jahr 1,126 Milliarden Dollar).

Es wäre aber falsch, zu glauben, die Militärhilfe wird gesenkt und die Marionette Thieu von den US-Imperialisten fallengelassen, was den endgültigen Sieg der Befreiungsbewegung erleichtern würde. Es handelt sich um ein Täuschungsmanöver. Zu Hilfe kommt ihnen dabei die Gesetzgebung, in der dem Pentagon zugestanden wird, für Panzer, Kanonen, Munition usw. die Preise selbst festzulegen, dann nämlich, wenn diese Produkte in ausländischen Depots als "überschüssig" angesehen werden. Dies zu erreichen, ist nun wirklich keine Schwierigkeit. Man schickt z. B. einfach Panzer in eine ausländische Basis, läßt sie für "überschüssig" erklären und schon kann man einen fiktiven Preis festsetzen.

Durch solche Tricks ist es also leicht möglich, genausoviel und auch mehr Waffenmaterial an Thieu zu liefern wie 1973/74 trotz eines geringeren Budgets.

Bis Ende letzten Jahres hat das Pentagon die Möglichkeit gehabt, Waffen bis zu weniger als einem Drittel vom Einkaufspreis ermäßigt zu liefern. Und die gegenwärtigen Gesetze lassen noch mehr Möglichkeiten offen: Der Wert des Produkts kann selbst festgelegt werden und ist bereits auf 8,9 % vom Einkaufspreis gesunken!

Schon 1973/74 wurden diese Manöver angewandt, um so einen Teil der Hilfe an Saigon zu verbuchen. Die so verbuchten 35 Mill. Dollar stellen in Wirklichkeit eine Summe von 300 Mill. Dollar dar. Zwar läßt sich dieses Manöver nicht ins Uferlose treiben, immerhin aber gibt es dem Pentagon genügend Möglichkeiten, Thieu zu unterstützen, ohne die Karten offen legen zu müssen.

Wer die Differenz bei diesem Geschäft zahlt, ist klar, die amerikanische Arbeiterklasse und das Volk. Denn bezahlt wurden diese Waffen ehemals mit Steuergeldern zu harten Preisen an die Industrie.

(nach Le Monde vom 1.10.74

–sy, Mannheim

Argentinien: Terror gegen das Volk

Die Politik der argentinischen Regierung nähert sich mehr und mehr derjenigen der Militärdiktaturen

Die argentinische Regierung hat für das gesamte Land auf unbestimmte Zeit den Belagerungszustand verhängt, "um der Zunahme politischer Gewaltakte wirksamer begegnen zu können". Ab sofort kann sie "politische Gewalttäter" von Sondergerichten zum Tode verurteilen lassen. Sie hofft, daß diese Drohung ausreicht, um in Argentinien wieder "normale Verhältnisse" herzustellen.

Vorausgegangen ist dieser Maßnahme eine ungeheure Terrorwelle der faschistischen Todeskommandos der Argentinischen Antikommunistischen Allianz (AAA): Gezielte Mordanschläge gegen Mitglieder fortschrittlicher und revolutionärer Organisationen, gegen klassenbewußte Gewerkschaftler und politische Flüchtlinge aus Chile und Uruguay, Hunderte von Morddrohungen gegen bürgerliche Politiker, gegen Rechtsanwälte, Journalisten und Künstler, denen eine Frist von 10 Tagen gesetzt wurde, um von ihren Ämtern zurückzutreten bzw. das Land zu verlassen. Bombendrohungen gegen Schulen, so daß die Eltern kaum noch wagen, ihre Kinder zur Schule zu schicken.

Doch gegen den faschistischen Terror richtet sich die Verhängung des Belagerungszustandes nicht. Es ist ein offenes Geheimnis in Argentinien, wer hinter der faschistischen AAA steckt. Die Drahtzieher sitzen in der Regierung Isabel Perons selbst und im CIA. Zwei Uruguayer, Romero und Ribero, die einzigen, die bisher die Folterungen der AAA lebend überstanden und die jetzt in Schweden Asyl erhalten haben, berichten, die AAA sei eine "faschistische Gruppe, die sich hauptsächlich aus argentinischen Polizeibeamten zusammensetzt" und "von höchster Regierungsstelle aus geleitet werde" (Frankfurter Rundschau vom 5. November). Immer wieder wird Lopez Rega, der Sozialminister der Regierung, ehemaliger Privatsekretär Perons und engster Berater der amtierenden Staatschefin Isabel Peron, als verantwortlich für Aufbau und Führung der AAA genannt (siehe z.B. Stern Nr. 47 vom 14. November). Außerdem steckt der CIA dahinter: Schon im Frühjahr dieses Jahres wurden umfangreiche Waffenlieferungen des CIA an die AAA und andere faschistische Organisationen bekannt. Außerdem erhielt Argentinien Anfang 1974 einen neuen US-Botschafter: Robert Hill, ein bekannter Putschexperte, der bereits in mehreren Ländern auftauchte, kurz bevor Regierungen gestürzt und durch schrankenlos US-freundliche Regimes ersetzt wurden.

Der staatliche Terror begann mit Peron

Als Vorwand für ihre gegen das Volk gerichteten Maßnahmen benutzt die Regierung einige Aktionen der peronistischen Guerillaorganisationen "Montoneros" und der ERP (Revolutionäre Volksarmee). Die ERP hat in den letzten Wochen als Vergeltung für die Ermordung von sechzehn ihrer Genossen im August in Catamarca mehrere Offiziere der argentinischen Streitkräfte erschossen. Die Montoneros erklärten sich verantwortlich für den Tod des Polizeichefs Villar. Villar, ein berüchtigter Folterknecht der Militärdiktatur vor 1973, von Peron als "Antisubversionsspezialist" zum Polizeichef ernannt, wurde kürzlich mitsamt seiner Motorjacht in die Luft gejagt.

Nicht erst seit Perons Tod im Juli dieses Jahres nimmt der staatliche Terror zu. Seit Perons Rückkehr hatte sich gezeigt, daß seine Demagogie das Volk nicht mehr bei der Stange hielt. Seine Appelle an die werktätigen Massen, den Gürtel enger zu schnallen für den "nationalen Wiederaufbau", verfingen nicht mehr. Seit seinem Regierungsantritt im Oktober 1973 kam es fast täglich zu selbständigen Streiks für die Erhaltung des Reallohns und der betrieblichen Rechte. Regierung, Kapitalisten und die reaktionäre Gewerkschaftsbürokratie waren sich schon damals einig: Schlag auf Schlag wurden die Rechte des Volkes beschnitten, fortschrittliche Zeitungen verboten, der Unterdrückungsapparat erweitert. Bezahlte Killerbanden der Gewerkschaftsbürokratie organisierten Angriffe auf Parteilokale und Mitglieder fortschrittlicher und revolutionärer Organisationen.

Gleichzeitig versuchte die Regierung Perons nach außen hin den Bewegungsspielraum der argentinischen Kapitalisten zu vergrößern: verstärkte wirtschaftliche Beziehungen zur UdSSR, den RGW-Staaten und der EG sollten der starken Abhängigkeit von den USA entgegenwirken. Diese Politik wurde dem Volk gegenüber als "national" und "gegen den Imperialismus gerichtet" verkauft. Diese Manöver sicherten bis zu einem gewissen Grade die Bedingungen für das offene Arbeiten fortschrittlicher und revolutionärer Organisationen. Diese Manöver sind spätestens mit dem Tode Perons vorbei. Alle fortschrittlichen und revolutionären Organisationen können nur noch im Untergrund arbeiten. Die Gewerkschaften, die nicht unter dem Einfluß der korrupten zentralen Gewerkschaftsbürokratie stehen, wie die Druckergewerkschaft in Buenos Aires, die Metallarbeitergewerkschaft (SMATA) und die "Luz y Fuerza" in Cordoba sind ständig schärferen Angriffen ausgesetzt. Ihre klassenkämpferischen Führer wie Tosco, Salamanca und Ongaro wurden in den Untergrund gezwungen und werden ständig bedroht.

Mehr und mehr nähert sich die Politik der argentinischen Regierung derjenigen der reaktionären Militärdiktaturen auf dem lateinamerikanischen Subkontinent an. Diese Annäherung manifestiert sich z.B. auch in der politischen Unterstützung der chilenischen Militärjunta: Der argentinische Verteidigungsminister verkündete kürzlich, daß die Beziehungen Argentiniens zu Chile nicht besser sein könnten, während ein hoher argentinischer Offizier Juntachef Pinochet mit dem höchsten argentinischen Orden dekorierte. Gemeinsam mit den anderen reaktionären Regimes in Lateinamerika stimmte Argentinien im UN-Sozialausschuß gegen die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen in Chile.

Der Kampf, den die argentinische Arbeiterklasse gegenwärtig führt, reicht deshalb in seiner Bedeutung weit über Argentinien hinaus.

A.W.

3 Landrover für die ZANU!

Erfolgreiche Solidaritätsaktionen mit dem Volk von Zimbabwe – sie bringen phantasiereiche Initiativen hervor

Die Rundreise des Genossen R. Chiwara, Vertreter der ZANU (Zimbabwe African National Union) in der Bundesrepublik war ein großer Erfolg. Seine lebendigen, kämpferischen Beiträge, die die Entschlossenheit der ZANU und des Volkes von Zimbabwe, bis zur vollständigen Befreiung zu kämpfen, zum Ausdruck brachten, wurden von den Teilnehmern der Veranstaltungen in zehn Städten begeistert aufgenommen. Auch die Veranstaltungen in Hamburg und Bremen, an denen R. Chiwara nicht mehr teilnehmen konnte, waren sehr erfolgreich. In Hamburg konnte eine Grußadresse auf einer Tonbandaufnahme vorgetragen werden, in Bremen sprach er in Direktübertragung per Telefon an die Teilnehmer der Solidaritätsveranstaltung.

Dieser Erfolg schlägt sich auch im Ergebnis der Sammlungen auf den Veranstaltungen nieder. Insgesamt kamen 25 000 DM bis zum Zeitpunkt der Veranstaltungen in den jeweiligen Städten zusammen, so daß jetzt etwa 65 000 DM für die Landrover gesammelt wurden.

In Mannheim und Bremen wurden Lieder zum Kampf des Volkes von Zimbabwe geschrieben, in Frankfurt führte die Agit-Prop-Gruppe der Ortsgruppe des KBW ein Stück auf, das die gemeinsamen Interessen der deutschen und afrikanischen Arbeiter am Sturz ihrer Ausbeuter zum Ausdruck brachte. Die Mannheimer Sektion Schulkampf der Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe stellte dar, wie in deutschen Schulbüchern die imperialistische Propaganda und rassistische Hetze über die Völker Afrikas verbreitet werden. In mehreren Städten verkauften Schüler selbstgebackenen Kuchen für die ZANU an der Schule, nachdem die Schulleitung eine direkte Geldsammlung verboten hatte. In Hildesheim wurden Weihnachtsplätzchen in

Teilnehmerzahl und Sammlungsergebnis auf den Veranstaltungen:
Mannheim: 300 Personen, 2 300 DM / Trier: 120 Personen, 360 DM / Frankfurt: 800 Personen, 4 700 DM / Westberlin: 600 Personen, 2 465 DM / Bochum: 120 Personen, 770 DM / Dortmund: 150 Personen, 700 DM / Herne: 100 Personen, 650 DM / Göttingen: 450 Personen, 1 800 DM / Hildesheim: 130 Personen, 790 DM / Kiel: 250 Personen, 1 155 DM / Hamburg: 250 Personen, 3 100 DM / Bremen: 650 Personen, 4 000 DM.

Landroverform gebacken und verkauft, in mehreren Städten wurden Landrover aus Pappe als Spendenbüchsen gebastelt. In Worms wurden Linolschnitte und Gipsplastiken zum Kampf des Volkes von Zimbabwe angefertigt und Abdrucke davon verkauft. Bazare wurden organisiert. In Hamburg und in Bremen wurde zur Gründung eines Afrika-Komitees aufgerufen.

Alle diese Beispiele zeigen, daß, wo die Aktion politisch bewußt angepackt wurde, vielfache Formen gefunden wurde, um sich an möglichst viele Menschen um Unterstützung zu wenden.

Diesen Erfolg konnten auch die Sabotageversuche der Behörden in der Bundesrepublik nicht verhindern. In fast allen Städten wurden von der Verwaltung Räume in der Stadt verweigert. Nur in Göttingen gelang es, durch einen Gerichtsbeschluß die Freigabe einer Festhalle zu erzwingen. Die Presse boykottierte überall die Berichterstattung über die Veranstaltungen mit R. Chiwara über den gerechten Kampf des Volkes von Zimbabwe. In Dortmund weigerte sie sich sogar, bezahlte Ankündigungen für die Veranstaltung aufzunehmen. Zu Beginn der Aktion haben viele Genossen Bedenken gehabt, ob es uns gelingen wird, die Mittel für die Bereitstellung von zwei Landrovern zusammenzubekommen. Zu wenig Informationen über den Kampf in Zimbabwe und die ZANU würde es geben. Aber der Verlauf der Aktion hat gezeigt, daß Erfolg oder nicht Erfolg nicht davon abhängt, sondern davon, ob man sich auf die Massen stützt und Initiativen entfaltet. Die Veranstaltungen haben gezeigt, daß viele Menschen genügend wissen, um zu erkennen, daß der Kampf des Volkes von Zimbabwe eine gerechte Sache und notwendig ist. Sie wissen, daß die Ausbeuterherrschaft des weißen Rassistenregimes und des Imperialismus nicht am Konferenztisch, sondern nur durch den konsequenten bewaffneten Kampf zu brechen ist und sie sind bereit, diejenigen zu unterstützen, die dazu entschlossen sind. H.L.

Übereinkunft der Zimbabwe Befreiungsbewegungen

"In einer gemeinsamen Erklärung kamen am 8.12.74 die Befreiungsbewegungen Zimbabwe African National Union (ZANU), geführt durch Ndabaningi Sithole, Zimbabwe African Peoples Union (ZAPU), geführt von Joshua Nkomo, Front for the Liberation of Zimbabwe (FROLIZI), geführt von James Robert Chikerema und African National Congress (ANC), geführt durch Bischof Abel Muzorewa überein, sich zu vereinigen und eine neue Führung zu bilden in einem konsolidierten Afrikanischen Nationalrat. Auf Grundlage dieser Übereinkunft wird innerhalb von vier Monaten der Volkskongreß abgehalten, um die ANC-Verfassung neu zu bestimmen und den ANC-Exekutivrat um Mitglieder der Befreiungsbewegungen ZANU, ZAPU und FROLIZI zu erweitern.
In der Übereinkunft anerkannten die vier Führer die Unvermeidbarkeit der Fortsetzung des bewaffneten Kampfes und aller anderen Kampfformen bis zur vollständigen Befreiung Zimbabwes.
Während der bevorstehenden Regenzeit, die die kommenden vier Monate dauert, wird der Guerilla-Krieg im ganzen Land verstärkt werden. Bis zum Zeitpunkt des Zimbabwe-Volkskongresses innerhalb der nächsten vier Monate, wo die neue Führung gewählt werden wird, wird Bischof Muzorewa als Vorsitzender des rekonstituierten ANC fungieren. Der erweiterte ANC wird alle weiteren Konferenzen vorbereiten, bei denen es um die Übertragung der Macht an die Mehrheit geht."
(Telex vom Lusaka-Befreiungszentrum, gerichtet an Zimbabwe-Studien in der DDR)

Rex Chiwara, mit dem nebenstehendes Interview gemacht wurde, auf einer der Solidaritätsveranstaltungen.

Interview mit Rex Chiwara, dem Vertreter der ZANU in Westeuropa

Was an den Verhandlungen mit dem rhodesischen Siedlerregime dran ist

Das folgende Interview führten wir am 8. Dezember mit dem Genossen Rex Chiwara durch. Er konnte an den letzten beiden Veranstaltungen in Hamburg und Bremen nicht mehr teilnehmen, weil er wegen der Entwicklung in Zimbabwe nach London zurückgerufen wurde. Er war zu Gesprächen mit dem britischen Parlament aufgefordert worden und mußte an einer Fernsehsendung zusammen mit britischen Parlamentsmitgliedern und einem Vertreter der ZAPU teilnehmen. R. Chiwara nimmt in dem Interview Stellung zu den Verhandlungen, die auf Vermittlung verschiedener afrikanischer Regierungschefs zwischen Vertretern des rhodesischen Siedlerregimes und den Befreiungsbewegungen in Lusaka (Zambia) stattgefunden haben und warum sie gescheitert sind.

Frage:
Was war der Grund dafür, daß Du die Rundreise vorzeitg abbrechen mußtest?

R.Chinwara:
Die Entwicklung in Zimbabwe führte dazu, daß mich meine Leute in England zurückriefen. Ich bin aufgefordert worden, Gespräche mit dem englichen Parlament aufzunehmen, mußte in den letzten Tagen an einer life-Fernsehsendung teilnehmen zusammen mit einem ZAPU-Vertreter und einem englischen Parlamentarier und weiteren britischen Spitzenpolitikern und zahlreiche Interviews für Zeitungen und Rundfunkanstalten geben. Ich bedaure sehr, daß ich an den Veranstaltungen in Bremen und Hamburg nicht mehr teilnehmen konnte und bedanke mich nochmals aufs herzlichste bei allen Freunden und Genossen, die zum Erfolg meiner Rundreise in der BRD beigetragen haben.

Frage:
Vorige Woche behauptete die bürgerliche Presse, daß Smith und Vorster mit afrikanischen Staaten eine Regelung für Zimbabwe ausgehandelt haben. Die Imperialisten zeigten sich optimistisch, daß die Organisationen des Volkes von Zimbabwe, vor allem die ZANU, gezwungen werden können, eine Übergangsregelung zu akzeptieren, die eine Teilung der Macht mit den weißen Rassisten bedeutet.
Dieses Konzept ist inzwischen geplatzt, Smith mit leeren Händen zurückgekehrt. Wie verhielt sich die ZANU angesichts dieser Situation und wie die anderen Organisationen, die ZAPU, die ANC und FROLISI?

R.Chiwara:
Ja, tatsächlich übten einige afrikanische Regierungen sehr starken Druck auf uns aus, damit wir uns in den von ihnen abgesteckten Rahmen fügen. Sie hatten ihre Unabhängigkeit von der britischen Regierung ohne große Schwierigkeiten auf einem silbernen Tablett serviert bekommen. Es war sehr schwer ihnen klar zu machen, daß wir nicht akzeptieren können, was sie uns vorsetzen wollten, daß unsere Linie die der Befreiung Zimbabwes durch den bewaffneten Kampf des Volkes ist.
Dabei war ein großes Problem, daß die anderen Organisationen unseres Landes nachgegeben hatten. Die ZAPU ist schwach und kämpft nicht, deshalb hatte ihre Führung den afrikanischen Regierungen nachgegeben Der ANC natürlich auch.
Aber wenn man die Macht besitzt, spricht man aus einer Position der Macht. Und so mußten sowohl die afrikanischen Regierungen als auch die anderen Parteien Zimbabwes schließlich einsehen, daß wir die einzig kämpfende Organisation sind, die die Macht des Volkes hinter sich hat. Und wir sagten ihnen auch ganze eindeutig, daß sie uns zu nichts zwingen können, was wir nicht für richtig halten für unser Volk und wofür wir auch nicht gekämpft haben. Wir werden uns auf keine Diskussion über eine konstitutionelle Konferenz einlassen, bevor nicht vereinbart wurde, daß es darum gehen wird, eine Mehrheitsregierung zu bilden nach dem Prinzip 'ein Mann, eine Stimme', d. h. die Herrschaft einer Minderheit zu beseitigen und die Herrschaft der Mehrheit herzustellen. Über weniger als das gibt es für uns nichts zu diskutieren. Es gelang uns jetzt sogar, die anderen Organisationen, die ZAPU und auch den ANC dazu zu bringen, unsere Positionen zu übernehmen.
Das ist ein Erfolg der ZANU. Wir haben auch klargestellt, daß wir unseren bewaffneten Kampf nicht eher einstellen werden. Der Kampf wird solange weitergeführt, bis das ganze Land befreit ist.
Wenn alle Parteien übereingekommen sind, daß die Verhandlungen über die Übergabe der Minderheitenherrschaft an die große Mehrheit des Volkes von Zimbabwe gehen sollen, dann werden wir darüber verhandeln. Die ZANU hat eindeutig klargestellt, daß sie jede Kontrolle afrikanischer Staaten über die Entwicklung in Zimbabwe ablehnt und daß über die Zukunft Zimbabwes das Volk selbst entscheiden wird. Niemand außerhalb des Landes darf darüber bestimmen. Der klare Standpunkt der ZANU hat so die diplomatischen Tricks zum scheitern gebracht, wir haben unsere Linie festgelegt und werden sie weiterverfolgen. Es wird keinen Waffenstillstand geben, der bewaffnete Kampf wird weitergeführt.

Frage:
In der bürgerlichen Tagespresse wird behauptet, Sithole, der Führer der ZANU und Nkomo hätten Smiths Gefängnis verlassen.
Was hat es damit auf sich, daß berichtet wird, Sithole, der Präsident der ZANU und andere Befreiungskämpfer, wie auch der Führer der ZAPU hätten ihr Ehrenwort gegeben, wieder in das Gefängnis zurückzukehren.?

R.Chiwara:
Das sind falsche Meldungen. Nicht nur Sithole, alle unsere Führer mußte Smith aus dem Gefägnis entlassen. Die gesamte Führung der ZANU, die im Gefängnis war und die Teile der Führung, die im Land den Kampf leitete, ist jetzt in Lusaka (Zambia) und berät die nächsten Schritte. Wenn davon geredet wird, daß sie nur vorübergehend freigelassen wurden, auf ihr 'Ehrenwort' hin, so ist das eine Abmachung zwischen Kaunda und Smith. Dieser Schritt zeigt die Schwäche des Feindes, daß Smith gezwungen ist, unsere Führer, die seit 10 Jahren von ihm gefangen gehalten werden, jetzt freizulassen, damit sie mit ihm verhandeln können.
Smith mußte nachgeben, er tönte bisher in großen Worten, 'er würde niemals mit den Terroristen vehandeln', jetzt: hat er eine große Niederlage eingesteckt, er mußte mit leeren Händen nach den für ihn gescheiterten Verhandlungen vor die weißen Siedler hintreten, die ihm jetzt harte Zeiten bereiten.
Was die internationale Unterstützung für das Volk von Zimbabwe betrifft, so ist es jetzt Eure Aufgabe, entschieden die ZANU und ihre Linie des bewaffneten Kampfes zu unterstützen, die die einzige Garantie dafür ist, daß die Interessen des Volkes von Zimbabwe durchgesetzt werden.

Bergneustadt/Gummersbach. Am Mittwoch, den 27.11. fand am Wüllenwebergymnasium Bergneustadt ein Flohmarkt statt. Wir nutzten diese Gelegenheit, um einen Stand aufzubauen, dessen Reinerlös als Spende nach Zimbabwe ging. Wir hatten Sachen, die wir nicht mehr brauchten, gesammelt und zum Verkauf zur Verfügung gestellt. Hinter unseren Stand hängten wir eine große Wandzeitung, die über Zimbabwe informierte. An einem anderen Stand, dessen Erlös ebenfalls nach Zimbabwe ging, wurden Würstchen, Tee und Kuchen verkauft.
Insgesamt erwarben wir 191,83 DM.
Dieses Beispiel soll zeigen, daß ein Flohmarkt, oder andere ähnliche Veranstaltungen eine gute Möglichkeit sind, die Öffentlichkeit über die Befreiungsbewegung in Zimbabwe zu informieren.
Eine zweite Sammlung führten wir auf der Gründungskonferenz des KOB Bergneustadt/Gummersbach durch, bei der wir 83 DM zusammenbekamen.
–KOB Bergneustadt/Gummersbach

Spendenliste

Landrover für Zimbabwe (ZANU), Volksbank Mannheim, Konto-Nr. 10 683 26

Spender	Betrag
B.F., Freiburg	100,00 DM
Vollversammlung Math./ Instit., Freiburg	12,00 DM
Pit K., Heidelberg	100,00 DM
Statt Geschenke zur Geburtstagsfeier R.E., Bremen	283,50 DM
Klinisches Sem. der KU, Bremen	36,50 DM
Th.E., Hannover	100,00 DM
Skatrunde "Gründer Kranz", Gießen	20,00 DM
C.+J.W., Worms	164,00 DM
Zelle Germanistik KSM, Marburg	50,00 DM
Institutsgruppen TH, Aachen	65,20 DM
Vollversammlung Psychp. Instit., Aachen	21,30 DM
R.St., Braunschweig	100,00 DM
Fachschaftsgruppe Soz., Freiburg	80,00 D
Sammlung PH Aachen	17,52 DM
SG des KBW Diepholz	50,41 DM
SG des KBW Frankenthal	16,00 DM
Afrika-Komitee Münster	250,00 DM
KVZ-Fahrer aus Bremen	5,00 DM
A.S., Mannheim	1 000,00 DM
Sammlung auf der Veranstalt. in Mannheim, Mannheim	2 509,29 DM
G.W., Freiburg	100,00 DM
Th.H., Südharz	10,00 DM
C.G., Münster	100,00 DM
AZ Germ. KSO Gießen	52,59 DM
Pp.A., Freiburg	300,00 DM
Erstsemesterveranst. Münster	46,35 DM
Doppelkopfabend KSB Frankfurt	46,00 D
Sammlung KSB Frankfurt	151,20 DM
P.B., Gersthofen	1 500,00 DM
Zell.Soz./Päd. KSB Frankfurt	256,00 DM
GUV Frankfurt	670,00 DM
D.St., Eppelheim	40,00 DM
KOB Gummersbach	191,83 DM
K.K., Frankfurt	30,00 DM
Sammlung im KBW-Büro Frankfurt	10,00
W.St., Westberlin	50,00 DM
Pi. Zelle Hamburg	61,50 DM
R.M., Ellerau	50,00 DM
E.Str., München	49,00 DM
Sammlung auf Veranst. Frankfurt	592,00
Ortsleitung Darmstadt	200,00 DM
U.Gr., Westberlin	250,00 DM
Sammlung auf KAJB-Fest Frankfurt	41,0
PpB., Darmstadt	50,00 DM
W.S., Mannheim	20,00 DM
OAG Weinheim	100,00 DM
Z., Emmendingen	150,00 DM
Spendensammlung OG Heidelberg	5 800,(
A.Sch., Heidelberg	64,60 DM
C.K., Hamburg	20,00 DM
A.K., + E.J.,	500,00 DM
Spende auf einem Polterabend, Delmenhorst	130,76 DM
Sammlung im Büro Freiburg	156,30 DM
W.M., Mannheim	400,00 DM
B.V., Plankstadt	10,00 DM
KVZ-Lesekreis Altstadt Heidelberg	48,50
SG des KBW Herne	931,75 DM
W.+B.S., Frankfurt	250,00 DM
AWO-Skatrunde Trier	152,78 DM
W.T., Köln	10,00 DM
Sammlung im Büro Frankfurt	100,00 DM
SG des KBW Krefeld	83,25 DM
Dr.med.M.F., Heilbronn	50,00 DM
I.R., Mannheim	250,00 DM
I.R., Mannheim	250,00 DM
Sammlung Bücherstand Frankfurt	80,00 I
G.Sch., Heidelberg	15,00 DM
B.W.H., Tübingen	500,00 DM
Anti-Apartheid-Bewegung Gruppe Hannover	100,00 DM
H.L., Bremen	100,00 DM
B.M., Essen	50,00 DM
SG des KBW Achim	56,80 DM
Chr.T., Augsburg	50,00 DM
Sammlung Kollegium Zander, Frankfurt	17,70 DM
Evangelischer Pressedienst Frankfurt	86,03 DM
KSB Clausenthal	88,35 DM
Spende der 1. Mitgl.Vers. Soldaten und Reservistenkomitee Braunschweig	36,18 DM

Der Kontostand am 6.12.74 ist: 43 140,30 DM.
Der Kontostand ist wegen der langen "Bankwege" immer ca. 10 Tage im Rückstand gegenüber dem Zeitpunkt der Spende.

Filmkritik:

Ein Mann sieht rot

Vom Gangster zum "Ratten"killer

Der Gangster-Darsteller Bronson als "Notwehr"-Killer im Dienst der herrschenden Ordnung

Die BILD-Zeitung brachte die Romanvorlage dieses Films in Fortsetzungen, in den USA war dieser Film der größte Kassenschlager des letzten Jahres und seit einigen Wochen läuft er in den Kinos westdeutscher Städte. Vielleicht sind die Erfolgsmeldungen über diesen Film auch nur die übliche Werbung – als ich ihn Freitagsabends gesehen habe, war das Kino nur zu einem Drittel voll.

Langweilig fängt er erst an. Wüßte man nicht, daß ein brutaler Reisser mit Superkiller Bronson angekündigt war ...
Da sieht man ihn zunächst mitten in einem Verkehrsstau eingekeilt in seinem Straßenkreuzer. "Jetzt sieht er gleich rot" sag ich zu meiner Frau neben mir, aber gleich darauf sitzt er an einem Touropastrand, knipst seine Filmgattin, wie sie dem blauen Meer entsteigt, dann Großaufnahmen gegen die Abendsonne usw.
Am Arbeitsplatz endlich, in einem modernen Architektenbüro · spricht ein Kollege dann den Bronson auf's Thema an: "Schon wieder ein Raubüberfall in Ihrem Wohnviertel", doch Bronson scheint seine Killervergangenheit ganz vergessen zu haben in der Rolle des erfolgreichen Architekten. Er sagt, man müsse doch auch die Arbeitslosigkeit bedenken, doch sein Kollege im Film nimmt diese Bemerkung so wenig ernst wie das Publikum und spottet: "Du hast wohl Deinen sozialen Tag?" Schließlich erfährt das staunende Publikum, daß Bronson bzw. der Architekt, den er spielt, ein Kriegsdienstverweigerer und gegen jede Gewalt ist. So kann es natürlich nicht weitergehen.
Die Musik kündet das nahende Unheil an. Drei Jugendliche in aufgeputztem Gammlerlook verfolgen Gattin und Tochter – irre hüpfend mit einer roten Lacksprühdose ihren Weg besudelnd – die "Ratten", wie sie in diesem Film genannt und dargestellt werden. Sie plündern die Wohnung, erschlagen die Gattin und schänden die Tochter. Die Tochter wird darüber irre. Die Polizei erklärt, daß sie gegen diese "Ratten" machtlos ist.

Langsam wird klar, worauf die Sache rausläuft. Ein Rächer muß her, doch widerwillig nur und völlig unzureichend bewaffnet geht Bronson an diese Aufgabe, als wäre sie ihm ganz neu. Die erste "Ratte", die ihm nachts zu nahe kommt, streckt er mit einem Faustschlag nieder, ein ganzes Whiskyglas muß er im Anschluß schlucken, um seinen Widerwillen zu ertränken. Wütend randaliert er mit einem selbstgebastelten Totschläger in seiner eigenen Wohnung herum. Doch der Filmregisseur arrangiert sogleich die Bekanntschaft mit einem freundlichen Texaner, der das Problem der Bewaffnung löst, ihm eine Pistole schenkt. Bronson trifft auch gleich ins Schwarze beim ersten Übungsschießen. Seit früher Jugend im Umgang mit Waffen vertraut, hatte er jeder Gewalt abgeschworen, weil sein waffenbesessener Vater von einem Sonntagsjäger für einen Hirsch gehalten worden war, und die Mutter über den Tod des Gatten irre wurde. Mit der Gewaltlosigkeit ist es jetzt vorbei. Das erste Opfer, das er in den Bauch schießt und liegen läßt, verursacht ihm noch Brechreiz. Doch seine Wandlung zum alten Bronson geht Schuß auf Schuß. Seine Gegner sind nicht die eiskalten Gangster oder Polizisten der Leinwand, sondern jugendliche Arbeitslose, die zu Kriminellen werden, kurz das soziale Milieu, das der Kapitalismus in den Großstädten notwendig hervorbringt, in den USA vor allem jugendliche Farbige, die zu 60 % keinen Job kriegen und zu Mund- und Straßenräubern werden. In diesem Film entwickelt der Superheld Bronson nach anfänglichen Hemmungen, die wahrlich plump sein Verhalten glaubhaft und beispielhaft erscheinen lassen sollen, am Ende richtig Freude daran, sie aufzustöbern und abzuknallen, wie "Ratten". Als "unbekannter Rächer" wird er hochgejubelt, die Verbrechensrate sinkt und sein Beispiel macht Schule im Volk, so wie der Film es darstellt. Eine alte Frau verteidigt sich mit der Hutnadel gegen jugendliche Räuber und Bauarbeiter hetzen einen wohnungslosen Jugendlichen , der auf einer Baustelle pennte, fast zu Tode. Der Staatsanwalt sagt zum Polizeipräsidenten, daß sie den "Rächer" nicht haben wollen. Gleichfalls müsse er weg, weil er die Polizei als unfähig und die Staatsorgane der Lächerlichkeit preisgibt. Schließlich wird er gefaßt, die Polizei läßt ihn frei unter der Bedingung, daß er die Stadt New York verläßt.
Man sieht, der Film ist nicht einfach ein Bronson-Gangster-Film.

Der Film unterscheidet sich von den üblichen Brutalitätsdarbietungen der Gangsterfilme durch sein Verhältnis zur Realität. Dadurch, daß er den Werdegang vom friedfertigen, glücklich verheirateten Architekten zum Killer zeigt,– nicht als Gangster gegen "gleichwertige" Gegner, wie in anderen Bronson-Filmen versucht er, das Killerverhalten als dasjenige nahezubringen, das der Wirklichkeit angemessen und gerechtfertigt ist. Dem entspricht die Einteilung der Gesellschaft in Anständige, die sich z. B. wie die Gattin des Architekten ihre Einkaufstüte vom Boten des Supermarktes ins Haus bringen lassen, und Kriminelle, die nichts tun außer morden, stehlen, mit Farbsprühdosen Wände anmalen, Unfug machen und rumlungern. Für die Verteidigung der Ordnung der Anständigen ist jedes Verbrechen ein Akt der Notwehr, bei der Rattenvernichtung darf man nicht feinfühlig sein.
Doch nicht jeder kann ein "Ratten"-fänger werden, das ist die Aufgabe der Polizei, die aber als machtlos gezeigt wird, weil sie "vor lauter Vorschriften" nicht rücksichtslos "Ordnung schaffen" kann.

Diese Propaganda der Selbstjustiz ist nichts anderes als die Aufforderung, die Staatsorgane bei der Unterdrückung des Volkes zu unterstützen. Sie richtet sich an den Einzelnen, Polizei zu spielen. Nicht anders als ein "Ziviler" verhält sich dieser Bronson. Das Innenministerium hätte auch keinen besseren Werbefilm zustande gebracht, um die neuen Sondereinheiten der Polizei, die zivilen Kommandos zu propagieren, diese neuen Organe der Rechtspflege, die "in Notwehr und Selbstverteidigung" die Gewalt der herrschenden Klasse unmittelbar exekutieren. Auf diese Seite kann auch Superstar Bronson den Zorn der Volksmassen nicht brechen. Als Gangster oder Westernheld war er überzeugend. In diesem Film ist er genauso lächerlich wie ein guter Fußballer, sagen wir wie Uwe Seeler, wenn er für Margarine wirbt.

–bur–

Die beiden Korrespondenzen zeigen etwas von der Realität, auf die sich der Film "Ein Mann sieht rot" bezieht. Wie die Arbeitslosigkeit viele Jugendlichen in die Kriminalität treibt die erste Korrespondenz. Die zweite, wie zivile Polizeikommandos Jugendliche von vornherein als Kriminelle behandeln und zu "Kriminellen" machen.

Arbeitslos - abgerutscht

Gespräch beim KVZ-Verkauf

Beim KVZ-Verkauf in der Stadt traf ich einen jungen Arbeiter, der mittellos durch's Land fährt. Er erzählte mir, er sei nach seiner Bundeswehrzeit noch drei Monate in dem Betrieb beschäftigt worden, in dem er vorher gearbeitet hat und ist dann entlassen worden. Er ist gelernter Dreher.
Er hat dann einen Antrag auf Arbeitslosenunterstützung gestellt, ist aber nur in der Gegend rumgeschickt worden; Geld hat er zwei Monate lang nicht gesehen. Als das ganze Geld aufgebraucht war, ging er zum Sozialamt, hat aber auch von dort nichts bekommen. Es hieß, er solle sich zunächst an seine Eltern wenden. Darauf ist er auf "Tour" gegangen, gelegentlich hat er auch geklaut und wurde in Frankfurt beim Ladendiebstahl erwischt. Die Polizei setzte ihn deswegen wieder auf freien Fuß, weil er seine alte Adresse angab, wo er zwar noch gemeldet ist, aber nicht mehr wohnt.
Ich fragte ihn, warum er nicht zurückgehe nach H., um sein Recht auf Arbeitslosenunterstützung durchzusetzen. Er meinte, er würde dann sofort geschnappt, und außerdem würde man auf dem Arbeitsamt und auf dem Sozialamt sowieso nur beschissen.
Der junge Kollege war ziemlich resigniert, er sagte, von dem "sozialen Staat" habe er noch nichts gemerkt. Er sah keinen anderen Weg, als rumzureisen, und er war sich im klaren, daß er irgendwann geschnappt wird und in den Knast kommt.
Dieser Bericht ist nichts anderes als eine Schilderung, welche Folge es haben kann, wenn man seine Arbeit verliert. Wenn die Kapitalisten kein Interesse mehr haben an der Arbeitskraft eines Kollegen, bleibt ihm nur der Gang zum Arbeitsamt. Dort wird er oft hingehalten und vertröstet. Und wenn er dann auch noch vom Sozialamt abgewiesen wird, wohin soll er sich noch wenden? Wen wundert es, daß einige dabei auf die "schiefe Bahn" geraten? Die Ursache dafür aber ist die Unsicherheit der Existenz der Arbeiter, nicht das "persönliche Versagen", wie man es uns immer gerne weismachen will.

ul.
Ortsaufbaugruppe Ludwigsburg

Angeklagt - die Verletzten

Zur Polizeischießerei in Käfertal

Am 17.Juli 1974 wurde in Mannheim-Käfertal der 22-jährige Arbeiter H.J.Remitzko getötet und zwei weitere Arbeiter wurden schwer verletzt, als vor einer Discothek zwei als Rocker verkleidete Polizisten einer "Sonderstreife zur Bekämpfung der Gewaltkriminalität" zwei Jugendliche bedrohten und mehrere andere Jugendliche diesen beiden zu Hilfe kamen. (Die KVZ berichtete darüber, Nr.16/74.) In der Mannheimer Öffentlichkeit kam es darüber zu großer Unruhe, mehrere hundert Mannheimer gründeten einen Untersuchungsausschuß, um die Hintergründe der Erschießung aufzuklären.
Um zu diesem Ermittlungsergebnis zu kommen, hätte die Staatsanwaltschaft nicht seit Ende August mit fadenscheinigsten Argumenten ständig ihre Pressekonferenz zur Käfertaler Polizeischießerei hinausschieben müssen: Was seit ihrer ersten Verlautbarung für sie feststand, wurde jetzt bestätigt: Die beiden Polizisten, die acht Schüsse abgegeben haben, haben in Notwehr gehandelt; "zu keinem Zeitpunkt hätten Verdachtsmomente vorgelegen, sie als Beschuldigte zu vernehmen". Das Ermittlungsverfahren sei somit eingestellt. Für die Presse sind diese Behauptungen nunmehr Tatsachen. Dagegen werden gegen alle 15 betroffenen Jugendlichen Anklagen eingeleitet. An der Methode der Staatsanwaltschaft, die Staatsschutzorgane zu decken, die Wahrheit zu vertuschen, hat sich auch durch den Gefängnisskandal, bei dem jetzt über 500 Verfahren neu überprüft werden müssen (mit dem Ergebnis, daß in mehreren Fällen Verbrechen gegen Gefangene aufgedeckt wurden), nichts geändert. Obwohl auch damals nur durch Selbsthilfe der Betroffenen überhaupt etwas aufgedeckt wurde und die Staatsanwaltschaft alles tat, um diese Enthüllungen zu unterdrücken, erklärt Staatsanwalt Müller frech: "Es gilt in diesem Staat, eifersüchtig darüber zu wachen, daß die Justiz als dritte Gewalt nicht angerempelt wird. Wir lassen uns von sogenannten Untersuchtungsausschüssen nicht ins Handwerk reden – wir brauchen sie nicht, das machen wir selber." (Mannheimer Morgen vom 8. Dezember)
Statt sich vom Volk in "sein" Handwerk reden zu lassen, greift er im Zuge der Baader-Meinhof-Hetze gegen fortschrittliche Rechtsanwälte den Rechtsanwalt Härdle an. Er will ihm ein Ehrengerichtsverfahren anhängen, gerade weil er mit seinen Enthüllungen an die Öffentlichkeit getreten ist, weil er konsequent die Interessen seiner Mandanten vertritt. Dies stempelt inzwischen jeden fortschrittlichen Rechtsanwalt zum "Komplizen" – er begeht einen "üblen Mißbrauch der Verteidigerrechte" (Müller im Mannheimer Morgen vom 7./8. Dezember). Und wenn die Bevölkerung selbst zur Untersuchung greift und der Polizei "Willkürmaßnahmen" nachweist, erhält der Untersuchungsausschuß Anzeigen wegen "übler Nachrede und Volksverhetzung" (!).
Die sogenannten Ermittlungsergebnisse der Staatsanwaltschaft entsprechen nicht den Zeugenaussagen. Die Staatsanwaltschaft behauptet zum Beispiel, Remiszko hätte vermutlich mit einer Stahlkette auf den Polizisten Scholl eingeschlagen. Dies stützt sich auf keine einzige Aussage; Scholl war nur leicht verletzt; beim gerichtsmedizinischen Gutachten wurden an keinem Schlaginstrument Blut oder Gewebeteile festgestellt.
Die Staatsanwaltschaft behauptet, der andere Polizist, Kastner, sei niedergeschlagen worden, als er weitere Schüsse abgab. Das Gutachten jedoch ergab, daß die Schüsse auf die beiden Schwerverletzten nicht aus der Nähe abgegeben worden sind. Von ihnen kann also kein Angriff ausgegangen sein – im Gegenteil: Der eine Schwerverletzte hatte aus mehreren Metern Entfernung den Polizisten aufgefordert, aufzuhören mit dem wilden Herumballern. Der Angriff auf Kastner kann auch gar nicht so schwer gewesen sein: Er hat sich von keinem Vernehmenden Verletzungen bestätigen lassen. Ja, er konnte nicht einmal die beiden Schwerverletzten auf Lichtbildern identifizieren. Nicht einmal, was naheliegt, eine Gegenüberstellung der Drei wurde versucht. Nach der Rhein-Neckar-Zeitung heißt es im Schlußbericht: "Niemand ist verpflichtet, sich ohne Gegenwehr totschlagen zu lassen, Recht braucht dem Unrecht nicht zu weichen."
Dem läßt sich entgegenhalten: Niemand braucht sich von Leuten in Rockermontur und die wild mit Pistolen herumfuchteln und durch nichts als Polizisten erkennbar sind (auch die Mobilen Einsatzkommandos bei der Erschießung von Jendrian in München oder beim Überfall auf das Collegium Academicum in Heidelberg), bedrohen zu lassen, ohne sich hiergegen wehren zu dürfen. Nach den Berichten aller Jugendlichen wußten sie bis zum Schluß nicht, daß es sich um Polizei handelte, die Verletzten erfuhren es erst im Krankenhaus. Die Staatsanwaltschaft kann nur so verstanden werden, daß der Staat, wie terroristisch auch immer er gegen die Bevölkerung vorgeht, sich keinen Protest ungestraft gefallen lassen will.
Die Mannheimer Erfahrungen zeigen, daß es richtig war, was der Untersuchungsausschuß getan hat: Die Bevölkerung muß die Justizangelegenheiten in die eigene Hand nehmen, von den Staatsschutzorganen hat sie bei der Wahrheitsfindung nichts zu erwarten.

Der Untersuchungsausschuß wird vor allem mit den betroffenen Jugendlichen beraten müssen, wie man gegen die Strafverfolgung durch die Klassenjustiz vorgehen kann, was getan werden muß, um die Bevölkerung weiter zu informieren. Auf den anstehenden Prozessen wird weiter gegen die Verdrehungen der Staatsanwaltschaft vorgegangen werden.

W.S., D.R.,
Ortsgruppe Mannheim